Antifaschistisches INFO blatt

8

Mai / Juni '89 • 3.oo DM

ANTIFA

RASSISMUS UND ARBEITERKLASSE

'DVU - LISTE D'

HUNGERSTREIK

INHALT

Selbsthilfe S. 3
Antifaschistische Mobilisierung zum 20. April S. 4 - 5
Organisierung der antifaschistischen Selbsthilfe S. 6 - 7
Überblick über die unabhängigen Antifa-Initiativen S. 8 - 10
Zur Situation in Neukölln S. 11 - 13
Organisationsversuche westeuropäischer Faschisten S. 14 - 15
Die geraubten SS-Millionen S. 16 - 19
'DVU-Liste D' S. 20 - 26
BRD-Nachrichten - HH, Bergedorf S. 27
BRD-Nachrichten - Hamburg, Dortmund S. 28
Bundesweite Organisierung der Jugend-Antifa S. 29
"In eigener Sache" S. 32 - 33
Diskussionsbeitrag S. 34 - 35
Rassismus und Arbeitsklasse S. 36 - 42
Strobl-Prozeß S. 43
Zum Hungerstreik der politischen Gefangenen S. 44 - 49
Völkermord im Irak S. 50 - 51
Der Abschiebeknast S. 52 - 54
Zwei Meldungen aus England S. 55

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

antifaschistisches infoblatt

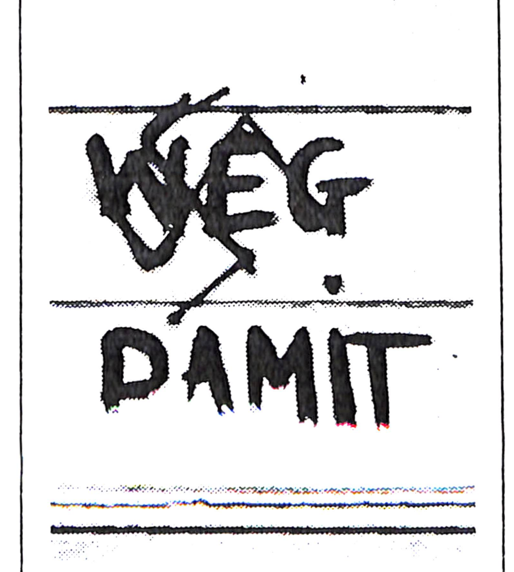
im

Abonnement

Antifaschistische Informationen abonnieren: Unser Antifa-Info erscheint alle 2 bis 3 Monate. In unregelmäßigen Abständen erscheint zusätzlich ein Sonder-Info zu einem bestimmten Schwerpunktthema. 5 Ausgaben des Antifa-Infos kosten im Abonnement 20.- DM incl. Porto. Weil wir den Preis so niederig wie möglich halten wollen, sind wir auf viele Abos und auch auf Spenden angewiesen. Mit einem Förderabo ab 30.- DM würdet ihr uns bei der Verbreitung antifaschistischer Informationen weiterhelfen.

Schreibt eine Karte mit eurer Anschrift an:
Antifaschistisches Infoblatt, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Für eine revolutionäre antifaschistische Bewegung!

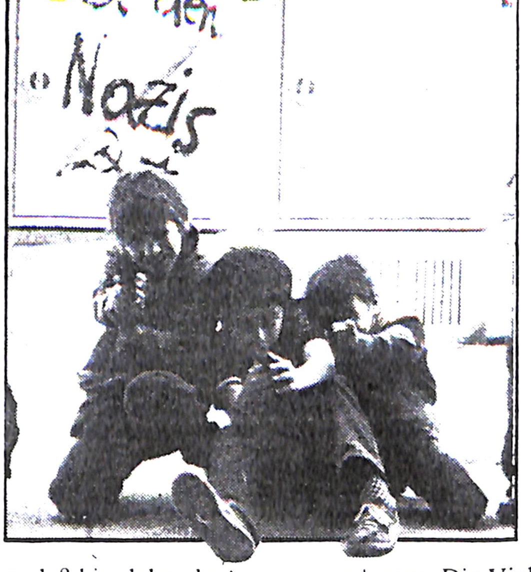


V.i.S.d.P.
und
Kontaktadresse:
L. Meyer
Antifaschistisches Infoblatt,
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Antifaschistische SELBSTHILFE

Der Westberliner Antifa-Bewegung ist es gelungen ihre Aktivitäten nach dem Wahlerfolg der 'Republikaner' erheblich auszuweiten und Lehren aus den bisher gemachten Erfahrung zu ziehen. Von entscheidender Wichtigkeit dafür waren die schon vor dem Wahltag begonnenen Aktionen und Strukturen der Antifa-Bewegung, und der Kampagne gegen die Kandidatur der 'Rep' zu den Abgeordnetenhauswahlen.

Auf der einen Seite wurde weiter gegen Treffen und Veranstaltungen der 'Rep' und anderer Nazi-Gruppen demonstriert und diese auch teilweise verhindert. Auf der anderen Seite entwickeln sich neue Formen der antifaschistischen Arbeit. In einigen Stadtteilen wurden Kiezpalaver abgehalten, zu denen die Menschen aus den jeweiligen Bezirken über Hauswurfsendungen eingeladen worden sind. Mit diesen Zusammenkünften konnten viele Interessierte angesprochen werden, die sich ausquatschen und selbst aktiv werden wollten.



Die AktivistInnen schlossen sich zu Stadtteilinitiativen und Bündnissen zusammen, um eine Politik von Unten - gegen das Erstarken reaktionärer und faschistischer Tendenzen in der Bevölkerung - zu entwickeln. So beschäftigt sich auch ein Teil der von den Initiativen herausgegebenen Flugblätter mit der Widerlegung faschistischer und rassistischer Hetze und Propaganda: Widerlegt wird in den Flugblättern zum Beispiel die Lüge, daß hier lebende AusländerInnen den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen würden und Schuld an der Arbeitslosigkeit seien. In einem anderen Flugblatt wird das Frauenbild der 'Rep' und anderer Faschisten dargestellt und kritisiert.

Die Tatsache, daß die rechte Propaganda bei vielen Menschen aus sogenannten ärmeren Schichten, also der Arbeiterklasse, gegriffen hat, macht eine Aufklärung unbedingt nötig. Allzu deutlich geworden ist, daß das alleinige Aufzeigen, daß die 'Rep'-Partei von Nazis durchsetzt ist, nicht ausreicht um die Menschen davon abzuhalten sie zu wählen oder mit ihnen zu sympathisieren. Deswegen haben Teile der Antifa-Bewegung Überzeugungsarbeit und Gegeninformation zu einem der Schwerpunkte ihrer Arbeit gemacht.

Wie zu erwarten löste der Wahlerfolg der 'Rep' eine gesteigerte Anzahl von Überfällen auf AusländerInnen, Linke oder einfach anders als Faschisten denkende und gekleidete Menschen aus. Aufgehetzte Leute, die sich vorher nicht getraut haben ihre türkischen ArbeitskollegInnen zu schikanieren und auszugrenzen, haben entsprechend auftrieb bekommen. Auf dem Hintergrund der verbreiteten rassistischen Stimmungswelle gehen die Nazis zu gewaltätigen Aktionen auf den Straßen, in den U-Bahnen und besonders an den Schulen über. Dies löste als erstes eine ängstliche Stimmung bei vielen Antifa-AktivistInnen aus und verursachte eine erhebliche Verunsicherung im Hinblick darauf, wie damit umzugehen sei.

Der zu erwartenden Verschärfung dieser Übergriffe und öffentlichen Nazi-Aktivitäten in den Tagen um den 20. April, dem 100. Geburtstag Hitlers, wurde von Seiten des Bündnisses gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus mit der Kampagne - *"Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren"* - begegnet. Dabei standen nicht die erwarteten Aktionen der Nazis für den 20. April im Mittelpunkt, sondern die zum Alltag gewordenen Überfälle und die Entwicklung von Selbstverteidigungsstrukturen dagegen. Jeder Stadtteil muß in der Lage sein sich selbst zu schützen.

Aus dieser Mobilisierung ist die Antifa mit einer neuen Stärke hervorgegangen, denn überall in der Stadt waren Gruppen unterwegs, um den Nazis keinen Fußbreit der Straße zu überlassen. Es gibt mittlerweile eine fast unüberschaubare Anzahl von Antifa-Initiativen, -Bündnissen und -Gruppen die an Schulen, in Stadtteilen, an Universitäten und in Gewerkschaften aktiv sind. Eine Vielfalt von Aktivitäten sind bereits entwickelt , von Überzeugungsarbeit über Selbstverteidigung gegen Übergriffe, von Konzerten bis zu Verhinderungen von Veranstaltungen der Faschisten. Die Vielfalt einer Bewegung von Unten macht gerade die Stärke aus, die notwendig sein wird, um den Vormarsch der alten und neuen Faschisten zu stoppen.

Doch so erfreulich die Verbreitung und Stärkung der Antifa-Bewegung ist, es darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß erst die ersten Schritte gemacht worden sind. Es gibt zum Beispiel noch viele Schulen, Stadtteile, Betriebe und andere Bereiche, in denen die Nazis ungestört ihre Propaganda verbreiten und neue Leute rekrutieren. Als Beispiel sei nur das massive Auftreten der Nazis bei den Spielen von Hertha-BSC genannt. Zu begrüßen ist, des der Verein zwar dagegen Stellung bezogen hat, aber auf verstärkte Polizeipräsenz in und um dem Stadion setzt. Wir bezweifeln, daß dadurch der Einfluß der Nazis gestoppt wird. Es liegt an der Antifa-Bewegung ihren antifaschistischen Einfluß auszuweiten und nicht bei dem bisher Erreichtem stehen zu bleiben.

Kein Fußbreit den Faschisten!

antifaschistische MOBILISIERUNG zum 20. April



Die von den Faschisten angekündigten Aktivitäten, Feiern und Aufmärsche zum 20. April blieben aus. War die von der Antifa-Bewegung durchgeführte Mobilisierung reine Panikmache, wie ihr von verschiedenen Seiten vorgeworfen wurde ? Hat sich der ganze Aufwand gelohnt ? Welche Konsequenzen müssen wir daraus ziehen ?

Zwei Tatsachen hatten uns bewogen, uns besonders breit und gründlich auf dieses Datum vorzubereiten: 1. die Zunahme rassistischer und faschistischer Übergriffe seit dem Erfolg der "Republikaner" bei den Abgeordnetenhauswahlen, 2. die lange Vorbereitung der Faschisten auf den "Führergeburtstag" sowie Informationen über eventuell geplante Aktivitäten zu diesem Anlaß.

In den letzten Wochen mußten viele AntifaschistInnen, SchülerInnen, Emigranten die Erfahrung machen, daß bei Überfällen von Nazi-Skins anwesende Polizisten den Opfern nicht zur Hilfe kamen, wegguckten, vorbeifuhren und sich erst wieder blicken ließen, wenn die Täter das Weite gesucht hatten. Stießen die rechtsextremen Schlägertrupps auf Gegenwehr, wurden die Antifaschisten von den Bullen verprügelt, festgenommen oder erhielten Anzeigen. Die Sympathien, die die "Reps" bei vielen Mitgliedern der Polizeitruppen genießen, sind seit den Wahlen offenkundig. Zumindest zwischen Teilen des Polizeiapparates und den rassistischen Schlägern hat sich unausgesprochen eine praktische Zusammenarbeit herausgebildet. Bei der bundesdeutschen und westberliner Justiz stoßen die "braunen Aktivisten auf Verständnis und Nachsicht, können sie, wie auch die ehemaligen KZ-Schergen", mit milden Urteilen oder Freisprüchen rechnen.

Wollten wir verhindern, daß der braune Sumpf den 20. April nutzt, um auf sich aufmerksam zu machen, und um Antifaschisten und Emigranten einzuschüchtern, mußten wir auf die Mobilisierung unserer eigenen Kräfte setzen. Zwei Dinge waren uns besonders wichtig:
1. Die politische Aufklärung und Mobilisierung, um einer Breitenwirkung rassistischer und faschistischer Inhalte entgegenzutreten.
2. Die Organisierung von praktischer Selbsthilfe und Gegenwehr, die solidarische Unterstützung Betroffener.

Selbsthilfe und Organisierung von unten

Die Tage um den 20. April geben Aufschluß über den derzeitigen Stand des Kräfteverhältnisses. Den organisierten Faschisten um die FAP etc. ist es nicht gelungen, die latent rassistische Stimmung in Teilen der Gesellschaft politisch zusammenzufassen und zu einer einheitlichen Aktion zu führen. Die Stimmung drückt sich vorerst noch aus in Stammtischdiskussionen, in der Stimmabgabe für die "Republikaner" oder die NPD und in Übergriffen von Fußballfans, Skins oder Jugendbanden. Für uns kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen, denn vor allem die angriffe auf AusländerInnen und auf antifaschistische SchülerInnen sorgen für ein

Klima der Angst und Einschüchterung. An der Fritz-Karsen-Schule in Britz wurde eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus vom Rektor nach Drohungen abgesagt, am 20. April schickten viele ausländische Eltern, auch mit Zustimmung der Lehrer, ihre Kinder nicht in die Schule. Die Liste solcher Zeitungsmeldungen, von besorgten Anfragen beim Antifa-Telefon usw. ließen sich fast endlos fortsetzen.

Die antifaschistischen Aktionen zum 20. April sollten vor allem aufzeigen, daß man vor den braunen Schlägern nicht kuschen muß, daß Betroffene sich wehren können, indem sie sich zusammenschließen und organisieren, sich mit anderen Initiativen und Organisationen zusammenfinden im Kampf gegen reaktionäre und rassistische "Lösungen" der gesellschaftlichen Probleme. Das hat mit Selbstjustiz, wie uns von interessierter Seite unterstellt wird, nichts zu tun. Ein breites Netz an Info-Stellen über sämtliche Bezirke verteilt sollten der Eigeninitiative, der Berücksichtigung der konkreten Situation dienen und die Möglichkeit schaffen, daß Betroffene, ob Ausländer oder Deutscher, Schüler oder Lehrlinge sich direkt an die Info-Stelle wenden und praktisch mitarbeiten können.

Ein breites Bündnis verschiedener Organisationen und von Initiativen, die in der letzten Zeit entstanden sind, hat sich an der Mobilisierung und Organisierung beteiligt.

Türkische Jugendliche werden aktiv

Am frühen Abend des 20. April demonstrieren spontan türkische und deutsche Schüler auf dem Ku-Damm. In den späteren Abendstunden fanden sich in SO 36 mehrere hundert, meist türkische Jugendliche, zusammen um durch Kreuzberg und Neukölln zu ziehen. Sie wollten zeigen, daß sie nicht aus Angst zu Hause bleiben, daß sie bereit sind, sich gegen die deutschen Rassisten zur Wehr zu setzen. Die Ereignisse der letzten Wochen an vielen Schulen, vor allem aber die Zerstörungen auf dem türkischen Friedhof durch Rechtsextremisten in der Nacht vorher, hatten den letzten Anstoß gegeben. In den Demonstrationszügen kam die Wut und der Haß derjenigen zum Ausdruck, die tagtäglich den Rassismus bei der Lehrstellensuche, auf den Ämtern der westberliner Bürokratie, im Verhalten der Bullen am eigenen Leibe erfahren müssen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese tagtäglichen Erniedrigungen und Benachteiligungen, die Stimmungsmache der reaktionären Medien, sich in einer sozialen "Explosion" entladen müssen. Es sind vor allem Kinder und Jugendlichen in der zweiten Generation der Emigranten, die gegen ihre gesellschaftliche Benachteiligung rebellieren.



Die Rolle der Polizei

Die breite Mobilisierung der Antifa-Bewegung hat zu einer verstärkten Präsenz der Polizei in den Nächten um den 20. April geführt. Sie wollten und mußten ihren Alleinanspruch auf das Gewaltmonopol demonstrieren. 80 AntifaschistInnen wurden festgenommen, viele müssen mit einer Anzeige nach § 127 (Bildung bewaffneter Haufen) rechnen. Wegen der breiten Öffentlichkeitsarbeit und ihrem Echo in den Medien und bei Teilen der Bevölkerung mußte die Staatsgewalt auf der anderen Seite ein Interesse daran haben, daß organisierte Auftreten der Nazis und mögliche Auseinandersetzungen mit ihnen zu verhindern. Zum Bild der "liberalen, weltoffenen Stadt" paßt die offene Zur-Schau-Stellung des braunen Sumpfes noch nicht so recht. Aber ohne unsere Mobilisierung wäre die Polizei nicht so massiv aufgetreten, und sie wäre nicht gezwungen worden auch gegen die rassistischen Aufmarschversuchen vorzugehen. Das bedeutet jedoch noch lange nicht, daß die Staatsgewalt sich auch in Zukunft so verhalten wird. Die Herrschenden haben schon immer in der Eigeninitiative von unten, in linken Organisationen und Bewegungen, die ihren Interessen nicht an die bürgerlichen Parteien oder staatlichen Institutionen delegieren, eine potentielle Gefahr für ihre Ordnung gesehen. Während sie diese Initiativen verfolgen und kriminalisieren versuchen sie den braunen Mob für ihre Ziele und Zwekke einzuspannen und zu gebrauchen, denn rassistische und faschistische Ideologien und Vorstellungen fördern die Spaltung der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Konsequenzen des 20. April

Es ist noch zu früh, alle Ereignisse, die Organisation (und auch das Chaos) und die politische Kampagne zum 20. April zu bewerten. Dazu gehört die gründliche Aufarbeitung des Geschehenen und die politische Diskussion aller Beteiligten darüber. Wir wollen deshalb nur kurz einige Punkte benennen, die in diese Auseinandersetzung einfließen sollten: In unseren Augen war die große Beteiligung und die politische Breite ein Erfolg, der auch dazu beigetragen hat, Aktivitäten und Übergriffe durch Skins und faschistische Organisationen zu verhindern oder zu behindern. Wir hatten allerdings vorher die Möglichkeiten und Absichten der Faschisten überschätzt. Wie stark sind sie wirklich, inwieweit ist es ihnen gelungen bei Skins, Fußballfans etc. Fuß zu fassen und sie zu organisieren? Ein schwacher Punkt war die mangelnde, fast völlig fehlende Absprache und Koordination mit ausländischen Organisationen und Genossen. Wie kommen wir da einen Schritt weiter, welche praktischen Erfahrungen liegen aus der Vergangenheit vor?

Wir wollen in diesem Info einen Überblick über die Ereignisse des 20. April geben. Er ist sicher noch unvollständig., Schickt uns Berichte, Kritiken, Leserbriefe, damit wir in der nächsten Ausgabe die Berichterstattung und Diskussion fortsetzen können!

Die Organisierung der antifaschistischen Selbsthilfe

Aufbauend auf die kontinuierliche Arbeit der Stadtteilinitiativen wurden bezirkliche Infostellen eingerichtet. Sie organisierten Fahrwachen, um rechtzeitig mitzukriegen wo sich Nazis zu sammeln versuchen und um möglichst schnell reagieren zu können wenn irgendwo Angriffe stattfinden. Um notfalls viele Menschen mobilisieren zu können, wurden bezirkliche Telefonketten geschaffen. Zur gegenseitigen Unterstützung und Mobilisierung gegen einen größeren Aufmarsch von Faschisten, bestand zwischen den bezirklichen Infostellen ein Kommunikationsnetz. Außerdem war das Antifa-Info-Telefon die ganze Woche über besetzt.



Auch in Bezirken, in denen die Nazis relativ stark sind, konnten - hauptsächlich von Jugendlichen - solche Infostellen eingerichtet werden. Je näher der 20. April heranrückte, desto mehr Initiativen schlossen sich der antifaschistischen Selbsthilfe an. Viele Leute, die nicht an der Vorbereitung beteiligt waren kamen hinzu. Insgesamt gab es 15 Infostellen, die über die ganze Stadt verteilt waren und an denen sich mehr als 1000 Leute beteiligten.

In der Vorbereitungsphase wurde das gemeinsame Verhalten festgelegt und abgestimmt. Weil die Gerüchteküche zu solchen Ereignisse bekanntlich am Kochen ist, wurden Sicherheitsvorkehrungen gegen Fehlalarme verabredet. Das ganze Infosystem war auf die Eigeninitiative der bezirklichen Gruppen aufgebaut. Sie sollten entscheiden wie und wer zu mobilisieren ist und was dann zu unternehmen ist. Für den allergrößten Teil der Beteiligten waren dies die ersten Erfahrungen im organisierten Selbstschutz.

Die Tage um den 20. April

Nachdem die Nazis schon im Vorfeld an drei verschiedenen Orten in der Stadt in kleineren Gruppen offen aufmaschiert waren und die Überfälle (u.a. von einer Gruppe italienischer Faschisten) zunahmen, stellten wir uns darauf ein ihnen massiv zu begegnen. Es kam nicht zu den befürchteten Großaktionen der Nazis, was jedoch zum großen Teil der Mobilisierung der Antifa-Bewegung zu verdanken ist.

Fast überall wo sich eine größere Gruppe von Faschisten sammelte, waren auch die Fahrwachen anwesend - die Präsenz der Antifa war spürbar für sie. Im Weddinger Humboldthein zum Beispiel, wo sich am frühen Abend des 20. April ungefähr 40 Nazis mit Fackeln und dem üblichen 'Sieg Heil' gegröhle versammelten. Die Weddinger Antifas mobilisierten 70 Leute, wo-



Antifa



raufhin sich die Faschotruppe zur Osloer Straße hin verzogen. Da waren die Bullen schon anwesend, weshalb nicht weiter mobilisiert, stattdessen erstmal weiter beobachtet wurde. Die Faschisten-Gruppe verstreute sich in mehrere Kleingruppen. Aber auch diese konnten nichts ausrichten, weil sie ständig vielen türkischen Jugendlichen begegneten, die zur Gegenwehr entschlossen waren.

Als ein Aufmarschort war gerüchteweise immer wieder der Reichstag duchgedrungen, das hatte auch das Fußvolk der Nazis wohl so verstanden, das dort Orientierungslos durch die Gegend liefen und Aktionen seiner großmäuligen Führer erwartete. Doch die ließen ihre Leutchen mal wieder allein mit den Bullen, dazu noch unter der Beobachtung zahlreicher Antifa-Fahrwachen. Im Schöneberger Crelle-Kiez sammelte sich am Donnerstag abend ebenfalls eine größere Gruppe von Nazis, was die Mobilisierung von 200 Antifaschisten zur Folge hatte.

Die uns bis jetzt bekannten Nazi-Aktivitäten direkt um den 20. April beschränkten sich nicht nur auf das Sprühen von Hetzparolen in Tegel, Frohnau, Reinickendorf und dem Wedding. In Frohnau und Hermsdorf sind SchülerInnen von den Faschisten massiv bedroht worden. Daraufhin wurden die Eltern gebeten ihre Kinder zur Schule zu bringen - vor drei Schulen stand wegen der Drohungen Polizei. In Lichterfelde wurde ein türkischer Jugendlicher von einer Gruppe Faschisten überfallen und schwer verletzt. Auf eine Neuköllner Schule verübten Faschisten einen Brandanschlag und in Kreuzberg versuchten sie ein BVG-Häuschen anzuzünden.

Die Infostellen

In den Infostellen kamen viele unterschiedliche Menschen zusammen, die sich während der Tage kennenlernten. Soweit wir das bis jetzt sagen können, haben sich daraus einige Hoffnungsvolle Ansätze für eine dauerhafte Selbstschutzstruktur entwickelt. Die gilt es jetzt weiter auszubauen. Die Angst vor den braunen Schlägern, der sich viele vorher vereinzelt gegenübersahen, weicht dem Gefühl der Stärke wenn wir uns organisieren. Das hat der Antifa-Arbeit erneuten Auftrieb gegeben.

Die Festnahmen

Wie schon oben beschrieben ging die Polizei wieder hauptsächlich gegen die Antifas vor. Dazu haben sich schon einige der Festgenommenen getroffen und eine Erklärung herausgegeben, in der die Einstellung aller gegen AntifaschistInnen laufenden Ermittlungsverfahren gefordert, und die antifaschistische Mobilisierung als Erfolg und als ein guter Anfang bewertet wird:

"Solidarität und Selbstorganisation, statt Angst und Ausgrenzung."

"... Ratschläge vieler Lehrer/innen gerade an ausländische SchülerInnen, während des 20. April zu Hause zu bleiben schürten jedenfalls Angst, Ohnmacht und Paranoia mehr als unsere Aufrufe sich zu organisieren. ... Wir sagen durch Verdrängung läßt sich kein Problem lösen ... Gerade weil der Staat nichts gegen die Faschisten unternimmt, kann er es nicht dulden, daß wir uns selbst zur Wehr setzen. Denn sie wissen ganz genau, daß es beim Antifa-Kampf um mehr als Rivalitäten zwischen Linken und Rechten geht. Denn unser Kampf richtet sich letztendlich gegen das ganze kapitalistische System selbst. Faschisten sind darin alltägliche Bedrohung und extremster Ausdruck der hier herrschenden Verhältnisse. ... Wir werden jedenfalls weitermachen ... Wir sind im Recht. Faschisten und die BRD-Klassenjustiz niemals!"

Das Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus wird die Festgenommenen solidarisch unterstützen und dazu beitragen Öffentlichkeit gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen zu schaffen. An die Festgenommenen, die noch vereinzelt mit der Kriminalisierung umgehen ist der Aufruf gerichtet, sich beim Antifa-Info-Telefon oder dem Ermittlungsausschuß (Tel.: 692 22 22) zu melden.

Die Kriminalisierungsversuche der Antifa-Bewegung durch Polizei und Justiz und die Stimmungsmache dafür in der bürgerlichen Presse einschließlich der 'tageszeitung', werden das Bündnis nicht spalten. Die Mobilisierung wird als Erfolg gewertet. Es gilt jetzt kontinuierlich mit der politischen Arbeit und der Organisierung (nicht nur) von Selbstschutz weiterzumachen.

Auf den folgenden Seiten geben wir einen Überblick über die unabhängigen Antifa-Initiativen, -Gruppen und Bündnisse. Einen ausführlichen Bericht von Neuköllner AktivistInnen über die Antifa-Arbeit im Stadtteil Neukölln könnt ihr im Anschluß daran lesen ...





Kreuzberg

Neues Antifa-Kiezbündnis in Kreuzberg. Nach dem ersten Schock über die 7,2 % 'Rep'-Stimmen in der "Linken Hochburg Kreuzberg" hat sich Mitte März das **KREUZBERGER AKTIONSBÜNDNIS GEGEN FASCHISMUS, RASSISMUS UND FRAUENFEINDLICHKEIT** gegründet.

Hervorgegangen ist dieses Bündnis aus dem Sonderkiezpalaver vom 26. Februar in der Martha-Gemeinde einerseits und aus einer Initiative VVN/VdA-Kreuzberg, die ganz viele Organisationen angeschrieben hat, andererseits. Hieraus ergibt sich ein recht gutes Gleichgewicht aus unabhängigen Kiezgruppen und traditionellen Organisationen. Ziel des Bündnisses ist, auf Stadtteilebene durch praktische Initiativen an die Leute ranzukommen, die die 'Rep' gewählt haben. Bisherige Arbeit des Bündnisses: • Die Flugblatt-AG macht Flugblätter (watt'n sonst ? d.S.) in denen sie die rassistische Propaganda der 'Rep' widerlegt. Das erste Info-Flugblatt zum Thema Ausländer und Arbeitslosigkeit ist bereits verteilt worden. • Die Infostelle SO-36, die im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Selbstschutzstruktur gegen Naziübergriffe in den Stadtteilen vom 19. bis 22. April geöffnet war, ist vorwiegend von Leuten aus dem Bündnis besetzt gewesen. Hier ist jedoch anzumerken, daß die traditionellen Organisationen außer der SEW durch Abwesenheit glänzten. • Das Bündnis ist Veranstalter des 1. Mai-Festes auf dem Lausitzer Platz (gewesen). Bis auf ein Teil der AL-Vertreter sind sich auf dem Bündnistreffen alle Leute einig, daß gegen eine Vereinnahmung durch "orange/grün" entschieden vorgegangen wird. **Das Bündnis trifft sich alle 2 Wochen, Samstags im Stadthaus-Böcklerpark. Genaue Termine erfahrt ihr über das Antifa-Info-Telefon oder im Anzeigenteil der taz.**

Steglitz

Am 2. März veranstaltete das Antifa-Bündnis Steglitz vor dem Rathaus Steglitz eine Kundgebung mit ca. 250 TeilnehmerInnen. Anlaß war der Einzug der 'Republikaner' in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gewesen. Diese Aktion bildete den bisherigen Höhepunkt der Anti-'Rep'-Aktivitäten im Bezirk, in deren Verlauf es bei Aktionen gegen deren Wahlstände auch zu mehreren Ermittlungsverfahren und Zeugenvorladungen (u.a. wegen "Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole" - gemeint sind Aufkleber u.ä., auf denen zerschlagene Hakenkreuze zu sehen sind) gegen AntifaschistInnen kam. Darüber und über 'Rep' in Steglitz geht es auch Schwerpunktmäßig in der März-Ausgabe des Steglitzer Antifa-Infos. Das Info, das nun schon zum dritten Mal seit September '88 erschien, wird vom Bündnis kostenlos vor Schulen und an Ständen verteilt. Auf einem erweiterten Bündnistreffen soll Mitte April das Verhältnis von Konservatismus und Faschismus diskutiert werden.

Ein ungewohntes Bild für Steglitz: Freitag abend ziehen ca. 30 zwölf- bis 14jährige überwiegend türkische Kids, spontan und zum Teil mit Keulen bewaffnet durch Lichterfelde-Ost. Die Faschos lassen sich aber an diesem Abend genauso wenig blicken, wie an den anderen Tagen um den 20. April. So bleibt es bei einzelnen Provokationen von kleinen Fascho-Gruppen. Dafür läuft auf Antifa-Seite um so mehr: insgesamt etwa 50 Leute beteiligen sich an der Steglitzer Info-Stelle, die von Mittwoch bis Sonntag eingerichtet ist. Die Bereitschaft sich gegen den Nazi-Terror zu wehren, wächst auch in Steglitz. Aber auch diejenigen, die sich nicht in die direkte Konfrontation mit den Faschisten begeben wollen, sind aktiv: sie organisieren mit Jugendlichen Flüchtlingen einen gemeinsamen Abend in einem Flüchtlings-

heim. Trotz einigem Chaos und trotz Unstimmigkeiten untereinander: Zusammenhänge haben sich zu entwickeln begonnen, Perspektiven für weitere gemeinsame Aktionen sind abzusehen. Ob diese Aktionswoche ein Erfolg für Steglitz war, wird schließlich die Zukunft beweisen müssen.

Wedding

Die Antifa-Wedding bildete sich im April 1988 im Anschluß an eine Veranstaltung über Neonazis im Wedding. Eine der ersten Aktivitäten war die Einrichtung des Antifa-Cafes, das jeden ersten Sonntag im Monat in der Fabrik Osloer Straße stattfindet. Im Antifa-Cafe werden Filme gezeigt, Veranstaltungen gehalten und Diskussionen geführt. So wurden zum Beispiel Veranstaltungen zu den 'Rep' und zum 20. April organisiert. Ende '88 war ein Schwerpunkt die Arbeit in der Anti-'Rep'-Kampagne. Nach den Wahlen entstand aus einer Diskussion im Antifa-Cafe das Kiez-Treff-Wedding, daß mittlerweile kontinuierlich arbeitet. Unter anderem wurde dort das Antifa-Rockkonzert von 19. April vorbereitet. Ein weiterer Schwerpunkt war die Arbeit zum 20. April, wo in Koordination mit verschiedenen anderen Weddinger Gruppen den Faschisten eine starke linke Bewegung entgegengesetzt werden konnte.

Antifa Jugendfront

Hauptsächlich aus Schülerinnen und Schüler besteht die Antifa-Jugendfront Berlin, die seit drei Jahren existiert. Die "Frente" hat sich von Anfang an als ein Teil der Jugendbewegung in Berlin begriffen und ist deshalb vor allem an den Schulen vertreten. Das Ziel der Gruppe ist es, die Schaffung einer revolutionären Jugendbewegung zu unterstützen. Deshalb beschränkt sich das Spektrum der behandelten Themen (z.B. im Antifa Jugendinfo) nicht nur auf die Bekämpfung von Neonazis. Wichtige Themen sind die Aufklärung und der Kampf gegen Sexismus und Rassismus, was auch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen eine bürgerliche Gesellschaft gesehen wird. (siehe auch Artikel "Bundesweite Organisierung der Jugend-Antifa" auf den BRD-Seiten)

Es gibt drei Schwerpunkte in der Arbeit der Antifa-Jugendfront Berlin: Natürlich den direkten Widerstand, zum Beispiel gegen faschistische Gruppen oder Nazis an den Schulen. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit wird hauptsächlich über das monatlich erscheinende Antifa Jugendinfo gemacht, das kostenlos an Jugendliche verteilt wird. Dazu gehören aber auch Info-Veranstaltungen, Redebeiträge und verschiedene Veröffentlichungen. Schließlich gehört die Strukturarbeit zu den Aufgaben der Frente: Der Aufbau von neuen Gruppen, Infomaterial weitergeben, Kontakte herstellen, Erfahrungen vermitteln usw. sind Teil des Strukturaufbaus. Von Anfang an war die Antifa-Jugendfront auch eine Gruppe, in der sich Jugendliche nicht nur organisiert haben, sondern auch politisch weiterentwickelt haben, bis zu dem Punkt, daß sie gelernt haben, selbstständig Politik zu machen, also ihre Interessen zu erarbeiten und zu vertreten. Am Anfang war es eine eher offene Gruppe, der Charakter ist heute aber ganz anders: So werden jetzt viel höhere Ansprüche an die Mitglieder gestellt, um zu erreichen, daß sich in dieser Stadt eine Bewegung der revolutionären Jugendlichen bildet. Nach der Organisierung in Berlin und der Zusammenarbeit mit den anderen Antifa-Jugendgruppen steht zur Zeit der Aufbau von Bezirksgruppen an. So gibt es schon mehrere Antifa-Jugendcafes, und unabhängige Bezirks-Jugendantifagruppen wie z.B. die KAJ (Kreuzberger Antifajugend). Kontaktadresse: **Antifa Jugendfront/Antifa Jugendinfo, Gneisenaustr. 2a, 1/61 KAJ, Postanschrift: Buchladen, Oranienstr. 21, 1/36**

JAKOB

Die JAKOB als Vertreterin der Berliner Jugend-Antifa. Seit genau einem Jahr existiert die Jugendantifa-Koordination-Berlin (JAKOB). Sie wurde ursprünglich (im Mai '88) gegründet, um eine Änderung des Geschichts- und PW-Unterichts in den Schulen zu erreichen. Zwar konnte dieses Ziel unter der CDU-Regierung nicht erreicht werden, doch dafür entstand eine Organisierung der unabhängigen Antifa-Jugendgruppen, wie es sie bisher noch nicht gegeben hat. Die ca. fünfzehn Gruppen arbeiten entweder an einzelnen Schulen oder sogar bezirksübergreifend. Dabei ist JAKOB nicht nur ein Informatives Treffen: Neben Austausch von Material, Infos und Erfahrungen läuft auch eine gemeinsame antifaschistische Praxis. Während der Kandidatur der 'Republikaner' wurden gemeinsame Aktionen gestartet und es gab zwei Wandzeitungen, die an vielen Berliner Schulen geklebt wurden.

Vor allem gemeinsame Veröffentlichungen und Aktionen werden in Zukunft ein Gegenstück zu der "rost-grünen" Senatsantifa sein, die die antifaschistische Arbeit in staatstreuen Bahnen verlaufen läßt und Jugendliche von einer unabhängigen Organisierung abhalten soll. Jugendverbände, Parteien und die tradi-



tionellen Organisationen sind für die meisten linken Jugendlichen heute keine Möglichkeit mehr, sich effektiv am antifaschistischen Kampf zu beteiligen. Im JAKOB arbeiten deshalb auch ausschließlich unabhängige Gruppen mit. Für Jugendliche, die noch keiner Gruppe angehören, werden zur Zeit in mehreren Bezirken autonome Antifa-Jugendgruppen aufgebaut, die vor allem den Faschos an den Schulen was entgegensetzen wollen. So können sich die Leute an ihrer Schule oder im Bezirk organisieren und sind nicht wehrlos den Angriffen oder anderen Aktivitäten der Nazis ausgeliefert.

JAKOB begreift sich allerdings auch nicht als ein reines Anti-Nazi-Bündnis. So stand die zweite Wandzeitung unter dem Motto "Was ist Sexismus?" und es wird auch auf die Interessen der Herrschenden an Rassismus und Sexismus hingewiesen. Und immer mehr wird auch bei JAKOB die Frage gestellt: Welche Gesellschaft kann es noch geben, außer der vom Kapital bestimmten? Der Aufbau einer radikalen Jugendantifa-Bewegung in Berlin ist auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil der JAKOB-Arbeit. **Postanschrift: JAKOB, Gneisenaustr. 2a, 1/61**

ANTIFA PRESSE ARCHIV

Das Antifa-Presse-Archiv sammelt alle Veröffentlichungen über Faschismus/Neonazismus und natürlich alles was zum Antifaschismus an Zeit- und Druckschriften zu haben ist. Für unstillbaren Wissensdurst steht das Archiv allen AntifaschistInnen **jeden Donnerstag** zwischen **17.00 und 20.00 Uhr** zur Verfügung. Adresse ist die **Cuvrystraße 25 in 1/36.**

BUNDNIS GEGEN FASCHISMUS, RASSISMUS UND SEXISMUS

Seit über einem Jahr arbeitet der größte Teil der Antifa-Bewegung in diesem stadtweiten Bündnis zusammen. Dort werden gemeinsame Aktionen geplant und koordiniert wie zum Beispiel die Demos gegen die 'Republikaner' und die Kampagne zur antifaschistischen Selbsthilfe. Trotz der großen Unterschiede - das Spektrum reicht von Autonomen-Initiativen bis zum DGB - hat sich dort eine gute Zusammenarbeit entwikkelt, weil keine Gruppe oder Organisation versucht dem Bündnis ihren Willen überzustülpen. Denn es wurde die Erfahrung gemacht, daß eine vielfältige antifaschistische Arbeit eine Stärkung für alle bedeutet. Das Bündnis trifft sich **alle 2 Wochen, Dienstags um 19 Uhr in der Nostizstraße 6-7 in Kreuzberg 61.**

ANTIFA INFO-TELEFON

In den letzten Jahren konnten wir beobachten, daß faschistische und rechtsextreme Gruppen, wie z. B. "NF", "FAP", "DJI", "Republikaner" und "DVU" immer offener aufgetreten sind. Dabei wurden besonders vor Schulen Flugblätter und Zeitungen mit faschistischem Inhalt verteilt und es häuften sich brutale Angriffe auf AusländerInnen, AntifaschistInnen, Linke, Schwule u. a..
In dieser Situation wollen wir - unabhängige Antifa- und Asylgruppen - die antifaschistische Informationsarbeit ausbauen und verstärken. Mit dem ANTIFA-INFO-TELEFON wollen wir Informationen über faschistische Aktivitäten, Treffen, Übergriffe etc. sammeln und gegebenenfalls weitergeben.
Wir wissen, daß wir den Widerstand gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus selbst organisieren müssen, denn wir haben immer wieder erlebt, daß dieser "Rechtsstaat" kein Interesse hat, gegen faschistische Gruppen vorzugehen. Vielmehr produziert das kapitalistische System selbst faschistische Tendenzen, Rassismus und Sexismus. Gerade darüber gelingt es ihm, uns immer wieder zu spalten.
In vielen Fällen können wir belegen, daß sich staatliche Politik und faschistische Aktionen gegenseitig beeinflussen und unterstützen:
• nachdem Politiker 1986 öffentlich über eine sog. "Asylantenschwemme" hetzten, griffen Neonazis die Unterkünfte von Flüchtlingen mit Brandsätzen an !
• Faschoschläger morden und prügeln AusländerInnen und Schwule; auf Polizeirevieren kommt es zu rassistischen und sexistischen Übergriffen - so wurde z. B. auf der Gothaer Wache ein 17jähriger Ausländer so mißhandelt, daß er heute gelähmt ist !
• Während Nazis "Ausländer raus" brüllen, erläßt der Staat Zuzugssperren in Neukölln, Tiergarten, Kreuzberg usw., erläßt Sondergesetze und schiebt Flüchtlinge ab.
• Naziveranstaltungen werden von der Polizei geschützt, während AntifaschistInnen kriminalisiert werden, ihre Wohnungen mit fadenscheinigen Begründungen durchsucht werden usw..
Wenn wir auf Naziprovokationen angemessen reagieren wollen, sind wir auf Eure Unterstützung und Zuarbeit angewiesen. wir werden Eure Informationen sammeln, weitergeben, ggf. veröffentlichen und gemeinsame Gegenaktivitäten planen.

Informiert uns also über:

• faschistische Umtriebe:
Wo treffen sich alte und neue Nazis ? Wo verteilen sie ihre Propaganda? In welchen Stadtteilen versuchen sie, sich breit zu machen ? In welchen Schulen agitieren sie ? Wo halten sie ihre Treffen, Übungen, Schulungen etc. ab ? Wo kleben Plakate, Aufkleber ?
• Bedrohungen durch Faschos oder Skins:
Habt ihr Bedrohungen, Angriffe von Nazis mitbekommen oder wart selbst davon betroffen ? Wo versuchen sie, Leute in Parks, U-Bahnen, Diskotheken, Kneipen usw. einzuschüchtern ? Habt ihr Anpöbeleien, Angriffe, Drohbriefe und/oder -anrufe gegen AusländerInnen, Flüchtlinge, Frauen- und Lesbenprojekte usw. mitbekommen oder wart selbst betroffen ?
• rassistische oder sexistische Übergriffe durch Polizei, Vermieter usw..

ANTIFA-INFO-TELEFON
692 15 99 - Sa 16-20 Uhr

Zur Situation in *Neukölln*

Wir wollen versuchen, mit diesem Artikel die Entwicklung in Neukölln seit Ende des letzten Jahres und besonders seit den Wahlen darstellen. Dabei wollen wir zum Einen etliche Zusammenhänge um die Aktivitäten der Nazis richtig stellen, die in der Presse sensationsmäßig ausgeschlachtet werden, während gleichzeitig die antifaschistische Gegenwehr verschwiegen oder lächerlich gemacht wird. Damit tragen die bürgerlichen Medien dazu bei, Angst und Hilflosigkeit zu verbreiten und diffamieren den selbstorganisierten antifaschistischen Widerstand oftmals "Selbstjustiz".



Deswegen werden wir im zweiten Teil auf die vermehrten antifaschistischen Aktivitäten in Neukölln eingehen.

• Mitte Dezember '88 kommt es zu einer großen verabredeten Schlägerei zwischen ca. 150 Jugendlichen am U-Bhf Wutzkyallee. Heavy-Metal-Gangs aus der Gropiusstadt gehen mit den Skins der 'Rudower Front' zusammen gegen ausländische und deutsche Gangs und SchülerInnen vor. In der Folge tritt die Polizei wieder massiver in Erscheinung und setzt Sonderpatroullien auf der U-Bahn-Linie 7 sowie an den Treffpunkten der Jugendscene ein. Der Direktor der Fritz-Karsen-Schule (FKS) in Britz läßt einen Tag die SchülerInnen in der Pause nicht auf den Schulhof, weil einige rechte Schüler aus der Mittelstufe in die Schlägereien verwickelt waren und er befürchtet, daß die Auseinandersetzungen bei ihm in der Schule fortgesetzt werden.

• Ebenfalls im Dezember gründen Jugendliche aus Britz eine 'Berliner Türken Beseitigungsgang (BTB).

• Am 5. Februar '89 verüben zwei rechtsextremistische Jugendliche einen Brandanschlag auf den Bus der Neuköllner Falken, der vor der FKS geparkt ist.

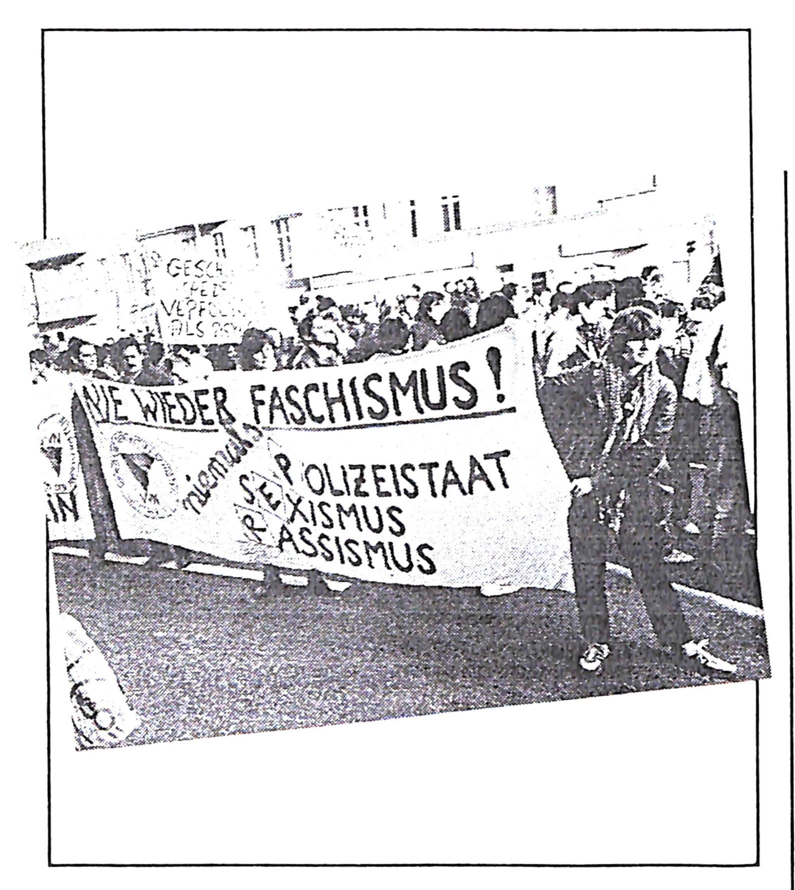
• Zum ersten Neuköllner Kiezpalaver gegen Faschismus und Rassismus am 10. 2., das in einer Kirchengemeinde in der Gropiusstadt stattfindet, kommen auch ca. 40 Jugendliche aus der Heavy-Scene. Nachdem gleich zu Beginn einige von ihnen anfingen zu provozieren, indem sie eine 'Reichskriegsflagge' hochhalten, werden sie rausgedrängt. Später geht eine Scheibe des Saals zu Bruch. Die letzte große Gruppe von Besuchern trifft auf dem Weg zur U-Bahn auf eine Gruppe von ca. 20 Leuten, höchstwarscheinlich aus der alten 'TeBeWe' ('Terrorbande Wutzkyallee' / dieser Name stammt ursprünglich von der Polizei). Mittendrin befanden sich zwei stadtbekannte Neonazis - Oliver Schweigert (FAP) und Christian Franke (NF) - und zwei Zivilpolizisten. Für das Kiezpalaver war ein Schutz organisiert und die letzte Gruppe von Besuchern ging aufgrund der Situation ebenfalls "bewaffnet" zur U-Bahn. Dadurch ist ein Übergriff auf die Gruppe der Antifas verhindert worden.

• Zwei Tage später kommt es zu einem Farbbeutelanschlag auf den Krümel-Laden.

• Anfang März verteilen vor der FKS und der Albert-Einstein - Schule drei Gruppen von jeweils zehn Faschisten (vermutlich aus der NF) die NF-Zeitung 'Klartext' und Flugblätter der faschistischen 'Deutschen Jugendinitiative' (DJI). Sie pöbeln dabei ausländische und antifaschistische SchülerInnen an. Später fotografieren rechte Schüler aus der Mittelstufe der FKS SchülerInnen, die "Nazis raus"- Aufnäher an den Jacken tragen.

• In der Nacht vom 16. auf den 17. 3. greifen ca. 20 Fascho - Skins (zum Teil in SS-Uniform) nach einer Fete in Rudow Schü-





lerInnen der Neuköllner Albrecht-Dürer-Schule an. Ein Schüler mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei weigert sich, die verängstigten SchülerInnen nach Hause zu bringen.

Die Skins in Rudow sind schon seit mehreren Jahren für ihre Überfälle auf linke und ausländische Leute am U-Bhf-Rudow bekannt. Aufgrund der Bullenüberwachung treffen sie sich dort aber inzwischen nicht mehr regelmäßig. Es bestehen seit längerem Kontakte dieser Skins zu organisierten Faschisten, die aus der Skin-Scene Leute rekrutieren. Daß die Heavy-Scene in der Gropiusstadt zusammen mit den Rudower Skins gegen ausländische und linke Jugendliche vorgeht, ist noch ziemlich neu. Mit der sich verschärfenden gesellschaftlichen Situation und der stärkeren Zunahme des Rassismus sehen viele Jugendliche aus der Gropiusstadt die ausländischen Jugendlichen als Konkurrenten und Feinde an, die ihnen "die Lehrstellen und die Mädchen wegnehmen". In diesem Klima versuchen jetzt organisierte Nazis auch in die Heavy-Scene reinzukommen und Leute zu rekrutieren.

Trotzdem muß klar sein, daß diese Jugendlichen nicht die organisierten Faschisten sind, sondern erstmal aufgehetzte Jugendliche mit einem rassistischen und sexistischen Weltbild, wobei aber zwischen Heavys und den Skins der 'Rudower Front' noch ein großer Unterschied besteht, da die Skins die Nazi-Ideologie schon verherrlichen.

Diese Entwicklung der Jugendlichen ist aber auch zwangsweise in einer Phase der ökonomischen und damit politischen Krise, weil es dort nie eine radikale linke Alternative gab, die "etwas bringt". Es gab zwar Ansätze, wie die Entwicklung von Widerstand an den großen Gesamtschulen, die viele Jugendbanden und Gegenkulturen (Punk-Bewegung/BETON-COMBO) hervorbrachten. Diese Bewegungen liefen jedoch nicht auf eine radikale und kontinuierliche Praxis hinaus. Viel dieser Leute aus den Bewegungen sind in den Norden von Neukölln oder nach Kreuzberg gezogen.

Die Entwicklung der antifaschistischen Gegenwehr in Neukölln

An den Schulen gab es in den letzten zwei Jahren immer wieder Antifa-Gruppen. Antifaschistische Aktivitäten und Widerstand in Neukölln, wie er vor den Wahlen geleistet wurde, ging vor allem von SchülerInnen aus. Vor den Wahlen wurden Stände und Versammlungen der 'Republikaner' mehrmals be- oder verhindert.

- Kurz vor und nach der Wahl werden zwei Treffen der 'Reps' verhindert. Bei der zweiten Verhinderung in der Kneipe "Zum Anker" wird von 100-150 Antifas und vielen AusländerInnen verhindert. Es kommt zu harten Polizeiübergriffen. Personen werden vorübergehend festgenommen. Ein Schüler wird in der Wanne und später noch mal auf der Wache Sonnenallee geschlagen.

- 8. März: Die Filmveranstaltung der Antifa-AG der Fritz-Karsen-Schule in Britz fällt wegen befürchteter Fascho-Übergriffe aus. Etwa 25 Antifa-Schüler versammeln sich im Blaschkopark, um die erwarteten Faschos in Empfang zu nehmen. Als diese nicht kommen, fahren sie zum JFZ-"Haus der Mitte" an der Lippschitzallee (ein Treffpunkt der Heavys), um an die am 4. 3. gemachten Fotos von antifaschistischen SchülerInnen zu kommen. Als klar wird, daß sie dort an der falschen Adresse sind, fahren sie nach Hause. Die Heavys mobilisieren daraufhin innerhalb von zwei Stunden 50 Leute, um sich für den ungebetenen Besuch der Antifas zu rächen. Einige zu spät im Blaschkopark angekommene Antifas werden von ihnen gejagt. Wegen dieser Vorfälle wird eine geplante Diskussionsveranstaltung über Rechtsextremismus an der FKS vom Direktor abgesagt.



• Am 14. März findet die Veranstaltung dann doch statt. An der Diskussion beteiligen sich die SchülerInnen-Antifa-AG der FKS, rechtsextreme Schüler aus der Mittelstufe, Lehrer und Eltern. Am U-Bhf Parchimer Allee versammeln sich ca. 100 Antifa-Jugendliche. Als 20 Skins und Heavys eintreffen, ergreifen die Skins - angesichts der Überzahl der Antifas - die Flucht. Die Heavys gehen - weil sie angeblich vom Rektor eingeladen waren - zur Schule. Die Antifas bildeten einen kleinen Demonstrationszug zur Schule, werden aber von der Polizei nicht auf das Schulgelände gelassen. Der Rektor hat wiedermal von seinem Hausrecht gebrauch gemacht.

Nach den Wahlen gab es drei Neuköllner Kiezpalaver gegen Faschismus und Rassismus. Bei den ersten beiden waren je 150 Leute anwesend. Das erste diente der Information und Diskussion über die 'Republikaner', vom zweiten wurden die Aktionen zur ersten BVV-Sitzung in Neukölln vorbereitet.

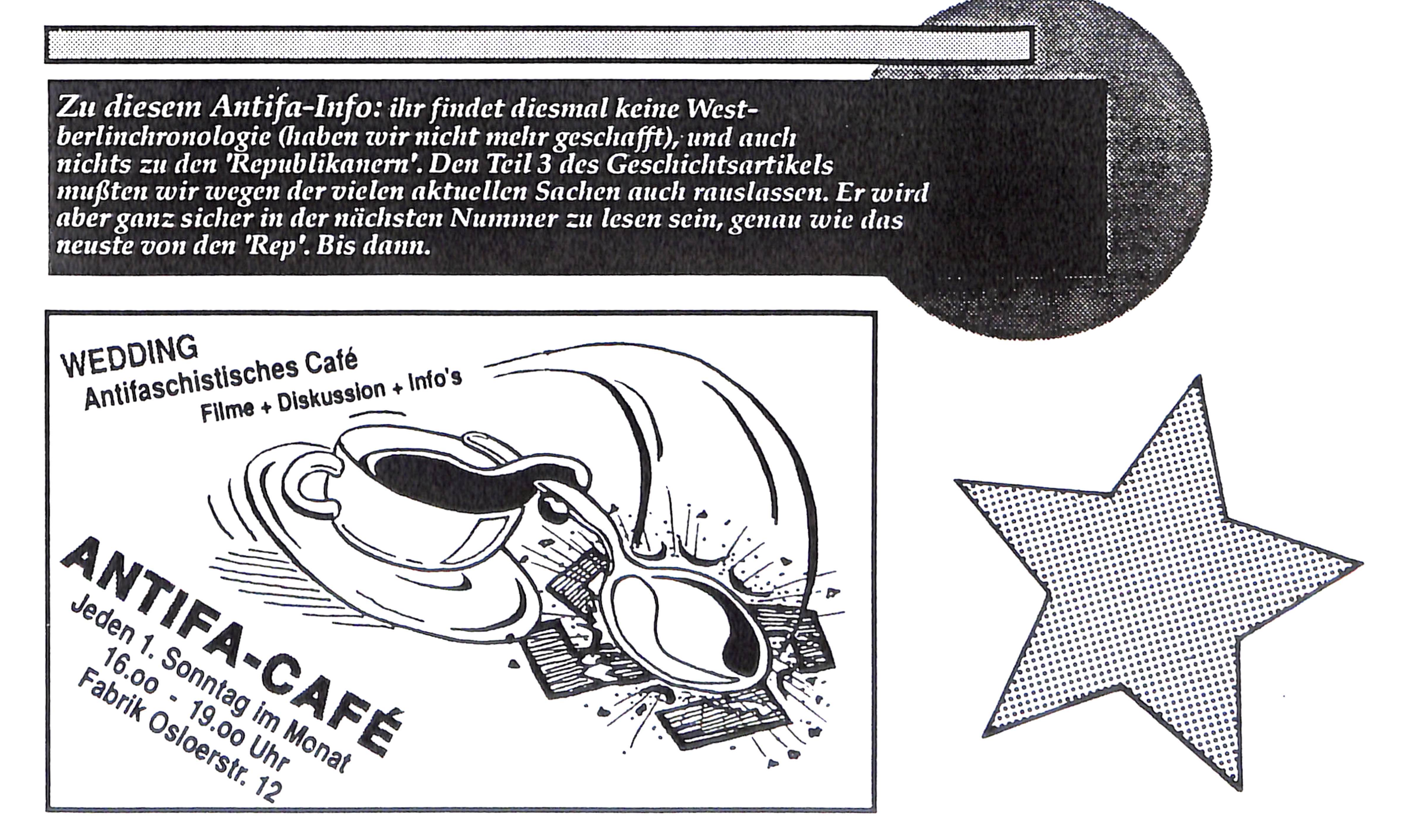
Am 2. März fand dann eine Kundgebung mit 300 Menschen vor dem Rathaus statt:
Massives Polizeiaufgebot sicherte das Rathaus Neukölln und ließ nur zugelassene Menschen hinein. Drinnen, vor dem BVV-Saal stellten sich einige Leute mit einem Transparent gegen die 'Republikaner' auf, später gelangen sie damit auf die Besuchertribüne des Saals wo sie es deutlich sichtbar platzieren können. Aus dem dritten hat sich eine antifaschistische Stadtteilinitiative Neukölln gegründet, die aktiv gegen Rassismus und Faschismus im Bezirk vorgehen will.

Zum 20. April

In der Woche um den 20. April gab es in Neukölln eine offene Infostelle in den Räumen der Galerie Olga Benario des VVN/VdA. Die Infostelle wurde hauptsächlich von der Antifa-Stadtteil-Initiative Neukölln organisiert. Dies war gleichzeitig die erste größere praktische Aktion der Initiative. Das Konzept einer offenen Infostelle sah vor, daß es ein öffentlich bekanntes Telefon gab, daß die Räumlichkeiten auch Anlaufstelle für viele Leute sein sollte, daß die Leute sich in eine offene Telefonkette eintragen und auch Fahrwachen übernehmen konnten.

Politisch stellte sich dieses Konzept für die Tage als völlig richtig heraus, weil sich so sehr viele Leute an der Infostelle beteiligten. Also auch insofern ein Erfolg, weil sich dadurch viele Leute die zum 20. April etwas machen wollten nicht vereinzelt herumhingen, sondern praktisch in den Selbstschutz einbezogen wurden. Es sind denn auch ausländische Leute aus Neukölln gekommen und haben zum Teil die Fahrwachen mitgemacht.

Auch wenn dieses System nicht 'perfekt' war, so konnten doch innerhalb kürzester Zeit über 100 Leute mobilisiert werden. Die Faschos haben sich nur zu heimlichen Aktionen in abgelegenen Gebieten getraut (um den Jahnpark/Hasenheide herum und am Zwickauer Damm).


Zu diesem Antifa-Info: ihr findet diesmal keine Westberlinchronologie (haben wir nicht mehr geschafft), und auch nichts zu den 'Republikanern'. Den Teil 3 des Geschichtsartikels mußten wir wegen der vielen aktuellen Sachen auch rauslassen. Er wird aber ganz sicher in der nächsten Nummer zu lesen sein, genau wie das neuste von den 'Rep'. Bis dann.

NETZWERK EUROPÄISCHER FASCHISTEN

Auch wenn den Nazis die große Mobilisierung nicht gelungen ist, die internationale Organisationsstruktur der Nazis hat deswegen an ihrer Gefährlichkeit keineswegs verloren. In den Artikeln über die 'DVU - Liste D' und über die geraubten SS-Millionen wird diese Vernetzung nur angeschnitten. Westberliner Antifas hatten im Vorfeld des 20. April auf mehreren Veranstaltungen über Geschichte und Hintergründe der Zusammenschlüsse und Organisationsversuche der westeuropäischen Nazis informiert. Folgender Artikel gibt einen kurzen Einblick in diese Geschichte. Es ist die gekürzte Wiedergabe eines Redebeitrags, der auf den Veranstaltungen gehalten wurde.

Die Organisationsversuche und Zusammenschlüsse der westeuropäischen Nazi-Kader

Mit dem Zusammenbruch des Nazi-Faschismus in Deutschland begann auch die Flucht derjenigen, die allen Grund hatten ihre Haut vor den Alliierten und dem zu erwartenden "Volkszorn" zu retten. Vor allem die Nazi.Größen, Kriegsverbrecher und KZ-Schergen wollten sich soweit wie möglich in Sicherheit bringen.

Für die systematische und organisierte Flucht sorgten vor allem zwei Organisationen, die für diesen Fall bereits vorgesorgt und Verbindungen - hauptsächlich nach Südamerika - geknüpft hatten., Die beiden Organisationen nannten sich "ODESSA" und "Spinne". Kopf und Organisator war der hohe SS-Offizier und Sabotagespezialist Otto Skorzeny. Außer nach Südamerika bestanden die besten Verbindungen der beiden Organisationen nach Spanien und in einige arabische Länder. Weitere Kontakte hielten sie zu französischen, italienischen, nordamerikanischen und britischen Faschisten. Diese, für die Fluchtunternehmen aufgebauten Verbindungen, bildeten ab 1946 den wichtigsten Rahmen für die westeuropäische Zusammenarbeit der Nazis.

Im Mai 1951 fand in Malmö (Schweden) ein "Europäischer Nationalkongreß" statt, an dem sich Nationalsozialisten und andere Faschisten aus Schweden, Dänemark, Norwegen, Belgien, Italien, Frankreich, Spanien, der BRD und der Schweiz beteiligten. Der frühere Nazi-Oberst Ullrich Rudel nahm als Argentinier teil. Auf dem Kongreß gründete sich die "Europäische Soziale Bewegung" (ESB), die als Ursprung für die organisatorische Zusammenarbeit der westeuropäischen Nachkriegs-Faschisten gilt. Diese "Bewegung" nahm im gleichen Jahr Kontakt zu Otto Skorzeny auf, der bis zu seinem Tod zusammen mit Rudel und Leon Degrelle die "Schwarze Internationale" anführte. Die "Schwarze Internationale" beschäftigte sich intensiv damit, von Lateinamerika aus den Faschismus wieder an die Macht zu bringen.



Noch 1951 spaltete sich die "ESB" an der Rassenfrage in zwei Fraktionen. Die eine nennt sich heute "Europäische Neue Ordnung" (ENO) und schlug einen offen antisemitischen Kurs ein. Die andere Fraktion (ESB) wollte nur den "jüdischen Kommunismus", nicht aber das Judentum an sich bekämpfen.

Die "ENO" wählte Gaston Armand Amaudruz zum Vorsitzenden auf Lebenszeit und ist heute von zentraler Bedeutung für das westeuropäische Nazi-Netzwerk. Die Spaltung von 1951 bedeutete aber nicht das Ende der Zusammenarbeit der beiden Fraktionen. Vielmehr ging es um die taktischen Unterschiede zum Erreichen desselben Ziels, die sich lediglich in der unterschiedlichen politischen Praxis äußerten. Mit der tatkräftigen Unterstützung beider Fraktionen wurde 1951 auch die faschistische Monatszeitung "Nation Europa" gegründet, die noch heute für die internationale Zusammenarbeit der Faschisten eine wichtige Funktion erfüllt. Eine 1953 gegründete "Europäische Volksbewegung" (EVB)

kam ebenfalls durch die Zusammenarbeit von "ENO" und ESB" zustande. Die "EVB" wartete ganz im Sinne der beiden Organisationen mit der Forderung auf, eine Nation Europa des nationalen, wahren "Sozialismus" zu schaffen.

Die "ENO" hat ihren Sitz in Lausanne in der Schweiz. Die Organisation veranstaltet regelmäßig (alle zwei Jahre) internationale Treffen, auf denen die Führungskader der internationalen Faschistenszene anwesend sind und bemüht sich die Aktivitäten in den verschiedenen westeuropäischen Ländern zu koordinieren bzw. die Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Eines dieser Treffen, das 1960 stattfand, bestimmte z. B. das gemeinsame Vorgehen in einer Kampagne gegen den Eichmann-Prozeß in Israel. Ende der Anfang der 80er Jahre besorgte die "ENO" Wohnungen in England, die wegen Terroranschlägen gesuchten Nazis als Unterschlug dienten.

Die in der BRD gesuchten Nazi-Terroristen und VSBD-Mitglieder Kexel und Tillmann wurden am 18. Februar 83 in England festgenommen. Sie hatten sich bei dem militärischen Ausbilder für NS-Führungsleute Ian Souter Clarence, in einer dieser Fluchtwohnungen versteckt gehalten. Das westeuropäische Terror-Netzwerk funktionierte zum Beispiel 1980 als koordinierte Terroranschläge verübt wurden (Bologna, München u.a.)oder als englische Nazi-Terroristen sich über einen Personalaustausch mit italienischen Naziterroristen verständigten, um in den jeweiligen Ländern besser agieren zu können.

Der westdeutsche Nazi Michael Kühnen traf sich 1989 in der Schweiz mit dem "ENO"-Chef Gaston Amaudruz. Kühnen war auf der Flicht vor der BRD-Justiz und es ist sicher kein Zufall, daß er zuerst in die Schweiz flüchtete. Vor ihm hatte der 1982 zu einer 13jährigen Haftstrafe verurteilte Nazi-Terrorist Manfred Roeder den gleichen Weg benutzt. Roeder konnte dann über die alte SS-Route der "ODESSA" nach Südamerika entkommen. Amaudruz erwähnte seine Zusammenkunft mit Kühnen in seiner Zeitung "Courrier du Continent" Ausgabe Mai/Juni 84 und stellt darin fest, daß *"Kühnen erkannt habe, daß eine Revolution in einem einzelnen Land unmöglich sei, während er bisher auf ein deutschnationales Ziel fixiert gewesen, strete er heute für eine europäische Revolution ein."*

Von der Schweiz für Kühnen dann nach Italien und Frankreich, um dann in Madrid das "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH) zu gründen. (s. Info Nr. 6/7) Über seine Initiative versuchte Kühnen an die nach Lateinamerika transportierten SS-Raubmillionen zu gelangen. Mit dem Aufbau einer europäischen NS-Bewegung will er *"aus eigener Kraft etwas* (zu) *schaffen"*, das zur Bedingung für den Geldstrom gemacht ist (s. Artikel SS-Millionen). Kühnen orientiert sich an dem vorhandenen Netzwerk der Nazi-Terroristen und an der bestehenden "ENO"-Struktur, versucht allerdings die Zusammenarbeit auf einer politischen und öffentlichen Ebene voranzutreiben. er will dabei die *"nationalen Bewegungen Europas zu einer europäischen SA zusammen*(zu)*fassen, die die Straßen freikämpfen und die feindlichen Anschauungen nieder*(zu)*ringen."*


Nazi-Feier zu Hitlers Geburtstag : „Im Halbkreis antreten!"

Die Nazi-Millionen

Gegen Kriegsende schafften die Nazis große Kapitalmengen ins Ausland. Das in ganz Europa zusammengeraubte Vermögen wurde gegen lukrative Provisionen vorangig in den Diktaturen Europas und Südamerikas angelegt. Es ist kein Geheimnis, daß nach dem Krieg auf dieser finanziellen Grundlage manche Filiale deutscher Konzerne gegründet wurde. Für die bundesdeutschen Nazis lagert dort ein Kapital, das sie gerne in ihren Händen wüßten - soweit sie nicht bereits "Spenden" erhalten. Hierzu veröffentlichen wir Passagen aus einem älteren Interview mit Michael Kühnen, einen führenden Vertreter des militanten Nazi-Spektrums.
Spitzelberichte - und dazu gehört auch der Bericht über dier Straßburger Konferenzhaben das Manko, daß die Spitzel oft unter Druck stehen, etwass zu produzieren. Aber selbst wenn der Bericht über die Straßburger Konferenz solche ein "klassisches" Spitzelprodukt sein sollte, Treffen, bei denen Vertreter der nazis und des kapitals Nachkriegsstrategien festlegten, hat es mit Sicherheit gegeben. Dafür sprechen die bei Kriegsende geschaffenen Tatsachen.



August 1944. Das Nazi-Regime hat den Höhepunkt seiner Macht längst überschritten. An den Fronten muß es eine Niederlage nach der anderen einstecken. Die westlichen Alliierten sind bereits in Nordfrankreich gelandet. Gegenüber der Roten Armee befindet sich die Nazi-Streitmacht in der Defensive. Im Innern des Regimes kriselt es. Einen Monat zuvor entging Hitler nur knapp einem Attentat aus dem Keise seiner Wehrmachtsoffiziere. Gegen die kriegsmüden Teile der Bevölkerung wird mit aller Härte vorgegangen. Diejenigen, die bei der "Wehrkraftzersetzung" ertappt werden, weil sie sich negativ über den Krieg auslassen, müssen mit dem gleichen Schicksal rechnen wie die desertierenden Soldaten.

Doch ganz anders im "Roten Haus", einem vornehmen Hotel in Straßburg. Dort kommen auf einer Geheimkonferenz hochkarätige Nazis aus dem Geheimdienstapparat und dem Rüstungsministerium mit Persönlichkeiten aus der Großen Wirtschaft zusammen. Für diese Herren ist der Krieg längst verloren. Nun müssen die Weichen für die Nachkriegszeit gestellt werden. Dr. Scheid, Direktor der Hermannsdorff & Schenburg Gesellschaft und SS-General, gibt in seinem einleitenden Referat die neuen Weisungen. Jetzet solle das deutsche Kapital ins Ausland verlagert werden, bevor es den Alliierten in de Hände falle. Jeder Industrielle müsse Kontakt zu ausländischen Firmen aufnehmen, individuell, ohne Verdacht zu erregen. Der Boden müsse bereitet werden, um nach dem Krieg größere Summen aus dem Ausland zu entleihen.

Konkreter wurde es bei dem zweiten Teil der Konferenz. Der wird von Dr. Bosse vom Reichsministerium für Rüstung und Krie-

So manch erstaunliche Nachkriegskarriere

Es lohnt sich, den Weg zu verfolgen, den bekannte Nazi-Persönlichkeiten nach dem Krieg eingeschlagen haben. Dazu wollen wir einige Beispiele aufführen.

Claudius Dornier, Görings Flugexperte, hatte nach dem Krieg ein umsatzträchtiges Büro für Flugzeugkonstruktion in Madrid eröffnet. Nicht weit von ihm war **Otto Skorzeny** zu finden, ebenso wie **Lèon Degrelle**, der zum Tode verurteilte SS-General, der heute als Ehrenpräsident des 'Komitee Adolf Hitler' (KAH) firniert. Scorzeny, Sabotagespezialist zu NS-Zeiten, spielte bis zu seinem Tod 1975 eine wichtige Rolle in der 'Faschistischen Internationale'. Nach dem Krieg leitete er die Nazi-Fluchtorganisation 'Die Spinne'. Skorzeny betrieb in Madrid ein Ingenieur- und Maklerbüro und nicht zu vergessen - Waffenhandel..

Andere schafften ihren (Wieder-) Aufstieg innerhalb kürzester Zeit in der BRD. **Emil Puhl,** der das von der SS geraubte Gold an die Reichsbank lieferte, saß, nachdem er die Kriegsverbrecherzelle verlassen hatte, in den Vorständen der Dresdener Bank AG, der Hamburger Kreditbank AG und im Aufsichtsrat der Oldenburgischen Landesbank-AG.

Ein anderer honoriger Repräsentant des Nachkriegs-'Wirtschaftswunders' ist **Kurt A. Becher**, einer der reichsten Männer im Norden der BRD. Geld hatte er nicht, als er 1949 die Kriegsverbrecherhaft verließ. Doch schon einige Tage später, nach einer Reise in Richtung Süden, war er in der Lage, in Hamburg eine Firma zu kaufen, die in den folgenden Jahren massiv expandierte. Tätig in der Getreide- und Futtermittelbranche, treibt er neben den USA vor allem Handel mit Argentinien, der "letzten Bastion der Nazis". Zu Beginn der 60er Jahre lag sein Firmenumsatz bei weit über 300 Millionen DM. Interessant ist, mit welchem Personal er sein Firmen-Imperium besetzte: Geschäftsführer, Prokuristen, Teilhaber - fast alle ehemalige hohe SS-Offiziere. Bechers Verbundenheit mit der SS kommt auch noch anders zum Ausdruck: er ist einer der Geldgeber für die 'HIAG', dem legalen (und gemeinnützigen) Zusammenschluß von Ex-SS-Angehörigen. Nach dem Krieg arbeitete die 'HIAG' eng mit der versteckt operierenden Nazi-Organisation 'ODESSA' zusammen.

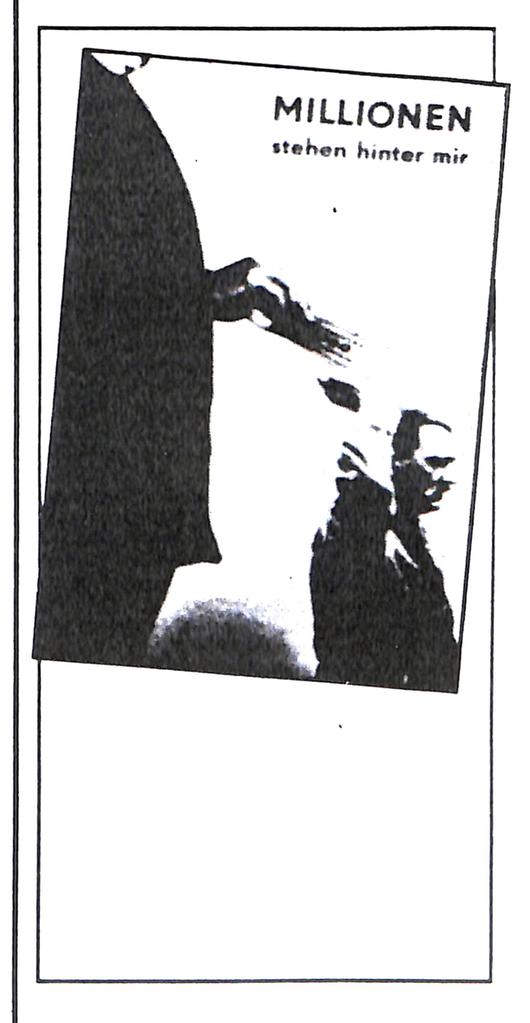
Doch nun zu Bechers Karriere während der Nazi-Zeit. In Osteuropa ist er keine unbekannte Größe. Er nahm als Mitglied eines SS-Regiments am Überfall auf die Sowyetunion teil und war dort aktiv an den Massakern beteiligt. Danach folgte die Plünderung des Warschauer Ghettos. Bei der Besetzung Ungarns kam er mit den ersten SS-Trupps nach Budapest. Becher führte die Aneignung ungarischer Konzerne für die SS durch. Er erpreßte reiche Juden, denen er die Chance bot, sich von den Gaskammern von Auschwitz freizukaufen. Diesen Menschenhandel betrieb Becher zusammen mit Eichmann. Becher war es auch, der die Ausplünderung Ungarns organisierte; alles, was nicht niet und nagelfest war, Maschinen Rohstoffe, Kunstschätze, wurde abtransportiert. Bei Kriegsende ist das Land wirtschaftlich ruiniert. Schätzwert der von Becher und seinem Stab geraubten Güter: 13 Milliarden schweizer Franken. Nach Kriegsende kann Ungarn seine Produktion nur mit etwa 10 % der Vorkriegskapazität wieder aufnehmen. Firmen wie zum Beispiel Messerschmidt kommen die gestohlenen Maschinen und Fabrikteile zugute. Die geraubten Güter und Rohstoffe durften dann später zu dem 'Wirtschaftswunder' in den Westzonen beitragen.

Bechers Nazikarriere wurde von österreichischen Widerstandskämpfern beendet, die ihn im Mai 1945 festnahmen und den Amerikanern übergaben. Auslieferungsgesuche der Ungarn lehnten die USA ab.

Lesetip: Pomorin/Junge/Biemann/Bordien... 'Blutige Spuren', der 2. Aufstieg der SS. Weltkreis Verlag 1980

gsproduktion geleitet. Der Teilnehmerkreis ist gegenüber der ersten Sitzung erheblich eingeschrängt. Jetzt sitzen nur noch Vertreter von Heco, Krupp und Röchling am Tisch. Der Krieg sei praktisch verloren, wird festgestellt, er soll aber fortgeführt werden, bis eine Garantie der Einheit Deutschlands erreicht werde.

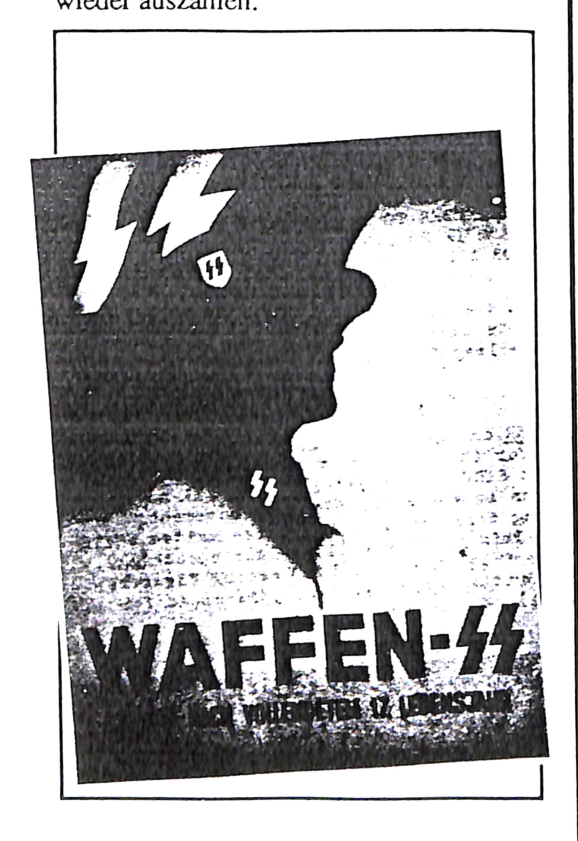
Die Industriellen müssen sich darauf vorbereiten, die Nazipartei zu finanzieren, wenn sie sich in Gebirgsverteidigungsstellungen zurückziehen müsse. Jeder Industrielle könne sich eine solide Nachkriegsbasis schaffen, da die Regierung den Industriellen nun größere Summen zukom-



men lasse. Die Exportpolitik werde gelockert. Mit Unterstutzung der Naziregierung solle so viel Kapital wie möglich ins Ausland verlagert und vor allem in neutralen Ländern angelegt werden. Zwei Hauptbanken, über die der Kapitalexport abgewickelt wird, werden genannt: die Baseler Handelsbank und die Schweizerische Kreditanstalt in Zürich. Zudem gibt es Schweizer Firmen, die gegen eine fünf-

prozentige Provision Eigentum für das deutsche Kapital unter schweizerischem Deckmantel aufkaufen.

Die bestehenden Finanzreserven müssen der Partei zur Verfügung gehalten werden, um ein starkes deutsches Reich nach der Niederlage schaffen zu können. Die großen Werke sollen zudem kleine technische Dienststellen eröffnen, die nach außen keine Abhängigkeit vom deutschen Kapital erkennen lassen. Dort solle die Forschungs- und Entwicklungsarbeit neuer Waffen weiter betrieben werden. Außerdem sollen weniger prominente Naziführer die Möglichkeit bekommen, als "technische Sachverständige" in den deutschen Firmen aufgenommen zu werden. Nach einer erneuten Machtübernahme durch die Nazipartei sollen sich die gemachten Anstrengungen für die Industriellen durch Konzessionen und besondere Vorrechte wieder auszahlen.



Dieses Treffen unterlag strengster Geheimhaltung. Das Protokoll der Sitzung wurde in lediglich sechs Exemplaren angefertigt. Dennoch, es gab eine undichte Stelle. Der US-Geheimdienst wurde über den Ablauf der Konferenz unterrichtet. Jedoch die hochbrisanten Absprachen - Wer eröffnet welche Firmen und Konten? / Wer sind die Verfügungsberechtigten? - wurden auf den Folgetreffen getroffen. Die Ergebnisse sind nicht bekannt.

Er hätte sie gern, die SS-Millionen



Welche Art von Unterstützung Kühnen einwerben wollte, als er seine Südamerika-Reise vorbereitete, wird mit dem folgenden Interview (1983) klar. Erfreulicherweise kam ein Knastaufenthalt dazwischen.

" ... Wir sind also in der Lage, unsere Arbeit weiterzuführen und zu verstärken. Das im wesentlichen durch die Hilfe von älteren Kameraden, die im Hintergrund bleiben aber uns finanziell unterstützen. Und da kommt jetzt inzwischen was, wir haben jetzt auch die ersten größeren Spenden jetzt von Deutsch-Amerikanern aus Südamerika und ähnliches. Und es sieht heute besser aus, als es noch vor einem halben Jahr aussah".

Wie ist es denn für Sie persönlich, gerade wenn Sie über Südamerika sprechen, da gibt es doch eine ganze Reihe von Leuten (...)

"Ja, das möchten wir auch gerne wissen. Es geht nicht nur um diejenigen die schon vor 1939 oder auch während des zweiten Weltkrieges auf deutscher Seite waren, es geht auch um die, die nach '45 emigriert sind, also SS-Offiziere und ähnliches, die zum Teil erhebliches Geld mitgebracht haben, die sogar diese Gelder nur treuhänderisch verwalten dürfen. Strenggenommen, da es sich dabei um NSDAP Eigentum handelt, das dann in Fabriken und Firmen und dergleichen gesteckt worden ist ... da muß man wohl mal rüber fahren und die Leute davon überzeugen, daß das was wir im Augenblick machen, eben ernsthaft gemeint ist und auch sinnvoll ist. ... ich weiß zum Beispiel das 1968 eine Millionen Mark aus Südamerika in die Kassen der NPD geflossen ist, von diesen Kreisen. Ich bin damals noch zu jung gewesen, um selber davon was mitzubekommen. Ich habe dafür keine Beweise, aber ich weiß es durch meine Verbindungen auch nach Südamerika hin, daß eben ein Betrag von einer Million DM zur Verfügung gestellt worden ist, für den Wahlkampf 1969 und das Geld ist mehr oder weniger verheizt worden. ... dort (in Südamerika anm. Info) bei den wirtschaftlichen Inflations- und sonstigen Schwierigkeiten ist das Geld so leicht auch nicht locker zu machen denn das ist zum größten Teil in Fabriken, Grundbesitzen und ähnliches angelegt und bevor also die Kreise drüben nochmal einen größeren nennenswerten Betrag locker machen, wollen die erstmal was sehen. Das heißt konkret, die sagen uns, beweist erstmal, daß ihr aus eigener Kraft etwas schafft und wenn ihr etwas geschafft habt, dann wird es ganz sicher Leute geben, die euch dann unterstützen.

Die geraubten SS-Millionen werden in Sicherheit gebracht...

Während die Nazi-Regierung ihre Soldaten in die letzten Schlachten eines längst verlorenen Krieges treibt, herrscht an den Schaltern der Schweizer Banken rege Betriebsamkeit. Die von der SS in den Konzentrationslagern und in ganz Europa zusammengeraubten Milliarden mußten sicher angelegt werden. Die Schweiz war schnell zu erreichen. Außerdem war es dort für den Nazi-Geheimdienst SD möglich, über dortige Mittelsmänner Schweizer Nummernkonten zu eröffnen. Damit war die Vertraulichkeit und Verschwiegenheit gewahrt, auf die bei der Straßburger Konferenz so viel Wert gelegt wurde.

Damit dürfte das Verzeichnis der Verfügungsberechtigten über die Nummernkonten neben der Liste mit den nach der Straßburger Konferenz beschlossenen Tarnfirmen zu den "begehrtesten Nachlässen" der Nachkriegszeit gehören. Welches Nachkriegswirtschaftswunder, welche faschistische Organisation zehrt von diesen Nazi-Millionen? Simon Wiesenthal führt US-amerikanische Untersuchungen an, die auf 750 Firmen im neutralen Ausland gestoßen sind, hinter denen sie Nazi-Fluchtkapital vermuten. Die waren in erster Linie in den damaligen Diktaturen zu finden: 58 in Portugal, 112 in Spanien, 35 in der Türkei, 98 in Argentinien, 214 in der Schweiz, der Rest in lateinamerikanischen Staaten. Bei Diktatoren vom Schlage eines Salazar (Portugal), Franco (Spanien) oder Peròn (Argentinien) waren die geflüchteten Nazis mit ihrem Kapital in besonders guten Händen. Sie mußten bei einer Enttarnung des wahren finanziellen Hintergrundes nicht mit Auslieferung bzw. Einziehung des Firmenvermögens rechnen.

Simon Wiesenthal hat über die CIC, dem Vorläufer des CIA, die Information, daß es von der Liste der Depositäre sechs Ausfertigungen gibt. Zwei sollen bei Banken in der Schweiz und in Spanien hinterlegt, zwei andere in Alpenseen versenkt sein.



Das US-Schatzamt bezifferte nach dem Krieg das Nazi-Vermögen, das in den letzten Kriegsmonaten auf die Schweizer Konten ging, auf 750 Millionen Dollar. Dieses Geld forderten die USA nach dem Krieg von der Schweiz ein. Die Schweiz, die von der Einlagerung ausländischer Kapitalien lebt, wollte natürlich das Bankgeheimnis nicht antasten. Einige Jahre ging es hin und her, bis die Schweiz den USA etwa die Hälfte der geforderten Summe - 350 Millionen Dollar - übergab. Doch diese Gelder stammten nicht von den Nazi-Konten, sondern wurde vom "Rechtsnachfolger" des Nazi-Reichs, der BRD, gezahlt; dafür hatte das Steueraufkommen der bundesrepublikanischen Bevölkerung herzuhalten.

Die 750 Millionen Dollar, die die USA als Fluchtkapital der letzten Kriegsmonate ansetzte, dürften bei weitem nicht das gesamte in die Schweiz gebrachte Vermögen der Nazidiktatur gewesen sein. Die Nazis hatten englisches Falschgeld drucken lassen. Damit sollte die englische Währung kaputtgemacht und zugleich die dringend benötigten Devisen beschafft werden für das Nazi-Reich beschafft werden. 134 Millionen Pfund wurden so hergestellt. Als Vergleich: die Goldbestände der Bank von England beliefen sich 1933 gerade mal auf drei Millionen Pfund mehr, auf 137 Millionen. Bis Kriegsende konnte nicht das gesamte Falschgeld umgesetzt werden. Doch nach Schätzungen von Schweizer Bankexperten sollen die Nazis mit ihrem Falschgeld-Projekt über eine Milliarde Reichsmark Reingewinn gemacht haben.

100 Millionen Dollar gingen von Schweizer und Lichtensteiner Konten an Peròn, der sich 1946 (oder '44) an die Spitze Argentiniens putschte. 60 Millionen sackte er davon ein - als Gegenleistung für 7.5oo neue Identitäten für geflüchtete Nazi-Verbrecher. Die restlichen 40 Millionen Dollar dienten zur Rentenauszahlung und als Starthilfe für die altgedienten Nazis. Sollte da die 'Prawda', die das Nazi-Vermögen in der Schweiz auf fünf Milliarden Dollar schätzt, so falsch liegen?

Zur Europawahl im Juni '89 kandidiert die 'DVU - Liste D'
Kurze Geschichte einer Nazi-Partei und eines Nazi-Vereins

FASCHISTISCHES WAHLBÜNDNIS

Die meisten aus dem westdeutschen Nachkriegsboden gestampften neonazistischen Parteien gaben jeweils nur ein kurzes Gastspiel auf der Wahlkampfbühne, bevor sie wieder im Nichts verschwanden. Ihre Köpfe fanden zwar immer wieder Mittel und Wege das faschistische Treiben fortzusetzen, aber keine ihrer Organisationsbemühungen hatte soviel Bestand wie das der 'Nationaldemokratischen Partei Deutschlands' (NPD). Obwohl die 'NPD' in den 70er Jahren eine schwere Krise durchmachte, kam es zu keiner Selbstauflösung. Mit den 'Jungen Nationaldemokraten' (JN) verfügt sie noch heute über die größte Jugendorganisation aller faschistischen Parteien. Daß die Nazi-Partei nach fast zwanzig Jahren einen neuen Aufwind verzeichnen kann, mußten wir bei den Kommunalwahlen in Hessen erleben.

Die 'Deutsche Volksunion' (DVU) ist die zweite 'überlebende' Organisation aus dem traditionalistischen braunen Sumpf, die jetzt als Partei den Weg in die Parlamente antreten will. Ihr Führer, der Herausgeber der 'Deutschen National-Zeitung' (DNZ), Gerhard Frey, funktionierte diese größte rechtsextremistische Vereinigung am 5. März 1987 zur größten faschistischen Partei in der BRD um. Einen Monat nach Parteigründung der 'DVU' zur 'DVU-Liste D' zeichnete sich deutlich die neue Qualität einer neofaschistischen Offensive ab. Am 2. April '87 hatten Frey und Martin Mußgnug (NPD), der Vorsitzende der bis dahin mitgliederstärksten Nazi-Partei, ihre im Herbst '86 beschlossenen Vereinbarungen verkündet: *Um das "unfruchtbare Gegeneinander der Vergangenheit"* abzuschütteln und mit dem Ziel die *"Einheit der Nationalen"* herzustellen, gingen beide Parteien ein (Wahl-) Bündnis ein.



Beide Parteien beschlossen, sich gegenseitig bei Wahlen zu unterstützen, behielten sich allerdings vor, die politische Eigenständigkeit nicht aufzugeben. Dieses Abkommen sah bzw. sieht die Kandidatur der 'DVU-Liste D' für die Landtagswahlen in Bremen und für die kommende Europawahl im Juni dieses Jahres vor. Die 'NPD' soll dagegen bei den Landtagswahlen in Rheinland Pfalz (Mai '87), Baden-Württemberg (März '88), Schleswig-Holstein (Mai '88) und bei der Bundestagswahl 1990 kandidieren.

Der Parteigründung folgte das Bombardieren bundesdeutscher Haushalte mit "persönlichen" Briefen. Die stramm deutschnationalen und ausländerfeindlichen Parolen, die die 'DVU' verschickt, zeigten bereits im September '87 regionalen Erfolg. Praktisch aus dem Stand erhielt die DVU bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft die Stimmen für 2 Mandate (5,3 %) in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und damit auch für ein Mandat im Bremer Landtag. 28 Millionen Postwurfsendungen zur Europawahl wurden Anfang dieses Jahres von der Münchener 'DVU'-Zentrale auf die WählerInnen losgelassen. Frey beziffert seinen Propagandafeldzug, *"Erst Deutschland - dann Europa"*, auf einen Kostenpunkt von knapp 18 Millionen DM.

Der finanziell einflußreichste Macher im faschistischen Parteiensumpf wirft sein braunes Imperium (siehe Kasten) an die Europawahlkampffront. Die Kassen sind voll. Zusammen mit den Wahlkampfkosten-Rückerstattungen von 'NPD' und 'DVU' aus den Landtags- und Kommunalwahlen, werden die Kosten für die Propagandamaschine nicht so locker vorgestreckt. Mit einer späteren Rückzahlung aus dem Steuersack können sie wohl rechnen. (Die 'NPD' hatte nach der Europawahl 1984 mit nur 0,8 % der Stimmen Anspruch auf eine Kostenerstattung von gut 1 Millionen DM). Trotzdem bleibt offen woher die 18. Millionen DM, die in diesen Wahlkampf gebuttert werden sollen, wir-

klich kommen. Frey's Geschäftemacherei widerspricht eigentlich seiner Uneigennützigkeit, die er vorgibt.

Trotzdem, dort wo Frey seine Mittel für die *"Nationale Sache"* anlegte, kam Schwung in den Laden. Er sanierte die faschistische 'Wikingjugend' und ließ auch der mittlerweile verbotenen 'Wehrsportgruppe Hoffmann' politisch wie finanziell unter die Arme greifen. Für Hoffmann bezahlte er eine Geldstrafe von 8.000 Mark, die dieser sich 1976 wegen verbotenem Uniformtragen einhandelte. Hoffmann's Truppe und die 'WJ' revanchierten sich, indem sie die 'Ordnerstaffeln' für 'DVU'-Veranstaltungen stellten.

Die Einigung von Frey und Mußgnug muß als eine Art Mobilisierung auf allen Ebenen verstanden werden. Die Geschichte, die beide Parteien seit 44 Jahren teilen, ihre Rollen als die 'demokratisch legitimierten' Sammelbecken fast aller realen und potentiell faschistischen Kräfte, weisen 'NPD' und 'DVU' als Hauptpfeiler der bundesdeutschen Nazi-Szene aus; nicht nur weil in beiden Organisationen die Alten Nazis über die Jahre hinweg warmgehalten wurden. 'NPD' und 'DVU' waren die Grund- und Kaderschulen fast aller Neonazi-Generationen. Von daher stellt sich ihr Sammlungscharakter auch etwas anders dar, als der der wesentlich jüngeren, aber ebenso faschistischen Partei 'Die Republikaner' (Rep).

Hintergründe zur Entwicklung von 'NPD' und 'DVU-Liste D'

Die Geschichte der 'NPD' beginnt unmittelbar nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus. Der Nationalsozialismus, gerade erst geschlagen, sammelt seine Vertreter und Anhänger in illegalen Zirkeln, die größtenteils von ehemaligen Kadern aus der NSDAP-Elite geleitet werden. Soweit sie nicht vorübergehend gefangen oder geflohen sind, organisieren sie sich außer in den 'Bürgerblock-Parteien' (CDU, CSU, FDP, und 'DP'-'Deutsche Partei', 1950 kommt die Vertriebenenpartei 'BHE', der 'Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten' dazu) in einer Reihe verdeckt arbeitenden Organisationen. Mit der Gründung der 'Deutschen Rechtspar-



Gerhard Frey und sein braunes Imperium

Der Mann der das alles zusammenhält und dirigiert, studierte Rechts- und Staatswissenschaften und war zwei Jahre Referendar der Regierung von Oberbayern. Dr. Gerhard Frey stieg 1958 zum Herausgeber und Chefredakteur der 'Deutschen National-Zeitung' (DNZ) und 1960 zum Alleininhaber des 'DSZ-Verlages', in dem das braune Blatt erscheint, auf. Die 'Deutsche National-Zeitung' hieß ursprünglich 'Deutsche Soldatenzeitung' (DSZ) und war 1951 mit Hilfe der US-Amerikaner als *"antibolschewistischer Verteidigungsbeitrag"* gegründet worden. Später finanzierte das Bundespresseamt das antikommunistische Hetzblatt. Frey machte die wöchentlich erscheinende 'DNZ' zu dem was sie heute ist, zum Zentralorgan der Faschisten in der BRD mit einer Auflage von knapp 130.000 Exemplaren. Von 1964 bis Ende 1966 ist Frey Mitgesellschafter der 'Nation Europa Verlags GmbH'. 'Nation Europa', die *"Monatszeitschrift im Dienst der europäischen Neuordnung"* mit eindeutig faschistischem Charakter, gilt seit ihrer Gründung 1951 als das Diskussionsblatt der Rechten. Das Heft setzt sich besonders für die Einigung der rechtsextremen Parteien ein. Von Alten Nazis über 'Nationalrevolutionäre', 'Republikaner' bis zu CDU-Politikern dürfen hier alle Scharfmacher die Feder schwingen. Zum braunen Medienimperium von Gerhard Frey zählen neben der 'DNZ' die 'DVU'-Zeitung 'Deutscher Anzeiger' (DA) und die von ihm 1986 aufgekaufte 'NPD'-nahe 'Deutsche Wochenzeitung' (DWZ).

Darüberhinaus vertreibt Frey über den 'DSZ-Verlag' und dem 'Deutschen Buchdienst' Bücher, Videos, Schallplatten und Toncassetten, deren Inhalt - wie in den Zeitungen - den Nationalsozialismus verherrlichen, die Kriegsschuld leugnen, die Vernichtung der Juden in den Nazi-KZ's bestreiten und die Ideologie der 'deutschen Herrenrasse' verbreiten. Deutschtum oder deutsches Heldentum kann bei Frey in allen Formen erstanden werden. Vom Aufkleber (*"Ich bin Stolz ein Deutscher zu sein"*) über Reichskriegsflagge und den *"Liedern unserer Fallschirmjäger"* bis zu *"Deutsche Medaillien - ideal zum Sammeln und Schenken"* mit den in Feingold geprägten SS-Männern Otto Skorzeny und Erich Kern oder Rudolf Hess und Oberst Walter Dahl *"für nur 485 DM"*, ist in allen Preisklassen zu haben was das national gesinnte Herz begehrt. Wer nach Südafrika, *"wo einst die Soldaten der deutschen Schutztruppe gegen die aufständischen Hottentotten kämpften"* reisen oder die chilenische Militärdiktatur besuchen will, kann dies bei Frey's 'Deutschen Reisen FZ-Verlag GmbH' buchen. Dazu kommt Frey's angeblich ererbtes Vermögen und sein Immobilienbesitz der auch nicht von Pappe ist. Allein in Westberlin stehen sechzehn seiner Häuser.



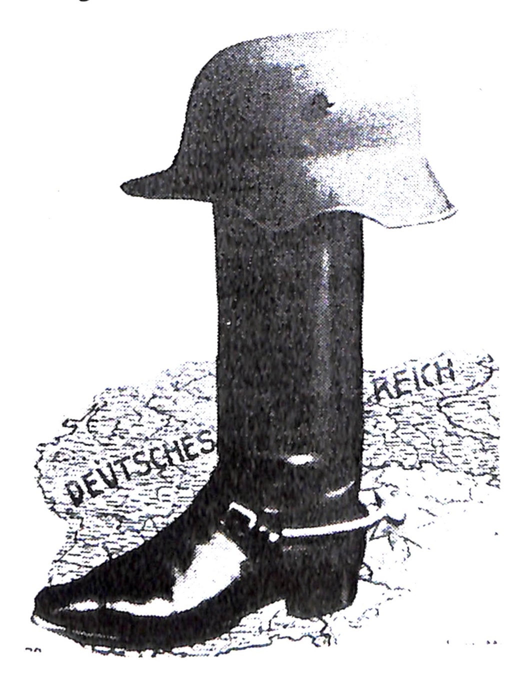
tei/Konservative Vereinigung' (DRP/KV) - 1946 - mischen sich alte Nazis erfolgreich in die politische Aufbauphase einer 'neuen' Gesellschaftsform ein.

1948 wird diese 'DRP/KV' umbenannt in 'Deutsche Konservative Partei / Deutsche Rechtspartei' (DKP/DRP), die 1949 bei den ersten Wahlen zum BRD-Bundestag 5 Mandate erhält. Unter den Mandatsträgern ist auch ein Adolf von Thadden, der gegen Ende des Nazi-Faschismus als Leiter der Gruppe Inland II im Auswärtigen Amt Vorträge - z. B. über den *"Stand der antijüdischen Exekutivmaßnahmen"* - hielt und auf dessen *"Politik der Sammlung"* später die Gründung der 'NPD' (1964) zurückzuführen ist. Lange vor 1964, noch im Wahljahr zum ersten Bundestag, gründen die bekennenden nationalsozialistischen Gruppen innerhalb der 'DKP/DRP' die 'Sozialistische Reichspartei' (SRP), als Nachfolge-Partei der 'NSDAP'. Der nationalistisch-konservative Teil der 'DKP/DRP' schließt sich 1950 zur 'Deutschen Reichspartei' (DRP) zusammen. Zu dieser Fraktion gehört auch Adolf von Thadden.

Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag 1951 erreicht die 'DRP' 3 Mandate (=2,2% - damals gab es noch keine 5% Klausel) während die 'SRP' 16 Mandate (11%) erzielt. Bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft im gleichen Jahr erreicht die 'SRP' 8 Mandate (7,7%). Ein Jahr später wird die 'SRP' dann als Nachfolgeorganisation der 'NSDAP' verboten. Dieses Verbot ist allerdings kein Schlag gegen den Neofaschismus in der frischen BRD. Es geht vielmehr um die Behinderung einiger führender Faschisten, die über verschiedene 'Verschwörerkreise' bereits großen Einfluß auf die Politik ausüben. Die Nazis waren ein unbequemer Faktor, der den Übergang in ein stabiles Westbündnis störte. Denn mit ihrem Ziel ein vereintes Großdeutschland als Kern für ein 'bolschewismusfreies Groß-Europa' zu schaffen, bliesen sie zum Sturm gegen das scheinbare Fallenlassen der ehemaligen Ostgebiete, der auf die gesamte 'nationale Rechte' hätte übergreifen können.

In Wahrheit hatte der Gedanke an die 'Rükkeroberung' der Gebiete auch die gerade Herrschenden nie verlassen. Ihre revanchistische Politik drückte sich nur taktisch anders aus als bei den Nazis, die sich für die direkte militärische 'Rückeroberung' starkmachten. Zudem erleichterte das Verbot der rechtsextremistischen Partei später die Rechtfertigung für das KPD-Verbot. Große Teile der Mitgliederschaft wechseln nach dem 'SRP'-Verbot in die 'DRP', die meisten 'SRP'- WählerInnen aber geben bei den folgenden Wahlen dem 'Bürgerblock' ihre Stimme. Der 'Bürgerblock' regiert.

Das Kapital hatte seine Karten diesmal auf eine "Adenauer Ära" gesetzt. Adenauer, der 1949 mit einer (!) Stimme Mehrheit zum ersten Bundeskanzler gewählt worden war, war ihr Kandidat und anscheinend gut vertraut mit den Strukturen der illegal agierenden Nazi-Kader deren geheime Zirkel vom Kapital aufgebaut und finanziert wurden (Adenauer traf sich im Dezember '49 insgeheim mit dem Hitlergeneral Hasso von Manteuffel, einem der Führer dieser Zirkel). Aus diesen Zirkeln heraus hatten die Kader insgeheim zwei komplette, handlungsfähige Divisionen aus ehemaligen Angehörigen verschiedener SS-Divisionen für einen 'Befreiungskrieg' gegen den Osten Europas aufgestellt. Europa war in zwei Teile gespalten. Im Osten wurde der Sozialismus aufgebaut, während im Westen die Interessen des Kapitals umgesetzt werden sollten. Politisch blieb die Situation ungeklärt und auch im Westen waren die antifaschistischen Kräfte eher dazu geneigt sich am Sozialismus zu orientieren. Das westdeutsche Kapital, von den westlichen Siegermächten gestützt, hatte seine Großraumträume nicht aufgegeben. Mit den illegalen SS-Divisionen besaß es zum einen den militärischen Arm, der jederzeit bereit war die 1945 zunichte gemachten Pläne zur Errichtung einer von Großdeutschland beherrschten Weltmacht Europa wieder aufzunehmen. Zum anderen stand die Truppe für den Fall bereit, daß sich die politischen Verhältnisse für den Kapitalismus in Westdeutschland stabilisierten. Um die Herrschaft des Kapitals gegen das sozialistische Bestreben großer Teile innerhalb des Volkes aufrechterhalten zu können, sollte die Truppe eine mögliche Machtübernahme der westdeutschen Linken im Ansatz zerschlagen können.



Die "Nationale Sammlung" in der 'NPD'

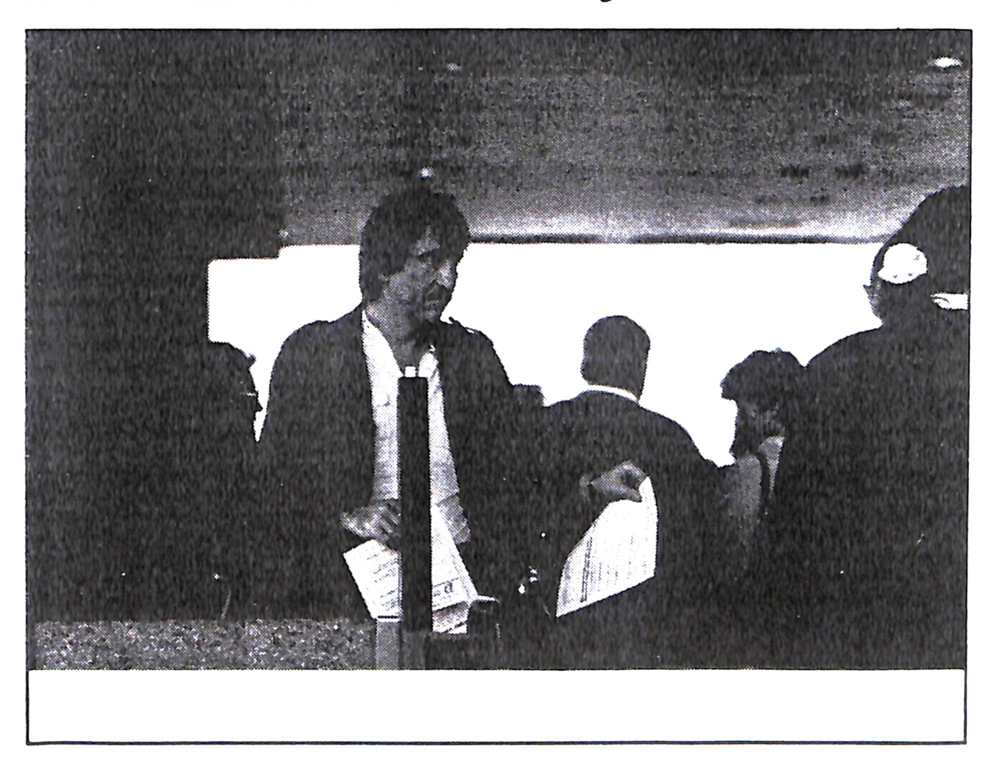
Die Nazis, die die Fäden in den geheimen Zirkeln zogen, gehörten zu den Wehrmachtsgenerälen und wichtigsten Funktionären im 'Dritten Reich'. Ihr Verbindungsnetz hatten sie über die Fluchthilfeorganisationen 'Spinne' und 'Odessa' aufgezogen (siehe auch Artikel über "Die SS-Millionen). Die Kader hatten ihre Arbeit auch in den später so genannten 'Volksparteien' aufgenommen. Sie saßen bereits im neuen Apparat, in den Konzernspitzen, den Geheimdiensten im Justizapparat und den auf wissenschaftlichen Gebieten arbeitenden Institutionen. Zu ihnen gehörte der damalige FDP-ler Werner Naumann um den sich der 1953 aufgeflogene Geheimzirkel und sogenannte *"Naumann-Kreis"* scharte. Naumann war seit 1941 Staatssekretär von Joseph Goebbels und trat nach dessen Selbstmord noch für einen Tag das Amt des Reichspropagandaministers an, bevor er flüchtete.

Über den 'Naumann-Kreis' der die Leitung der Ceheimzirkel übernahm liefen all die Fäden zusammen die für den Wiederaufbau des Nationalsozialismus (auf Befehl des Führers) gesponnen wurden. Der 'Kreis' hatte seine Finger überall im Spiel. Ob bei der Gründung der heute noch bestehenden 'HIAG' (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS), der Gründung der 'Deutschen Soldatenzeitung' (heute 'Deutsche Nationalzeitung') oder der Faschistenzeitung 'Nation Europa' genauso wie in den Regierungsetagen. Die Namen von Kontaktpersonen wie Hans Ullrich Rudel, Wilfried van Oven, Adolf von Thadden - um nur einige zu nennen - tauchen später in der 'NPD' und innerhalb der 'DVU' wieder auf, wo sie als zentrale Figuren den vom 'Naumann-Kreis' geprägten Begriff der 'Nationalen Sammlung' in die Tat umsetzen wolien.

Bei ihrer Gründung am 28. November 1964 versteht sich die 'NPD' als das neue Sammelbecken der deutschnationalen und faschistischen Kräfte in der BRD. Die Sammlungsidee des damaligen Vorsitzenden der 'Deutschen Reichspartei' (DRP), Adolf von Thadden, führt zum Zusammenschluß der 'DRP' mit einer Reihe anderer konservativer und nazistischer Organisationen. Ein Jahr später kann die 'NPD' bei der Bundestagswahl schon 2 % der Wählerstimmen für sich verbuchen. 1966 zerfällt der regierende Bürgerblock, die Große Koalition übernimmt die Regierungsgeschäfte ('DP' und 'BHE' waren Anfang der 60er Jahre von der CDU/CSU aufgesogen worden).

Dem "Wirtschaftswunder" bereitet die Wirtschaftskrise 1966/'67 ein Ende und verhilft der 'NPD' zu ihrem großen Aufschwung. Nationalismus und rechtsextremistische Inhalte gewinnen in der Krise wieder neuen Nährboden. Die Zahl der NPD-Mitglieder steigt in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens von etwa 300 auf ca. 28.000. Von Thadden wird 1967 zum Vorsitzenden bestimmt. Die 'NPD' zieht zwischen 1966/68 in sieben Länderparlamente ein. In Baden-Würtemberg erzielt sie mit 9,8% ihren höchsten Stimmenanteil. Im Bayrischen Landtag besitzt die 'NPD' 15 von ihren insgesamt 60 Abgeordnetenmandaten in den verschiedenen Länderparlamenten. Bei der Bundestagswahl 1969 verfehlt die Nazi-Partei mit 4,3 % nur knapp den Einzug in den Bundestag. Die Regierung bildet jetzt die sozial-liberale Koalition aus SPD und FDP. In den Landtagswahlkämpfen von 1970 reagiert die CDU/CSU mit betont nationalistisch-reaktionären Programminhalten und kann ihre Stimmenanteile in Hessen und Bayern dadurch erhöhen. Der rechte Flügel mit Strauß und Dregger an der Spitze, treibt diesen Rechtsruck entschieden voran. Die 'NPD' dagegen muß Federn lassen.

Auf einem von der 'NPD' organisierten "Widerstandskongreß" gründet sich die 'Aktion Widerstand' (AW), in der sich u.a. militante, konservative und faschistische Kräfte zusammenschließen, um das an die sozial-liberale Koalition verlorene Ruder für die Rechte zurückgewinnen und die Regierung Brandt zu stürzen. In einem Brief an den Würzburger Kongreß bedauert Franz Josef Strauß, daß er nicht persönlich anwesend sein kann. Die 'NPD' verspricht sich von dem Kongreß eine neue Stärkung der Partei. Stattdessen wird die von ihr mitgetragene 'Aktion Widerstand' für kurze Zeit zum Zentrum der militanten Nazis, denen die Politik der 'NPD' zu lasch ist.



Die 'AW' ist eine umbenannte Erweiterung der 'Gesamtdeutschen Aktion', die Anfang 1970 mit Ausschreitungen und Terror von sich reden machte. Mit Mordparolen wie "Brandt an die Wand", Überfälle auf Linke und terroristischen Aktionen macht jetzt die 'AW' weiter. Die 'NPD' zieht sich aus taktischen Gründen aus der 'AW' zurück, die sich kurze Zeit später

auflöst (Januar '71). Der heutige 'NPD'-Chef Martin Mußgnug löst Adolf von Thadden als Parteivorsitzenden ab. Innerhalb der 'NPD' kommt es zu Spaltungen und Parteiaustritten, darunter 1972 eine Fraktion von 460 Mitgliedern, die unter dem bayrischen NPD-Chef und stellvertretendem Bundesvorsitzenden Dr. Pöhlmann die 'Aktion Neue Rechte' (ANR) gründet. Militante Mitglieder, die auch in der 'AW' aktiv waren, sammeln sich in Organisationen (NS-Gruppen), die sich die Errichtung des Nationalsozialismus mit allen Mitteln zum Ziel setzen, bleiben aber in gutem Kontakt zu den alten Kreisen in und um die 'NPD'. Die meisten Wähler verliert die 'NPD' an die CDU/CSU, die die programatischen Aussagen der Nazi-Partei zum Teil in die eigenen Positionen einarbeitet. Das hat zur Folge, daß die 'NPD' aus allen Landtagen verschwindet und ihr vorläufiger Niedergang nicht mehr aufzuhalten ist.



Die 'DVU' als Auffangbecken gegen ein Auseinanderbrechen des 'Rechten Lagers'

Das absehbare Scheitern der 'Aktion Widerstand' und die damit verbundene Krise innerhalb der 'NPD' waren für den vorher nur im Hintergrund operierenden Gerhard Frey und für den 'NPD'-ler Erwin Arlt das Signal. Um ein Auseinanderbrechen der extremen Rechten aufzufangen, gründen die beiden im Januar 1971 in München die 'DVU'. Frey wird ihr Vorsitzender und Erwin Arlt, bereits Vorsitzender der 'Aktion Oder-Neiße' (AKON) und Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs der 'Aktion Widerstand', wird Vorstandmitglied der 'DVU'. An der Gründung beteiligen sich mehrere CSU- und CDU-Mitglieder. Dem Gründungsausschuß gehört neben dem früheren bayrischen Landtagsabgeordneten der NPD, Walter Brander, drei CSU- Funktionären und einem CDU-Funktionsträger auch der Nazi-Schriftsteller Dr. Wilhelm Pleyer an. Als Zusammenfassung *"aller verfassungstreuen"* von *"Mitte bis Rechts"* , gewinnt die 'DVU' gegenüber der 'NPD' immer mehr an Bedeutung. Es entsteht eine weitere Sammlungsbewegung im rechtsextremen, deutschnationalen Spektrum. Die 'DVU' nennt sich *"national-freiheitlich"* und greift in ihrem *"Aktionsprogramm"* von 1975 die rassistische Parole auf, die heute noch den Kern faschistischer Mobilisierung bildet: *"Deutschland den Deutschen "*. Das Programm fordert: " ... *Die ausländische Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich der Gastarbeiter und ihrer Angehörigen, ist auf einen angemessenen Prozentsatz der Gesamteinwohnerzahl zu begrenzen. Die Auswahl der Gastarbeiterschaft, wobei verwandte Kulturkreise zu bevorzugen sind, muß mit größter Sorgfalt erfolgen. Kriminelle, Kommunisten und Anarchisten sind abzuweisen bzw. abzuschieben ...*".



Für die Hintermänner von Frey ist die 'NPD' politisch und praktisch zu beschränkt, als daß sie die konservativen und reaktionären Kreise mit den nationalen und faschistischen Kräften hätte vereinen können. Zudem sollen die militanten Kräfte, von denen sich die 'NPD' aus Angst vor noch mehr Verlusten an Wählerstimmen distanziert, dem Spektrum nicht außen vorbleiben. In der 'DVU', die nicht als Partei konzipiert ist, soll für diese Einheit eine breite Basis hergestellt werden. Gleich zu Anfang treten außer 'NPD'-lern gut hundert CSU-ler, und auch CDU-Mitglieder dem Verein bei. Schon für die Bundestagswahl 1972 ruft die 'DVU' zur Wahl der CDU/CSU auf. Das Konzept liegt in der Stärkung der CDU/CSU.

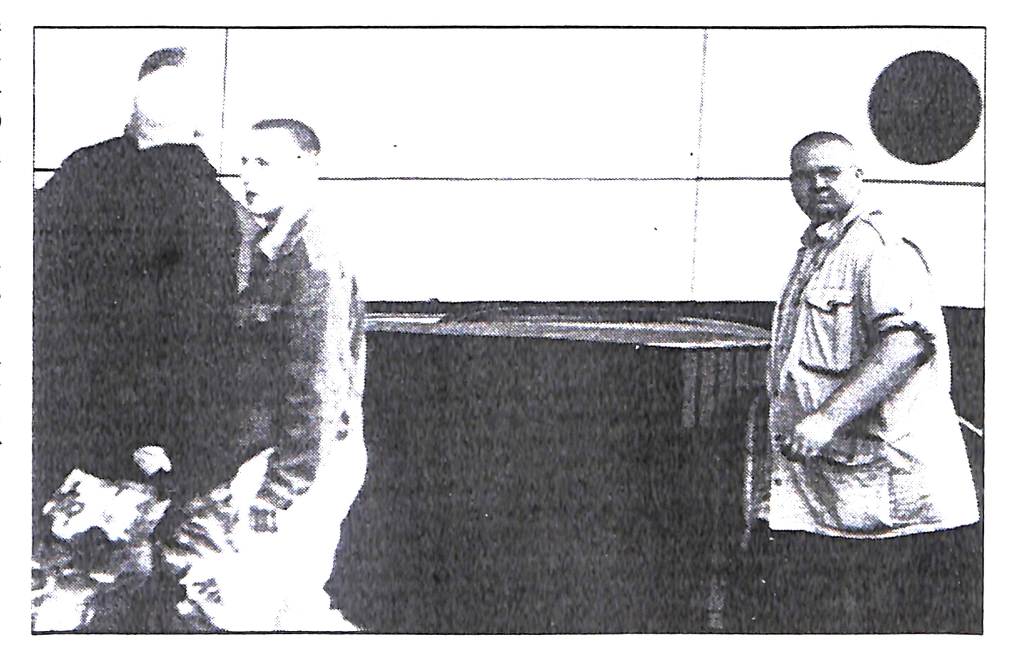
Doppelmitgliedschaften sind in der 'DVU' geradezu erwünscht. Die 'NPD' bleibt als Partei bestehen, während die 'DVU' die Fahne der Strauß-Partei CSU hoch hält, die Strauß 1970 selbst als *"Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes"* bezeichnete. Im Gründungsaufruf des faschistischen Frey-Vereins steht denn auch zur vorsorge: *"Droht die Deutsche Volksunion also indirekt damit, selbst eine Partei zu werden? Diese Absicht besteht nicht, solange die CDU/CSU in den Grundfragen der*

Deutschlandpolitik die Rechtsansprüche wahrt" . Das Thema 'Ostpolitik' war und ist für die Faschisten immer wieder das auslösende Moment ihrer Aktivitäten zur Bildung von chauvinistischen Aktionseinheiten. Ein von Strauß an die DDR vermittelter Milliardenkredit zum Beispiel, ist der Grund für die spätere Gründung einer neuen faschistischen Partei ('Die Republikaner').

Der Versuch, bereits 1975 mit der 'NPD' ein Wahlbündnis einzugehen, hatte keinen Erfolg. 1975 trat der 'DVU'-Chef in die 'NPD' ein, wo er gleich Mitglied im Parteivorstand wurde. Für die Bundestagswahl 1976 hatte Frey versprochen seine Anhänger für die Wahl der 'NPD' zu mobilisieren. 1979 trat er aus der 'NPD' wieder aus, um bei der Bundestagswahl 1980 dem Kanzlerkandidaten Strauß zur Seite zu stehen.

Die 'DVU' stellt sich ganz in den Dienst des Strauß-Projekts 'Vierte Partei', daß dieser als Druckmittel für die Durchsetzung seiner Kanzlerkandidatur benutzt. Mit der Idee der Ausdehnung der CSU (unter Führung von F.J.Strauß) auf das gesamte Bundesgebiet soll die CDU weiter auf Rechtskurs gehalten und die ständig wankende FDP, die sowieso nur als Mehrheitsbeschaffer fungiert, aus den Parlamenten verdrängt bzw. gezwungen werden in der CDU/CSU aufzugehen. Außer dem Frey-Verein begeistern sich eine Reihe anderer Alt- und Neonazis für diese Variante, die bis in 'NPD'-Kreise hinein als Übergangslösung auf dem Weg zur Macht Zuspruch findet. Es hatten sich bereits sogenannte Strauß- und CSU-Freundeskreise gebildet, die die Werbetrommeln für diese Lösung rührten. (Diese Freundeskreise waren unter anderen von bekannten Neonazis wie dem Rechtsanwalt Jürgen Rieger in Hamburg und Prof. Berthold Rubin gegründet worden. Rubin, Mitarbeiter der 'DNZ' und Mitglied einer 'Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess', täuschte 1971 zusammen mit Rieger und einem Dritten seine Entführung vor. Diese Selbstentführung sollte "linken Terroristen" in die Schuhe geschoben werden, um den Wahlkampf in Schleswig-Holstein zugunsten der CDU zu beeinflussen).

Die Sammlungspolitik der 'DVU' konzentriert sich hauptsächlich auf das Potential in der neofaschistischen Szene, die Frey über verschiedenste, eigens zu diesen Zweck gegründete Vereinigungen, mit dem reaktionär-konservativen Spektrum zusammenbringt. Ein Rad in diesem braunen Räderwerk ist der 1972 u.a. von Frey, Arlt, A. E. Mahnke und Pöhlmann (ANR) gegründete 'Freiheitliche Rat' (FR). Der Vorsitzende dieses Koordinationsgremiums des "rechten Lagers" ist Frey selbst. Angeschlossen sind dem 'Rat' neben der 'DVU' eigenständig arbeitende faschistische Gruppen wie die 'Wiking-Jugend' (WJ), die sich seit '78 'Bund für deutsche Einheit' nennende 'Aktion Oder Neiße' (AKON), der 'Deutsche Block' (DB) mit seiner Jugendorganisation, dem 'Jugendbund Adler' (JBA), der 'Arbeitskreis Volkstreuer Verbände' (AVV), die 'Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer' (GOG) und der 'Stahlhelm - Kampfbund für Europa'. In einer *"Entschließung des Freiheitlichen Rates"* fordern 1978 500 UnterzeichnerInnen eine *"Generalamnestie für alle bis 1945 geschehenen, direkt oder indirekt politisch bedingten Delikte jeder Art"* - also eine Generalamnestie für alle Kriegs- und Naziverbrecher einschließlich der KZ-Schlächter. Zu den Unterzeichnern gehören Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Ärzte, Professoren, Hochschullehrer und CSU-Politiker genauso wie bekannte Alt- und Neo-Nazigrößen.



Konzentration der faschistischen Kräfte

Das vorbereitete Potential für die Unterstützung einer von Strauß geführten Partei ist groß. Sämtliche rechtsextremen Druckschriften schalten sich aktiv in die 'Debatten' um die Kanzlerkandidatur ein. Nachdem Strauß dann doch als gemeinsamer Kanzlerkandidat der CDU/CSU antritt, werden die Pläne zur Ausdehnung der CSU zurückgezogen. Die heimliche Hoffnung der 'DVU' und der anderen Nazis, mit dem langgehegten Plan einer unterwanderten 'Vierten Partei' ihre Ziele zu verwirklichen, zerschlagen sich. Die Nazi-Freunde von Strauß sind enttäuscht, die meisten ihrer 'Köpfe' halten aber doch an seine Stützung fest. Sie versprechen sich vom möglichen Machtwechsel eine bessere Ausgangsposition für ihre faschistische Interessen.

Kurz nach Bekanntwerden der Strauß-Kandidatur schreibt Alt-Nazi Hans Hertel in der Augustausgabe des faschistischen Monats-Magazins 'MUT', dem früheren Organ der 'Aktion Widerstand', dazu: *"Durch Strauß kommt Bewegung in unser Land, und Politik ist Bewegung. Warten wir's ab! Vielleicht erleben wir die Überraschung, daß jahrzehntelange Diffamierung (auch aus den eigenen Reihen!) der sicherste Weg zum Erfolg ist, weil das Wählervolk politische Fähigkeit gerade bei dem vermutet, den die Gartenzwerge kritisieren"* . In einem 'Nation Europa' Artikel, ebenfalls von August '79, wird Strauß zwar für die Rechte abgeschrieben aber gleichzeitig betont: *"...Um den Symbolwert der Kandidatur Strauß wird es gehen und um nichts sonst. ... Die 'Kanzlerkandidatur'*

von Franz Josef Strauß hat in der praktischen und konkreten deutschen Politik manches anders werden lassen. Und die mutmaßliche Entwicklung verheißt der gesamten Rechten auch wieder 'besseres Wetter'. Ob sie darauf eingestellt ist? Man wird es bemerken..."

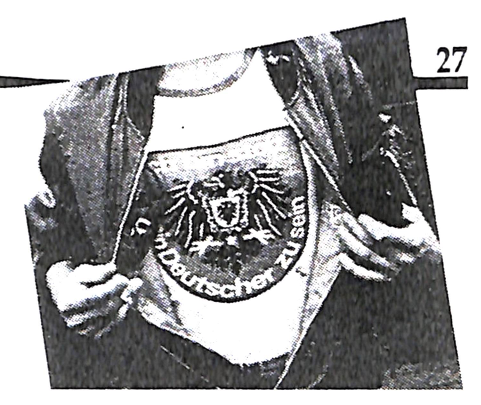
Knapp zehn Jahre später stellen wir fest, daß Strauß † zwar kein Kanzler geworden ist, aber wir müssen 'bemerken', daß das 'Projekt Vierte Partei' oder die Nazi-Strategie in einer solchen aufzugehen, nicht gestorben ist. Mit der 'DVU' und den 'Republikanern' setzen zwei neofaschistische Parteien da an, wo Strauß den Wind unter seine Segel nehmen konnte. Hinter seiner 'Führerpersönlichkeit' und der reaktionär-konservativen Politik, standen die einflußreichsten Geldgeber des Großkapitals. Für die zahlreichen, aus den nationalsozialistischen Geheimzirkeln entstandenen faschistischen Traditions-, Volks- und Studienverbände im Umfeld der CDU/CSU, ließen sich immer reichlich Finanzmittel aus dem Steuersack organisieren. Logisch, wie es 1975 in einem Aufmacher-Artikel der 'Deutschen Nationalzeitung' zu lesen war: *"... Für die Rechte kann es nur nützlich sein, wenn die Mitte endlich wieder die Macht erlangt ... die Stunde der Rechten wäre nähergerückt ..."* . Die Aufsaugefunktion der CDU/CSU ist jedoch zeitgleich mit der Strauß-Niederlage gescheitert. Bei der späteren 'Wende', die die CDU/CSU den Bürgerinnen und Bürgern mit ihrem Machtantritt prophezeite, triumphierten die Neonazis, die im Schatten dieser 'Wende' mit dem Spruch von der *"konsequenten Wende"* erfolgreich auf Stimmenfang gegangen sind.

Die 'DVU' ist in einem Klima gewachsen, welches die heutige Polarisierung des rechten Spektrums zwangsläufig mitproduzierte. Dazu kommt der 'Generationswechsel' der Mitte der 70er Jahre bei den Nazis für eine Neuorientierung und zur Herausbildung der 'Neuen Rechten' sorgte. Wohlwissend, daß nur eine Distanzierung von der nationalsozialistischen Ideologie Erfolg bringt, haben sie sich allesamt den Mantel der 'Demokratie' umgehängt. Dieser Mantel wird von 'NPD' und 'DVU' genauso benutzt wie von den 'Rep'. Die Entwicklung der 'neuen' Faschisten wird dazu noch kräftig gestärkt. Nicht nur daß sie ohne mit der Wimper zu zucken zu Wahlen zugelassen werden. 'Die Republikaner' werden von CDU/CSU-Politikern in hinblick auf eine Koalition hoffähig gemacht. Die Rechts-Parteien CDU und CSU, die die allgemein vorherrschenden nationalistischen und rassistischen Tendenzen innerhalb des Wahlvolks bis vor ein paar Jahren noch zu ihren Gunsten beeinflussen konnten, stehen nicht vor einem Scherbenhaufen. Was sie hinterlassen, ist ein auf ihrem Mist gewachsener brauner Sumpf. Die letzte Kabinettsumbildung, bei der die CSU-Politik mit weiteren Ministerposten honoriert worden ist, ist eine Reaktion auf die Wahlerfolge der Faschisten in Westberlin und Hessen. Heinrich Lummer greift den Gedanken an die Ausweitung der CSU auf das gesamte Bundesgebiet wieder auf, wobei er - ohne es öffentlich auszusprechen - mit einem Übertritt zu den 'Rep' droht.

Bleibt die Frage ob es ihnen auch diesmal gelingt sich soweit nach rechts zu bewegen, daß WählerInnen und Parteistruktur wieder aufgesogen werden können. Klar ist allerdings, daß es irgendwo am 'rechten Rand' eine Grenze gibt. **Die Übergänge sind fließend.**







Hamburg

Nazi-Uberfälle in Bergedorf

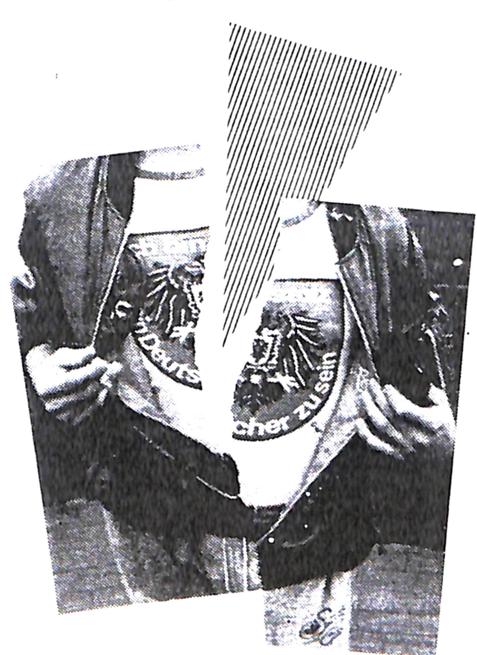
Zur Vorgeschichte: Im Februar begann im Hamburger Landgericht ein Strafprozeß gegen sechs Bergedorfer Neonazis. Fünf von ihnen hatten im August ' 87 Mollis auf einen Wohnwagen der Roma und Sinti geworfen. Drei der Angeklagten warfen im Mai 88 die Fenster im selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentrum in Bergedorf ein. Die sie daraufhin verfolgenden Besucher einer Ausstellungseröffnung wurden von den Angeklagten mit Faustschlägen und Fußtritten zusammengeschlagen. Eine Frau mußte mit Verdacht auf innere Verletzungen ins Krankenhaus, ein Mann wurde auf die angrenzende Bundesstraße geworfen, dabei fiel der Spruch *"Geil, jetzt wird er überfahren"*.

Im Verlauf der Verhandlung stellte sich heraus, daß die Angeklagten nur die Spitze eines Eisberges sind. Hinter ihnen steht eine große "Clique", die sich aus mehreren Gruppen zusammensetzt. In dieser Clique ist ein nicht unerheblicher Teil der organisierten Bergedorfer Neonazis zu finden. Mehrere von ihnen wurden als Prozeßbesucher ausgemacht. Von ihnen gingen fast permanent Anmachen, Provokationen und Gewaltandrohungen gegen andere Besucher aus. Auch die Angeklagten mußten sich wieder einmal profilieren. Nur das massenhafte und entschlossene Auftreten von AntifaschistInnen, verhinderte Übergriffe auf Nebenkläger und andere Besucher.

Für den 14. 4. wurde ein Ortstermin für die beiden ehemaligen Tatorte angesetzt. Es wurde bekannt, daß die Neonazis zu diesem Termin mobilisierten, entsprechend wurde sich vorbereitet. Gegen Ende des Termins stürmte vor dem Jugendzentrum plötzlich ein neofaschistischer Skin im Kampfanzug, mit geschwärztem Gesicht und einer Eisenstange in der Hand auf türkische Jugendliche zu. Es war der stadtbekannte Neonazi Andreas Ramin. Er wurde von der Polizei kurzfristig festgenommen.

Eine halbe Stunde später stürmten ca. 30 Hooligans aus Bergedorf und HH mit Knüppeln und Steinen bewaffnet auf das Haus zu. Sie warfen die Scheiben ein und verfolgten Anwesende. Der Angriff wurde mit Flaschen, Steinen und Leuchtkugeln zurückgeschlagen. Die nach sechs Minuten anrückende Polizei versuchte die AntifaschistInnen, die vor dem Jugendzentrum standen, festzunehmen.

Eine halbe Stunden später versuchte die gleiche Gruppe von Hooligans erneut das Haus anzugreifen. Diesmal war die Verteidigung vorbereitet und dadurch effektiver. Wiederum griff die neben dem Haus stationierte Polizei erst nach längerer Zeit ein. Dazu der Einsatzleiter: *"Wir wollten gar nicht da sein, hier ist doch die zweite Hafenstraße."* Die dann unter dem Vorwand angeblicher Straftaten geplante Hausdurchsuchung, wurde durch das das breite antifaschistische Bündnis und die Pressevertreter verhindert. Dem Haus wurde die Selbstverteidigung bei Untätigkeit der Polizei eingeräumt.



Am nächsten Abend kam es erneut zu einem Überfall der Hooligans. Es waren wieder ca. 30 Personen. Diesmal wurden sie von Bereitschaftspolizei, die weiträumig patroullierte, 100 m vor dem Haus aufgehalten. Daraufhin flogen die für das Jugendzentrum vorgesehenen Mollis auf die Polizei.

Nachdem der 20. 4. erstaunlich ruhig verlief, kam es am 22. 4. erneut zu Überfällen. Diesmal waren es neofaschistische Skinheads, die auf einem benachbarten S-Bahnhof zwei Jugendliche brutal zusammenschlugen. Einer von ihnen liegt noch heute mit doppeltem Schädelbruch auf der Intensivstation. Am 27. 4. wurde nach einer ABI-Feier ein Fenster im JUZ eingeworfen. Am 30. 4. marschierten nachts neofaschistische Skinheads in Kampfanzügen vor dem Jugendzentrum auf. Sie warfen Bierflaschen und Steine, beschossen mit Leuchtkugeln vor dem Haus stehende Personen. Nur dadurch, daß sich die Leute vor dem Haus mit allem, was sie greifen konnten, wehrten, konnte der Angriff abgewehrt werden.

Zurück zum Prozeß: Bei allen diesen Überfällen sind einige der Angeklagten aktiv beteiligt oder zumindest anwesend gewesen. Die anderen Angreifer stammen durchweg aus der eingangs erwähnten großen "Clique". Am 27. 4. ging der Prozeß zu Ende. wegen des Brandanschlags und des Überfalls auf das Jugendzentrum und versuchtem Totschlag, erhielten die sechs Angeklagten einmal zwei Wochen Jugendarrest, dreimal Arbeitsauflagen und zweimal Jugendstrafe auf ein Jahr Bewährung.

Die Zunahme neofaschistischer Übergriffe führte auf Seiten der Antifa zu verstärkten Aktivitäten. So wurden kurz nach den ersten Überfällen Flugblätter erstellt, die im Stadtteil verteilt wurden. Mit einem Lautsprecherwagen wurden Umzüge mit kurzen Veranstaltungen an öffentlichen Plätzen und Schulen organisiert. Darüberhinaus wurde am 5. 5. eine antifaschistische Kunstausstellung im JUZ eröffnet, der Selbstschutz wird ausgebaut, um sich gegen Übergriffe schützen zu können und dem Terror von rechts entschlossen entgegenzutreten. Diese gesamten Aktivitäten umfassen ein weites politisches Spektrum, selbst die Diskussion um den antifaschistischen Selbstschutz wird von allen geführt und auch politisch getragen. Es gibt Ansätze, daß sich eine Einheit in der Vielfalt entwickelt und alle antifaschistischen Aktivitäten zusammengehören.

Wenn wir zusammenstehen sind wir stark !
Kein Fußbreit den Faschisten !

Hamburg Dortmund

"Es gibt keine Grenzen zwischen den Völkern, sondern nur zwischen Oben und Unten!"

HH-Horn: Auch in der Hansestadt hat sich einiges um den 20. April getan. Den Aufruf *"Es gibt keine Grenzen zwischen den Völkern, sondern nur zwischen Oben und Unten!"* von deutschen und ausländischen Jugendlichen aus dem Stadtteil Horn gegen Rassismus und Neonazis zu demonstrieren folgten am 19. April 3000 Menschen. Viele Jugendliche, Gangs und SchülerInnen zogen gegen die alltäglich gewordene Bedrohung von Nazis durch den Stadtteil. Der Aufruf blieb nicht bei 'Nazis raus' Forderungen stehen, sondern die Verbesserung der sozialen Situation der Jugendlichen im Stadtteil stand im Mittelpunkt. Es wurde zum Beispiel die Schaffung von Ausbildungswerkstätten im Stadteil gefordert, die auf die Bedürfnisse der Jugendlichen zugeschnitten sind. Desweiteren die Schaffung eines internationalen Kulturzentrums, die Unterstützung von selbstverwalteten Jugend- und Stadtteilzentren und die Schaffung von Drogenberatungsstellen. Unterstützt wurde die Demo von autonomen und unabhängigen Stadtteilinitiativen, sowie dem VVN/VdA. Die etablierten Linken hielten sich bedeckt.

HH-Wilhelmsburg: Am 20. April demonstrierten 1.500 Menschen im Stadtteil Wilhelmsburg gegen Nazis. Zuvor war es in Flugblättern der Faschisten, die zum Teil in die Hausbriefkästen gesteckt worden waren, zu massiven Bedrohungen gegen die ausländische Bevölkerung gekommen. Auch hier griff die Polizei einen Tag vorher diejenigen an, die sich zur Selbsthilfe entschlossen hatten. 41 ausländische Jugendliche wurden vorübergehend wegen "Waffenbesitzes" festgenommen. Am Gänsemarkt in der Hamburger Innenstadt hielt am 20. April eine Gruppe Nazis eine Kundgebung ab.

AVANTI informiert

Im letzten Antifa-Info berichteten wir über den Polizeiüberfall am 30. 1. 89 auf den Dortmunder Treffpunkt von AntifaschistInnen, den Infoladen AVANTI. Nach einem Angriff von Faschisten stürmte die Polizei das Café und nahm die Antifas fest.

Die Auseinandersetzungen gingen weiter. An einer Demonstration am 4. 2. gegen den Polizeiüberfall im Dortmunder Norden beteiligten sich viele Menschen. Am späten Nachmittag des 6. Februar brachen FAP-Faschisten in das AVANTI ein und zerstörten einige Kleinigkeiten. Dieser Einbruch gab der Stadt die Möglichkeit, die Logik vollends auf den Kopf zu stellen. Avanti informiert:

"... Der Mieter des AVANTI wird ultimativ aufgefordert, per Unterschrift dafür zu garantieren, daß für Bewohner des Hauses keinerlei Gefahr bestehe. Von Seiten des AVANTI bestand sowieso nie Gefahr für unsere Mitbewohner. Wir konnten aber nicht voraussagen, was sich FAP und Polizei noch einfallen lassen, und ob sie nicht bei neuerlichen Angriffen aufs AVANTI die Bewohner des Hauses in Gefahr bringen. Wir konnten die absurde Forderung der Stadt gar nicht erfüllen - die Stadt aber *nahm dies zum Anlaß, das AVANTI fristlos zu kündigen.*

Zusammengefaßt: wer sich aktiv gegen faschistische Gruppierungen und deren Überfälle wehrt, muß damit rechnen, auch von der Polizei verfolgt zu werden und - wie in diesem Fall - aus städtischen Räumen zu fliegen.

Tatsächlich hat die Stadt/SPD mit Hilfe einer gezielten Hetze in den Dortmunder Medien und in allzu offener Komplizenschaft mit den Faschisten versucht, einen unbequemen, weil unkontrollierbaren, politischen Ort aus der Nordstadt zu entfernen.

Das haben wir uns nicht bieten lassen.

Am 15. 2. 89 wird das AVANTI besetzt. An den folgenden Tagen gibt es Musik, Kaffee und Kuchen, Veranstaltungen, Diskussionen und Video-Filme im AVANTI; u. a. zu den Themen Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD, Situation in Türkei/Kurdistan, Prozeß gegen Ingrid Strobl und zum weiteren Vorgehen im antifaschistischen Kampf.

Viele Menschen haben in diesen Tagen das AVANTI kennengelernt und uns bei der Besetzung unterstützt.

Es waren sehr lebendige Tage! Wir werden weitermachen!"

Rücknahme aller Ermittlungs- und Strafverfahren gegen AntifaschistInnen!
Für ein Antifaschistisches Zentrum in der Nordstadt!

ACHTUNG

Am 20. Mai findet ein 'Norddeutsches Treffen' der militant-faschistischen 'NF' (Nationalistischen Front) im Großraum Minden statt. Das Treffen ist natürlich eine 'geschlossene Veranstaltung' und soll um 13.30 Uhr beginnen. Als ein Redner ist der 'Generalsekretär' der 'NF' Meinolf Schönborn angesagt.

Für die Zeit vom 21. bis 31. Juli hat die 'NF' ihre 'Mitglieder', Sympathisanten' und 'Aktivisten' zu einem zentralen 'Ausbildungszeltlager' sprich Wehrsportlager (dem vierten) eingeladen.

Bundesweite Organisierung der Jugend-Antifa

Der 1. Mai 1989 war nicht nur der "Kampftag der Arbeiter/innen-Klasse", sondern auch der Termin für eine bundesweite Organisierung der Antifajugend. Auf einem Kongreß vom 29. April bis zum 1. Mai in Westberlin trafen sich Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet, um die ANTIFA JUGENDFRONT als gemeinsame Organisation zu gründen.



In zwölf Städten von Hamburg bis München, von Aachen bis Berlin soll es eine Koordinierung der Antifa-Arbeit geben, die unter einem gemeinsamen Programm und gleichen Zielen laufen wird: Es sollen Jugendliche politisiert und organisiert werden, um sich selbst gegen Nazis, Rassismus, Sexismus und Unterdrückung in jeder Form zur Wehr zu setzen. Dabei wird der gemeinsame Nenner "Antifa" nicht als eine defensive Sache gesehen; das "Politische Selbstverständnis" der ANTIFA JUGENDFRONT beschreibt ganz deutlich auch den offensiven Charakter. So sieht sich die Gruppe als eine Widerstandsgruppe, die für bessere Lebensbedingungen kämpft und die an einer Bewegung arbeitet, um eine revolutionäre Situation zu schaffen. Die ANTIFA JUGENDFRONT will einen Umsturz der kapitalistischen Ornung, wobei der Kampf gegen Nazi-Organisationen einen Teil dieses Kampfes ausmacht.

Bei der bundesweiten Organisierung spielt die Erfahrung aus der Antifa-Arbeit der letzten Jahre eine wichtige Rolle. So wird die ANTIFA JUGENDFRONT als Ganzes kein Teil der autonomen Szene sei, sondern wie bisher aus der Jugendbewegung heraus arbeiten. Fast alle der betreffenden Gruppen haben ihre Wurzeln dort, haben sich am Problem mit den Faschisten politisiert und radikalisiert. Es ist aber auch wichtig gewesen, die Nazis und den Rassismus nicht als einziges Problem zu sehen, sondern Zusammenhänge zu begreifen, die sie hervorbringen. Unterdrückung und Ausbeutung greifen eben auf die Spaltung der Menschen zurück, Sexismus und Rassismus sind dafür ein gutes Beispiel. Nazi-Gruppen tun sich als Helfer derjenigen hin, die nicht ganz so offen Linke ermorden oder Flüchtlingslager anzünden können. Die dafür aber in Parlamenten sitzen oder die Faschisten finanzieren. Dem einen breiten und organisierten Widerstand entgegenzusetzen ist eine Notwendigkeit, der wir uns nicht entziehen können. Ein Schritt in diese Richtung ist die bundesweite Gründung der ANTIFA JUGENDFRONT.

Wer das 'Politische Selbstverständnis' bekommen möchte oder Kontakt zur ANTIFA JUGENDFRONT aufnehmen will, kann sich an ihre Postanschrift wenden: Antifa Jugendfront, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61



Gleich zweimal IN EIGENER SACHE !

Das Westberliner Stadt- und Veranstaltungsmagazin "Tip" veröffentlichte in der 1. April Ausgabe '89 einen reißerisch aufgemachten Artikel über die Antifa-Bewegung und über das 'Antifa-Info'.



Ein Schritt zur Selbstjustiz:
Antifaschistische Broschüren erscheinen regelmäßig

RECHTS VON LINKS

So stand's im 'TIP' - allerdings ferfügen wir nicht über das Geld um die Überschrift in der Originalfarbe abzudrucken: Braun auf Weiß!

'Hans Kraemer' will uns in dem schlecht recherchierten Artikel erzählen, daß Neonazis und AntifaschistInnen sich gegenseitig mit Gewalt hochschaukeln. Um diese These, die offiziell von 'Republikaner', CDU, FDP, rechter SPD und von Teilen der AL vertreten wird, zu belegen, mischt er einen Haufen Fehlinformationen und Halbwahrheiten zu einem Gemisch der wüsten "Konspiration" zusammen.

Wir wollen hier nicht auf die ganze Schmiererei eingehen, sondern nur auf die das Info betreffenden Punkte:

"... Radikale Antifaschisten machen in Berlin sogar dem Staats- und Verfassungsschutz Konkurrenz ... in einem regelmäßig erscheinenden Info-Blatt werden danach Details veröffentlicht. In 'Portraits' über Berliner Neonazis werden in der Regel auch Adresse und Telefonnummer abgegeben."

Die regelmäßigen LeserInnen des Infos werden sicherlich schon das Fehlen dieser "Portraits" in unserer Zeitung registriert haben.

Es ist richtig, daß von Teilen der Antifa-Bewegung Fotos und Adressen von führenden Faschisten veröffentlicht werden. Das schränkt ihren Wirkungskreis erheblich ein, weil sie bei Überfällen erkannt werden und wissen, daß sie als Nazis bekannt sind. Wie aus den Erfahrungen - insbesondere der letzten Zeit - deutlich geworden ist, hat die Polizei kein Interesse an der Eindämmung des Terrors gegen meist einzelne Menschen durch die Faschisten. Wenn wir die Tatsache belegen wollen, daß Faschisten aller Fraktionen von der FAP, NF, NPD bis zu den Republikanern, zusammenarbeiten, müssen wir auch Beweise dafür vorlegen. Wir können das nur anhand inhaltlicher Analysen und dem Aufzeigen persönlicher Verflechtungen, sonst wird das aus interessierten Kreisen als Paranoia abgetan. Staats- und Verfassungsschutz wissen das auch, haben aber kein Interesse an der Veröffentlichung.

"... Kontakt zu militanten Antifaschisten aufzunehmen ist schwierig ... Selbst die Abonnenten des Info-Blatts zahlen aus Sicherheitsgründen ihren Beitrag nicht mit ihrem Namen, sondern unter einer Code-Nummer. ..."

Jetzt geht die Phantasie völlig mit ihm durch, die Abonnenten des Infos wissen wohl am besten, daß das reiner Quatsch ist.

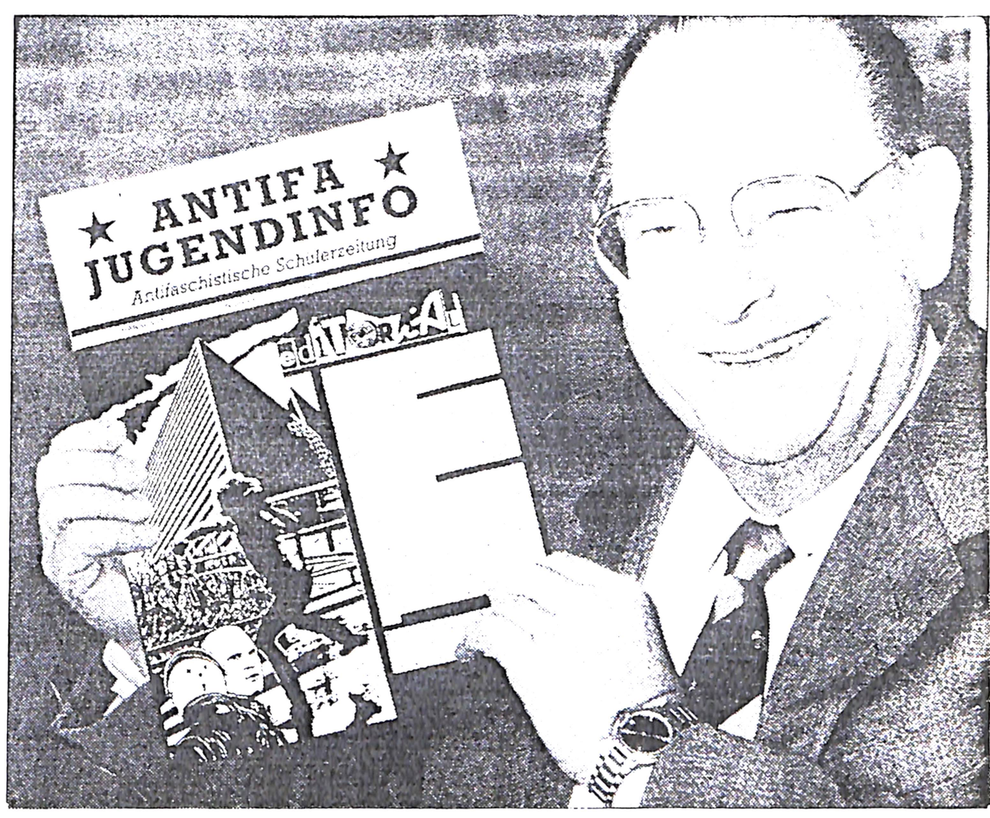
"Hans Kraemer" hat auch nicht versucht, zu uns Kontakt aufzunehmen, wohl aber hat ein Tip-Redakteur versucht Kontakt zur Weddinger Antifa aufzunehmen. Als sie sein Bild von der 'blutrünstigen Antifa' nicht bestätigen wollten, sondern über ihre tatsächliche politische Arbeit erzählten, konnte er das Interview für seine Zwecke nicht mehr gebrauchen.

Nachdem er Bruchstücke aus veröffentlichten Antifa Diskussionsbeiträgen zu einem von ihm gewünschten Bild von einer gewaltbereiten, theoriefeindlichen und von Verschwörungstheorien beherrschten Szene zusammengefügt hat, zieht er eine sogenannte Hufeisentheorie der 30er Jahre aus dem Nähkästchen, um zu dem Schluß zu kommen: *"... Theoriefeindlichkeit und Ablehnung von Intellektuellen greifen ineinander. All das verbindet sie mit ihren braunen Gegnern. ... Vielleicht sind heute einige gewaltbereite antifaschistische Gruppen weder links noch rechts anzusiedeln, sondern sie schließen nur den Teufelskreis der Gewalt."*

Da haben wir das Resultat, daß für den Tip von vorneherein feststand. Daß faschistische Gewalt gerade da entstanden ist, wo es keine antifaschistische Tradition und Arbeit gab, interessiert ihn dabei keineswegs. Daß dort Menschen einzeln Überfällen und Einschüchterung ausgesetzt sind, nimmt er nicht zur Kenntnis. Der Artikel ist auf Falschinformationen aufgebaut

und hat zum Ziel antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren. Er hätte genauso in einer Zeitung des Springer Verlags erscheinen können.

Bleibt zum Schluß nur noch zu bemerken, daß unseren "begnadeten Journalisten" all das nicht davon abhielt, die im letzten Antifa-Info veröffentlichten Informationen über die Westberliner 'Freiheitspartei' in einem weiteren Artikel im gleichen 'TIP' zu verarbeiten.

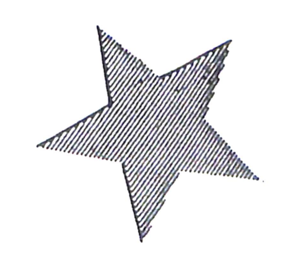




... und in Sachen 'POSTRAUB'

Soll schon öfter vorgekommen sein, daß irgendwo die Post verschwindet. Bei uns ist das gar nicht so selten. Ein Wunder wenn sie dann doch wieder Auftaucht? Einen Monat später? Zum Beispiel wenn wir am 25. 4. die am 31. 3. abgestempelten Briefe in Empfang nehmen dürfen?

Also, im Vorfeld des 20. April wurde dem 'Antifaschistischen Infoblatt', dem 'Antifa Jugendinfo', der 'Antifa Westberlin', der 'Antifa Jugendfront' und der 'Jugendantifa Koordination' (JAKOB) die Post vorenthalten. Das heißt, eine Wochen vor dem 20. bekamen wir überhaupt keine Post mehr. Wo vorher "nur" sporadisch kontrolliert oder einbehalten wurde, ist in dieser Woche alles einbehalten worden. Die Post von 5 Tagen (die ab und zu einbehaltene nicht mitgerechnet) ist uns bis heute noch nicht zurückgegeben worden. Daß diese Maßnahme gegen die antifaschistische Bewegung gerichtet ist, ist genauso eindeutig wie von wem sie eingeleitet wurde. Gründe für eine Beschlagnahme sind uns ebenfalls bis heute nicht genannt worden. Auf einer Pressekonferenz des 'Bündnisses gegen Fa-schismus, Rassismus und Sexismus, kurz vor dem 20. April sind diese Dinge öffentlich gemacht worden. Es wurde die Herausgabe der beschlagnahmten Briefe usw. verlangt und gefordert die Kriminalisierungsversuche einzustellen. Keine Reaktion.



58 jugendliche Antifas festgenommen

Im März ging die Polizei wieder einmal brutal gegen AntifaschistInnen vor, die sich versammeit hatten um eine Versammlung von Faschisten zu verhindern. Ein jugendlicher Antifaschist der dabei war, schrieb uns wie es zu den Übergriffen kam und was sich auf der Polizeiwache abspielte, wo die festgenommenen Antifas zum Teil mißhandelt wurden.

Am 2. März gegen 18 Uhr trafen sich 150 bis 200 antifaschistische Jugendliche am U-Bhf. Bismarkstraße um zum U-Bhf Jungfernheide zu fahren. Dort in der Nähe sollte eine Versammlung der 'NPD'-Jugendorganisation 'JN' stattfinden. Schon am U-Bhf. Bismarkstraße fuhren nach kurzer Zeit mehrere Bullenwannen auf. Die Antifas schaften es gerade noch in die U-Bahn einzusteigen, die in dem Moment losfuhr, als Polizei mit Schilden und Knüppeln bewaffnet den Bahnhof stürmten.

Auf dem U-Bhf. Jungfernheide standen ein paar Faschos herum, die aber bei Eintreffen der Antifas sofort geflitzt sind und sich auf dem nahegelegenen Schering-Gelände verschanzten. Weil sich niemand von den Antifas in der Gegend auskannte, suchten sie ca. eine halbe Stunde nach der Kneipe in der die 'JN'-Versammlung stattfinden sollte. Vergeblich. Als sie dann - bereits stark zerstreut - zum U-Bhf. zurück kamen, wurde es chaotisch. Keine/r wußte mehr so recht was jetzt gemacht werden sollte. Die antifaschistischen Jugendlichen standen wartend auf dem Bahnsteig, als plötzlich der U-Bahnverkehr unterbrochen wurde und die Bullen den Bahnhof stürmten.

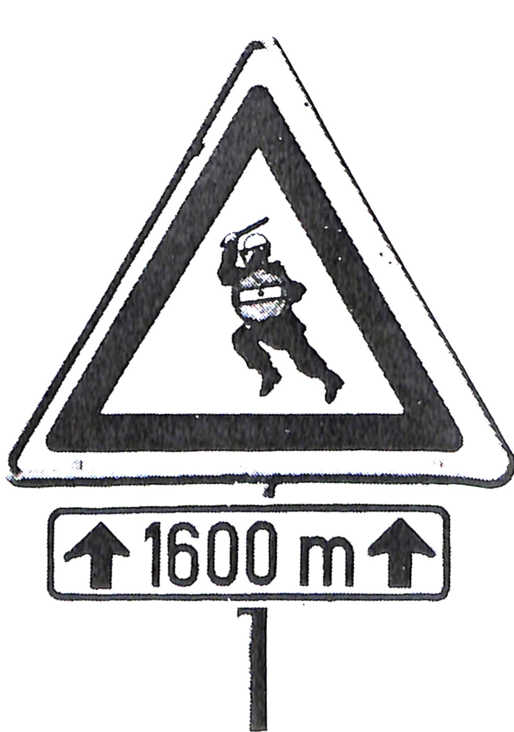
Knüppelnd jagten die Polizisten die Antifas auf dem Bahnsteig hin und her. Wen sie erwischten, der/die bekam ziemlich übel auf den Deckel. Kurze Zeit später waren 58 Antifas von den Bullen eingekesselt, die dann in einer langwierigen Aktion zu den bereitstehenden Gefangenentransporter gebracht wurden. Jeweils zwei der Festgenommenen mußten sich an die Wagen stellen und von oben bis unten abtasten lassen.

Nachdem alle in die Tansporter verfrachtet worden waren, werden sie in die Gefangenensammelstelle Kruppstraße efahren. Dort wurden sie teilweise übel beschimpft (SJV-ler zu Beispiel als "Kommunistenschweine"). Besonders die ausländischen Jugendlichen mußten sich übelste rassistische Sprüche anhören. Wer sich weigerte sich (nackt) auszuziehen, mußte dafür Schläge einstecken. Von einigen Leuten wurden Fotos gemacht und Fingerabdrükke genommen. Danach wurden sie in schlecht belüftete Zellen gepfercht, von deren Wände aufgrund der Überfüllung bald das entstandene Kondenswasser lief oder von der Decke heruntertropfte.

Als "Begründung" für die Festnahmen wurde eine Sachbeschädigung und eine Körperverletzung angegeben, wobei aber niemandem von den Festgenommenen klar war wer oder was beschädigt bzw. verletzt worden sein sollte. Die letzten Gefangenen wurden erst Nachts gegen 2 Uhr wieder rausgelassen. Dabei wurden sie in 6er Gruppen in Wannen gepackt und in die unmöglichsten Ecken gefahren, wie zum Beispiel die Leute die in der Mitte der Havelchaussee ausgesetzt wurden, wo weit und breit kein Bus, keine U-Bahn und auch keine S-Bahn in der Nähe ist.

Dieses Verhalten der Polizei macht ihre Haltung gegenüber AntifaschistInnen ganz besonders deutlich. Sie ist brutal und ohne jede Rücksicht gegen jugendliche Antifas vorgegangen, von denen die meisten sogar noch Minderjährig waren. Aber diese Geschichte lehrt uns auch, daß wir uns in Zukunft solche unkoordinierten Soloaktionen abschminken müssen. Wäre die Aktion gegen die Nazi-Versammlung ein wenig besser vorbereitet und koordiniert worden (hätten zum Beispiel einige Leute genau gewußt wo sich die Kneipe befindet oder die Gegend besser gekannt) wäre es nicht zu einem Bullenkessel gekommen. Die Leute hätten besser zusammenbleiben sollen, um sich früher und vor allendingen geschlossen zurückziehen zu können.





VORSICHT 'FAP' an den Schulen

Ein in der faschistischen Gruppe FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) intern kusierendes Papier mit dem Titel "Leitlinien für die politische Arbeit an Schulen" gibt detailiert Auskunft darüber, wie sich FAP-Mitglieder im Dienste ihrer Partei an Schulen verhalten sollen.

Wir halten es für wichtig, dieses Papier in Grundzügen zu erläutern, da viele der Anweisungen zu einem Verhalten führen könnten, das es schwer macht, sie als Faschisten zu erkennen, wenn sie noch nicht bekannt sind.

So sollen sich FAP-ler beispielsweise unauffällig kleiden und nicht durch allzu lautstarke Propaganda auffallen. Beim Flugblatt-Verteilen sollen z.B. an der Schule keine "Kameraden" von der eigenen Schule mitmachen, um nicht einen Schulverweis oder Auseinandersetzungen mit Lehrern zu riskieren. Die FAP-Aktivisten sollen besonders auf Leute achten, die politisch unzufrieden sind, aber sonst noch nicht so viel "im Kopf haben" und wenn möglich Freundschaften mit ihnen knüpfen. Ziel ist es, Vertrauen zu gewinnen und diejenigen zum "Kameradschaftstreffen" mitzunehmen.

Das Ziel der FAP ist der Aufbau von funktionierenden Schülergruppen

Um auf möglichst vielen Ebenen zu schnüffeln und Propagandamöglichkeiten zu haben, werden die Aktivisten angewiesen, jede Möglichkeit wahrzunehmen, um in SV'en, Schülerzeitungen oder sogar Antifagruppen (!) reinzukommen.

Für uns antifaschistische Schüler/innen bedeutet das, daß wir noch genauer aufpassen müssen, da durchaus damit zu rechnen ist, daß sich nicht alle unserer "Lieblinge" durch zünftigen Scheitel oder Glatze zu erkennen geben. Es gibt auch in Berlin bereits Beispiele, wo Neonazis an einer Schule eine Antifa-AG erfolgreich vereinnahmt haben und sie somit arbeitsunfähig wurde.

Um ein Einsickern von Faschos in Antifa-AG's oder Schulgruppen zu verhindern, ist es durchaus nicht angebracht, in wilde Paranoia zu verfallen oder am besten gar keine neuen Leute mehr mitmachen zu lassen. Für uns muß es stattdessen bedeuten, daß wir uns besser kennenlernen und auch über die politische Arbeit hinaus was miteinander zu tun haben. Denn je besser wir uns kennen, umso schwieriger wird es ein Nazi haben, sein Schweinsein zu verbergen. Für die FAP ist, laut diesem Papier, *"die Schule der entscheidende Ort kommender politischer Auseinandersetzungen"*. Wir haben also in Zukunft mit verstärkten Aktivitäten an Schulen zu rechnen, obwohl die Faschogruppen seit ca. einem halben Jahr dort ziemlich zurückgedrängt worden sind. Jedenfalls können sie zur Zeit kaum noch offensiv auftreten. Und nur durch starke, unabhängige und auch funktionierende Antifa-Schulgruppen können wir der FAP/NF/DJI und ähnlichem braunen Pack effektiv etwas entgegensetzen!



DOKUMENTATION

18. 4. 1989

Wir haben heute den Faschisten-Laden "Halloween" mit Buttersäure angegriffen, um die Faschisten an einer zentralen Stelle ihrer Infrastruktur zu treffen. "Halloween" wird von den Berliner Nazis als Koordinationszentrale für ihre Agitation benutzt: es war der einzige Laden, wo Karten für das Konzert der NF-Gruppe "Kraft durch Froide" und der "Bösen Onkels" verkauft wurden. Der Staatsschutz fand bei einer Durchsuchung am 7. Juli '88 T-Shirts und Aufnäher, die mit Keltenkreuzen bedruckt waren. Wir wollten die Faschisten von allzu großer Euphorie am 20. 4., dem 100. Geburtstag Hitlers, kurieren. Der Kampf gegen Faschismus ist eine Sache, die mensch nicht dem Staat überlassen kann, da sich der Faschismus im Kapitalismus zwangsläufig reproduziert. Der Kapitalismus ist nicht reformierbar. Unsere Kriegserklärung richtet sich nicht nur gegen die spezielle Ausformung des Kapitalismus, den Faschismus, sie richtet sich gegen dieses System als ganzes. Die bourgeoise Klassenjustiz will und wird niemals gegen die Faschisten, ihre Armee zur Durchsetzung von AusländerInnendiskriminierung etc., vorgehen.

Kampf den Faschisten und ihren Hintermännern in Politik und Kapital!
Für eine revolutionäre Umgestaltung zur Befreiung der Massen!
Mit freundlichen Grüßen, ANTIFASCHISTISCHES KOMMANDO

"Antifaschismus muss mehr sein als Antikapitalismus"

Dies ist ein Diskussionsbeitrag der sich auf die Analyse der Westberliner Wahl im letzten Info bezieht. Unser Anliegen ist es, neben der Vermittlung von Informationen auch eine inhaltliche Kontroverse zu führen. Es gab nur wenige Reaktionen dieser Art, die zur Weiterentwicklung des Diskussionsprozesses um eine bessere Praxis beitragen. Eine Schwäche der radikalen Linke in Westberlin. Gibt es doch in der "Interim", eine Zeitung der Autonomen, eine Flut von Papieren, wenn es um das eigene sog. "revolutionäre Gefühl" und die "Zusammenhänge der Kollektivität" geht. Schickt uns mehr solcher Kritiken und Diskussionsbeiträge:

Zur Ursachenforschung des Aufstiegs der Rep's durch das 'Antifa-Info':
Das Entsetzen war groß. Viele Autonome stellten ihre inhaltlichen Differenzen zu den Jusos und AL-lern zurück und marschierten untergehakt im breiten antifaschistischen Bündnis gegen die neofaschistische Gefahr. "Nazis raus" gröhlten Zehntausend nach dem Einzug der Rep's in das von uns vor der Wahl immer als unwichtige Schwatzbude eingestufte Parlament.

Bis einigermaßen nüchterne Wahlanalysen von unserer Seite folgten, vergingen vier Wochen. Das 'Antifa-Info' Nr. 6/7 hat jetzt das erste brauchbare Material über den Hintergrund des Aufstiegs der Rep's präsentiert. Ich will dazu ein paar Ergänzungen und Kritiken für jetzt auch auf Kiezpalavern angelaufene Diskussionen über die zukünftige autonome Antifa-Arbeit aufschreiben.

Eine erste nüchterne Wahlanalyse ergab schnell, daß die Rep's Wähler hinter sich scharen konnten, die in den Jahren zuvor die Lummer-Stammtische bevölkerten bzw. den stramm antikommunistischen law and order Flügel der SPD wählten - diese sind eben nach Lummers und Neubauers Abgang seit einigen Jahren politisch heimatlos gewesen.

Das 'Antifa-Info' stellt fest, daß gerade auch viele Arbeiterjugendliche die Rep's gewählt haben. Noch krasser und entsetzlicher sind die vom statistischen Landesamt veröffentlichten Zahlen, nach denen 25 % der männlichen (!) Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren die Rep's gewählt haben. Das hat mich viel mehr umgehauen als die 7,2 % der Rep's insgesamt. Das Info gibt als einen wichtigen Grund für das Abstimmungsverhalten der Arbeiterjugendlichen an: *"Zu den bestehenden Organisationen der ArbeiterInnen (SPD und Gewerkschaften) haben sie keine Bindung. In den Neubauvierteln sind diese Organisationen nicht präsent, die radikale Linke schmort vornehmlich im eigenen Saft."*

So richtig diese Analyse ist, so unzureichend wird sie, wenn die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Politik nicht weitergehend kritisiert wird. Wilhelm Reich schrieb 1933, das die SPD der massenpsychologische Wegbereiter des Faschismus gewesen ist. Die SPD und die



damaligen Gewerkschaften hätten den autoritätsfixierten, die bürgerliche, staatliche und sittliche Ordnung bejahenden Arbeiter mitherausgebildet, der zudem in der kleinbürgerlichen, patriarchalischen Familie sein (männliches) Seelenheil finde. Weiter stellt Reich fest, daß die Autonomie des klassenbewußten Arbeiters sowohl den sozialdemokratischen wie den kommunistischen Apparatschiks ein Greuel war. Selbstbewußte Klassenaktionen von unten, die in Form und Inhalt versuchten ein befreites Leben zu praktizieren waren bei SPD und KPD nicht gern gesehen.

Nach 1945 sind gerade diese ideologischen Strickmuster, diese ideologischen Zwangsjacken aus Staatsgläubigkeit, Autoritätsfixiertheit und familiärer, patriarchalischer Sexualunterdrückung von der SPD in neue Gewänder gehüllt worden. Im Godesberger Programm wurde selbst das verbale Bekenntnis zum Klassenkampf gestrichen. Allein durch diese ideologische Kontinuität seit über 100 Jahren haben die Sozialdemokraten Mitverantwortung an dem heutigen Wiederaufstieg faschistoiden Denkens. Das müssen wir viel stärker in die Diskussion miteinbringen und da auch massiver die SPD und Gewerkschaftsführung und ihre Ideologie und die autoritäre Organisationsstruktur der Gewerkschaften angreifen.

Das 'Antifa-Info' schreibt: *"Der Nazifaschismus war die Frucht kapitalistischer Verhältnisse. (...) Ein radikaler Antifaschismus, das Übel an der Wurzel packend, kann demzufolge nicht nur militanter Widerstand und Protest sein, er muß sich auch als Teil einer antikapitalistischen Bewegung begreifen."* Doch auch hier gilt, die Wurzeln sind breiter, tiefer und ein starkes Knäuel. Ein ganz dicker Strang sind natürlich die materiellen Verhältnisse der kapitalistischen Krisenökonomie. Das eigentliche Knäuel produziert seit Jahrhunderten die patriarchalische Kleinfamilie, sie ist elementarer Bestandteil des autoritären, bürgerlichen Staates - und nix anderes ist das sozialdemokratische 'Modell Deutschland'.

Heute wie vor 1933 gilt für den sozialdemokratischen Facharbeiter die scheinbar gesicherte kleinbürgerliche Existenz mit Eigenheim, Mittelklasseauto und Spanienurlaub als erstrebenswertes Lebensziel. Der kleinbürgerlichen Familie, der Erziehung zu Ordnung, Unterordnung, Pünktlichkeit, Leistungsbewußtsein, Triebverzicht kommt dabei eine zentrale Aufgabe zu. Ein Resultat der Herrschaft des Mannes in der Kleinfamilie ist Autoritätsfixierung und

durch Sexualverdrängung neurotisierte Jugendliche. Das trifft auch auf Arbeiterfamilien zu. Die Familie bildet damit den gefühlsmäßigen Unterbau des Obrigkeitsstaates. Sie ist Teil der Ideologiefabrik des bürgerlichen Staates. Es kommt nicht von ungefähr, daß in der wirtschaftlichen und ideologischen Krise die Konservativen (von den Kirchen gar nicht zu reden) wieder die Kleinfamilie und Sexualunterdrükkung (natürlich besonders der Frauen, siehe die Debatte um den § 218 und den Memminger Abtreibungsprozeß) betonen.

Wenn es stimmt, das die Rep's gerade in den kleinbürgerlichen Arbeitermilieus den meisten zulauf haben, dort also, wo nach außen (!) die patriarchalische Kleinfamilie als 'natürliche' Lebensform hochgehalten wird, dann heißt das für eine antifaschistische Politik, diese Strukturen zumindest mal zu thematisieren. Wenn es uns gelingt, in Gesprächen, auf Kiezpalavern mit den Jugendlichen über die Enge, Bevormundung, Unterdrückung in ihren Familien zu reden, dann wären wir schon einen ersten Schritt weiter. Dazu gehört auch, daß wir unsere - zum Teil immer noch positiven - Erfahrungen aus den ehemals besetzten Häusern und WG's einbringen.

Viel stärker gilt es, die sozialdemokratische Schulpolitik, überhaupt die Funktion der Schule im Kapitalismus anzugreifen. Die Schule als Institution der Unterordnung, des entfremdeten Lernens wie die Schule als Fabrik, wo die vom Kapital geforderten Eigenschaften wie Disziplin, Pünktlichkeit und bloßes Wiederkauen von eingetrichtertem Wissen den Schülern eintrainiert werden - das ist von uns in den vergangenen Jahren zu wenig angesprochen worden.

In die Kritik müssen auch viele der sich fortschrittlich gebärdenden Lehrer, GEW-Mitglieder und AL-Wähler miteinbezogen werden. Oft haben sie vor der Schulbürokratie resigniert und verwalten nur noch die Schüler. Wie bei den letzten Schulstreiks zu sehen, wiegeln sie eher ab und ermuntern die SchülerInnen nicht zur Rebellion gegen die Verhältnisse. Von Erziehung zu klassenbewußtem, antirassistischem Handeln gegen Staat und Kapital ist auch an den anonymen Lerntempeln der sozialdemokratischen Gesamtschulen keine Rede mehr. Allein durch eine Fahrt nach Sachsenhausen wird noch kein antifaschistisches Bewußtsein erzeugt.

Das 'Antifa-Info' schreibt an anderer Stelle: *"Wo sich die Erfahrungen von Solidarität und von gemeinsamen Handeln gegen die Kapitalisten fehlen, schlagen die sozialen Probleme um, in der Suche nach einfachen Lösungen, in den Kampf untereinander auf Kosten der schwächeren, ausländischen Kollegen."* Natürlich ist für den 'BZ'-Leser der Pole mit dem Touristenvisum und der junge Türke unmittelbarer Konkurrent um einen Job oder Lehrstelle. Natürlich macht der 'BZ'-Leser den Ausländer, den Zugereisten für die Konkurrenz um die Arbeitsplätze und Wohnungen verantwortlich. Der Mohr ist immer der Schuldige. Der Fremdenhaß ist schon Jahrhunderte alt und die Angst vor dem Fremden hat seine materiellen wie psychischen Ursachen. Für den 'kleinen Man' scheint der Chef oder gar das System unangreifbar und dazu tragen die bürgerlichen Medien ja auch kräftig bei.



Das also in der kapitalistischen Krise viele Kleinbürger und Arbeiter rassistischen und obrigkeitsstaatlichen 'Argumenten' mehr zugänglich sind als unseren antikapitalistischen, antipatriarchalischen Analysen ist nicht weiter erstaunlich. Scheinbar einfache Lösungen haben immer eine höhere Attraktivität. Zumal wenn nur der 'Andere' sich verändern muß und man selbst nur noch in seinem bornierten Verhalten bestätigt wird.

Doch trotz dieser Schwierigkeiten müssen wir aufpassen, daß wir nicht auch scheinbare Patentrezepte und 'einfache' Argumente anbieten. Eine so einfache Formel ist: "Der Rassismus geht vom Staat aus!" Das ist richtig und falsch zugleich. Falsch deshalb, weil der Rassismus, der Fremdenhaß in der patriarchalischen Familienerziehung mitproduziert wird und bekannterweise ist das Patriarchat älter als der bürgerliche Staat.

Da müssen wir also viel genauer werden. Und schließlich ist der Rassismus und Sexismus nicht allein Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Rassistisches und faschistisches Denken gibts auch in der DDR und in der polnischen Bevölkerung mit ihrem ausgeprägten Patriotismus. Oder: Wie erklären wir denn den geschlossenen Übertritt von ganzen Ortsgruppen der KPF z.B. in Marseille vor ein paar Jahren in die Front National von Le Pen?

Wir haben noch viele Fragen und sollten uns mehr Zeit lassen die richtigen Antworten zu finden, denn leider werden die Rep's und Skins (Nazi-Skins anm. info) nicht so schnell wieder verschwinden. Überstürztes Handeln ist fehl am Platze. Angesichts der offener gewordenen faschistischen Bedrohung kommen wir ja vielleicht in der Organisationsfrage zu neuen Ufern. Mit den Kiezpalavern ist ein Anfang gemacht.

Otto Rühle, 1 / 36



RASSISMUS UND ARBEITERKLASSE





Die Berliner Wahlen haben ihn offen gelegt: den verbreiteten Rassismus unter deutschen Arbeitern. Der in der Hauptsache auf Ausländerhaß ausgerichtete Wahlkampf der "Republikaner" führte vor allem in den Arbeiterstadtteilen zum Erfolg. Im Wedding, in Neukölln, Tempelhof und Reinickendorf hatten sie Stimmbezirksergebnisse von 16 - 21%. Erschreckend der Anteil der Jugendlichen: bei den 18 - 24jährigen erzielten die REPs 15 % der Stimmen. Nimmt man nur den Anteil der männlichen Jugendlichen dieser Altersgruppe sind es 20 %. Darauf, daß sie gerade bei jungen (männlichen) Arbeitern ihre höchsten Ergebnisse erreichten, deuten auch Umfragen an Berufsschulen hin. Beispielsweise das OSZ Metalltechnik in Reinickendorf. Es ist die Berufsschule für Maschinenschlosser, Dreher usw.. Hier veranstalteten die Lehrer sog. "Testwahlen" (vor der Wahl) in den Klassen. Das Ergebnis war, daß ca. 40 % der deutschen Azubis (es wurde zumeist vorher abgestimmt, daß die ausländischen Kollegen kein "Wahlrecht" hätten) die REPs wählten.

Beispiel: Gesundbrunnen im Wedding

Im Wahlkreis 5 in der Gegend um den Gesundbrunnen wählten über 12 % der Leute die REPs. In einzelnen Stimmbezirken bekamen sie über 16 bzw. 17 %. Der Gesundbrunnen ist das größte Sanierungsgebiet Westeuropas. Hier feierte die sozialdemokratische Kahlschlagsanierung in den 70er Jahren Triumpfe.

Entsprechend ist dieses Arbeiterviertel geprägt durch Neubauwohnungen, einige modernisierte Altbauten, aber vor allem durch ein zerstörtes soziales Milieu. Isolierte Wohnverhältnisse sind die Regel. Gleichzeitig sind die Mieten hoch und die Einkommen im Verhältnis dazu gering. 64 % der dort lebenden Menschen haben höchstens Hauptschulabschluß. Der Anteil der dort lebenden Ausländer ist (in den Neubauvierteln) sehr klein. Diese Charakteristik läßt sich verallgemeinern: Für die Wahlkreise bzw. Stimmbezirks, in denen die REPs absahnten, gilt in den meisten Fällen das Gleiche.

Die Stimmung in den Betrieben hat sich verschärft

Der verbreitete Ausländerhaß ist schon lange vorhanden. Immer zu bestimmten Anlässen schwappte die rassistische Suppe hoch. Als z. B. die Mitgliederzeitung der IGM "Metall" 1987 in einer Titelgeschichte das Ausländerwahlrecht forderte, wurde

sie mit einer wahren Flut von Leserbriefen eingedeckt. In vielen dieser Briefe kamen zutiefst rassistische Meinungen zum Ausdruck. Das ging von "kümmert euch lieber um deutsche Arbeitslose", über die Forderung nach Abschaffung des Asylrechts, bis bin zu kaum verhüllten "Ausländer raus" Forderungen.

Selbst innerhalb des IG Metall Funktionärskörpers sind solche Meinungen vertreten. Auf einer Vertreterversammlung (es ist die Versammlung der gewählten betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre) in Westberlin berichtete z. B. eine Kollegin von Mißhandlungen an Flüchtlingen bei ihrer Abschiebung. Jemand rief dazu in den Saal "da hätte ich auch mit reingeschlagen". Lediglich die linke Minderheit sprach sich demonstrativ gegen solche Äußerungen aus.

Die "Metall" mußte in ihrer Ausgabe vom Februar dieses Jahres vermelden: "Gelegentlich erreicht die 'Metall' auch solche Leserpost: 'wenn uns Gewerkschaften und Politiker nicht helfen und as Gegenteil tun, was die Mehrheit fordert, dann wählen wir rechts. Das ist immer noch besser als von Ausländern regiert zu werden.' Uns erreichte auch diese Information: daß in einem Jugendseminar an einer Gewerkschaftsschule Teilnehmer in Bomberjacke und mit einem Aufnäher an der Trainingshose 'Ich bin stolz ein Deutscher zu sein', auftreten, 'Sieg heil' rufen und Nazi-Lieder grölen." (Metall Nr. 4/89)

Auch in der Berliner DGB-Jugendbildungsstätte am Wannsee sind nach Seminaren nicht selten Zimmerwände mit Nazi-Sprüchen beschmiert.

In den Betrieben trauen sich viele nach diesem Wahlergebnis ihr rassistisches Maul aufzureißen. Zum Beispiel: bei der Firma Hettich (ein mittelständischer Metallbetrieb in Westberlin) fing nach der Wahl ein Teil der Schlosser an sich zu weigern vom Kollegen in der Werkzeugausgabe etwas entgegenzunehmen - weil er Türke ist.

Bei Thyssen-Bandstahl bekannte ein Jugendvertreter offenherzig Mitglied der "Republikaner" zu sein.

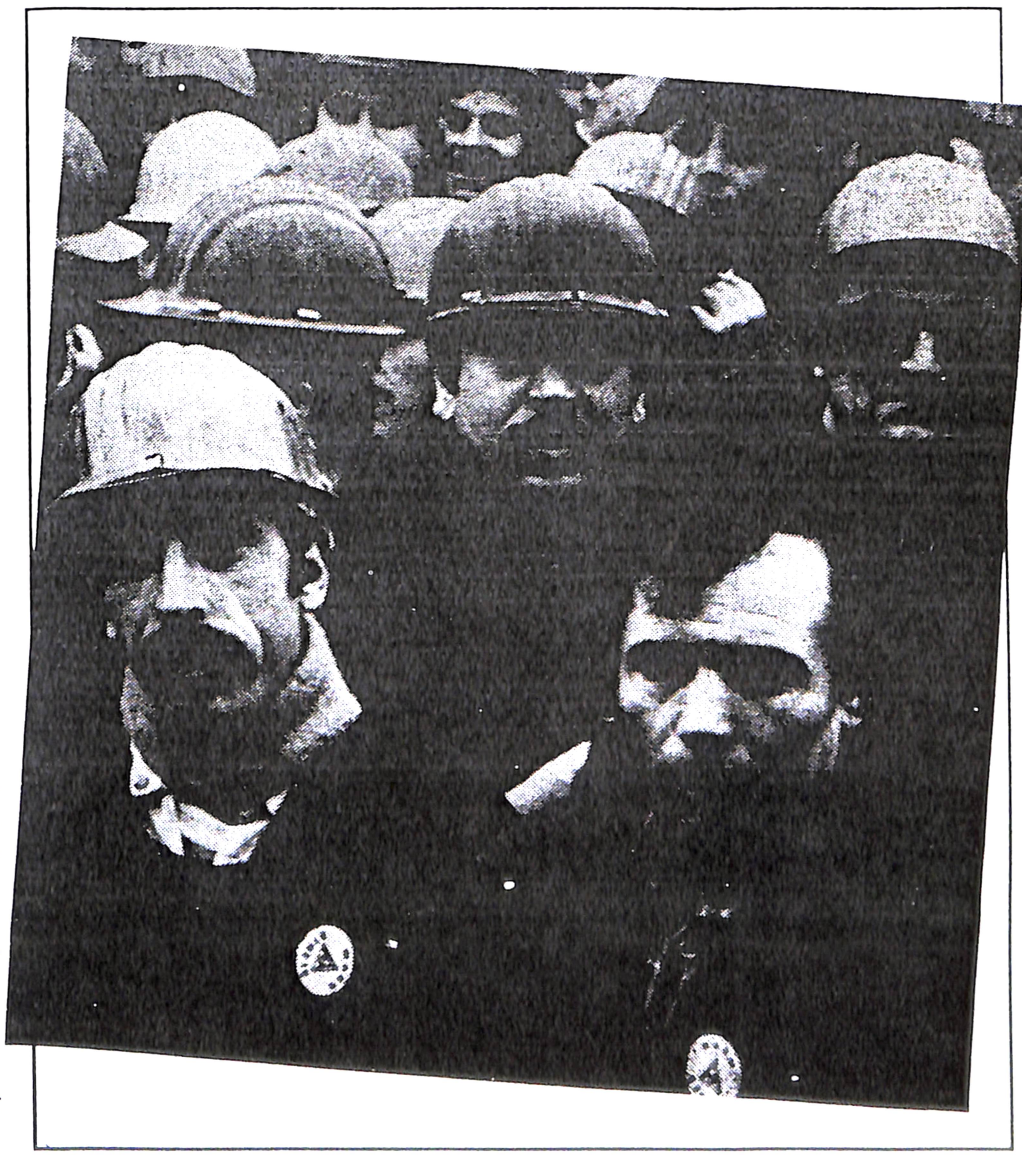
Was tun die Gewerkschaften ?

Festzustellen ist, daß der Rassismus in Betrieben mit Kampftradition und einer konsequenten Interessenvertretung weit weniger (und zum Teil kaum) verbreitet ist.

Demzufolge finden sich die meisten REP-Wähler in den Betrieben, in denen in erster Linie Maul halten und Arbeitshetze angesagt sind. Und wo zumeist die Betriebsräte "sozialpartnerschaftlich" und unternehmerfreundlich eingestellt sind. Das heißt dort, wo es nicht die Erfahrung von Solidarität und praktischer Gegenwehr gibt, ist das Ventil der Ausländerhaß (s. a. Bericht über Bosch-Siemens).

Das ist natürlich das Hauptproblem der Gewerkschaften, wenn der Rassismus wirklich zurückgedrängt werden soll. Denn jahrelang hat man das Problem verdrängt und nicht beachtet und gleichzeitig Sozialpartnerschaft praktiziert und den Betriebsräten freie Hand zur "Krisenverwaltung" gelassen (oft genug zu Lasten gerade der ausländischen Kollegen und Kolleginnen). Auf dieser Grundlage konnte sich ja die jetzige Situation entwickeln.

Für die Zukunft bedeutet dies auch, ohne gemeinsame praktische Erfahrungen - vor allem auch mit den ausländischen Kollegen und Kolleginnen - im Kampf für soziale Verbesserungen, gegen das Kapital, wird sich das Denken dieser deutschen Kollegen kaum verändern. Dieser Zusammenhang ist in der nach dem Wahlerfolg der REPs in Gang gekommenen innergewerkschaftlichen Diskussion bislang noch viel zu wenig aufgetaucht. Im Gegenteil: Selbstkritik an der eigenen Politik ist - wie zu erwarten - kaum angesagt. Die Positionen vieler haup-



amtlicher Gewerkschaftsfunktionäre gehen lediglich in die Richtung: "Die Konservativen sind schuld." Was ja so platt wie wahr ist. Nur ist diese tiefschürfende Erkenntnis wenig dazu geeignet die eigene Praxis (und auch Mitverantwortung) in Frage zu stellen, mit dem Ziel dem Rassismus und Neofaschismus in den Betrieben nicht nur mit schönen Worten, sondern praktisch das Wasser abzugraben.

Dennoch: etwas tut sich schon. Der Berliner IGM-Vorstand hat z. B. beim Bundesvorstand den Antrag auf Unvereinbarkeit von Gewerkschafts- und REP-Mitgliedschaft gestellt. D. h. wenn dieser Beschluß abgesegnet ist, fliegen REP-Mitglieder aus der Gewerkschaft raus. Was natürlich kein Problem löst, aber wenigstens dem einen Riegel vorschiebt, daß Faschisten sich innergewerkschaftlich festsetzen können.

In mehreren Gewerkschaften haben sich inzwischen Antifa-Arbeitskreise gebildet. So zum Beispiel in der GEW, HBV, ÖTV. In der IGM gibt es einen Arbeitskreis gegen Neofaschismus und Rassismus, der von Vertrauensleuten gebildet wird.

Im DBG-Jugendbereich gibt es schon länger die recht rührige Gruppe "GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus", in der Kollegen und Kolleginnen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften aktiv sind. Auch fängt, wenn auch langsam, die Zusammenarbeit von GewerkschafterInnen mit der antifaschistischen Bewegung an. In mehreren Antifa-Bündnissen arbeiten inzwischen GewerkschaftsvertreterInnen mit.

Gerade diese Zusammenarbeit wird entscheidend sein für die Zukunft. Gibt es doch innerhalb der Gewerkschaften und Betriebe kaum Wissen und Erfahrung über Faschisten und den Umgang mit ihnen. Andererseits ist die antifaschistische Bewegung hauptsächlich an Schulen und in einigen Stadtteilen präsent. In Betrieben (auch an Berufsschulen) praktisch gar nicht. Das war ja auch eine wesentliche Erkenntnis aus der Anti-REP-Kampagne vor der Wahl.

Neben einem offensiven Antirassismus, gekoppelt mit fundierter Aufklärung und Gegeninformation, z. B. als ein Hauptthema von Betriebs- oder Jugendversammlungen, wird viel davon abhängen, ob es den in Betrieben aktiven AntifaschistInnen gelingt, diese Aktivitäten mit konkreten Kämpfen für die Verbesserung der sozialen Situation der Beschäftigten, zu verbinden.

Rassismus im Betrieb

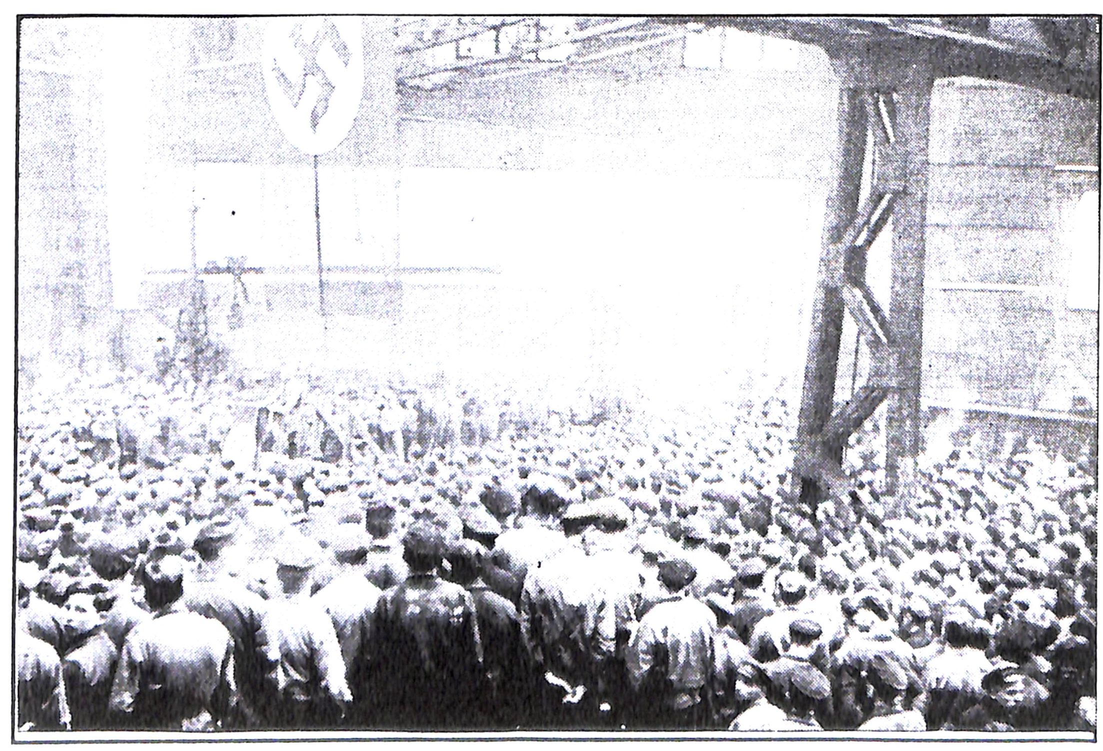
Am Beispiel Bosch-Siemens Hausgeräte Werk (BSHG)

Im Hausgerätewerk Berlin arbeiten ca. 3.000 Leute. Hergestellt werden dort Waschmaschinen und Wäschetrockner. 2/3 der Beschäftigten sind ausländische KollegInnen. Unter den Beschäftigten im Produktionsbereich ist ihr Anteil noch höher, da in der Verwaltung überwiegend Deutsche arbeiten.

Die ausländischen KollegInnen arbeiten zum allergrößten Teil als Angelernte, z. B. an den Endmontagelinien. Qualifizierte Arbeiten werden fast nur von Deutschen ausgeführt, z. B. als Einrichter oder im Bereich der Betriebsinstandhaltung. Die Arbeitsbedingungen im Hausgerätewerk sind miserabel, Akkordhetze, ständige Stückzahlerhöhungen, Schikanen durch die Vorgesetzten sind seit Jahren Alltag im Produktionsbereich. Die Stundenlöhne liegen 2 - 3 DM unter dem Schnitt vergleichbarer Westberliner Betriebe. Heuern und Feuern ist tägliche Praxis. Dagegen setzen sich vor allem die ausländischen KollegInnen zur Wehr. So machten Beschäftigte an der Endmontage Stückzahlerhöhungen nicht mehr mit. Tagelang unterschritten sie die geforderten Stückzahlen ganz erheblich, bis die Werksleitung sich zum Einlenken gezwungen sah.

Trotz solcher Erfolge gibt es kein gemeinsames Vorgehen der gesamten Belegschaft, im Gegenteil, die deutschen Einrichter und Vorarbeiter fungieren vielfach als Antreiber und Handlanger der Meister und Vorgesetzten.

Dabei sehen ihre Arbeitsbedingungen gleichermaßen beschißen aus. Stückzahldruck, niedrige Löhne, Schikanen kennzeichnen auch ihren Arbeitsalltag. Wer kann, sucht



sich woanders eine Arbeit, einige hofften sich im Betrieb "hochzuarbeiten", glaubten daran, daß ein Arbeitsplatz bei Siemens sicher sei. Durch Prämien, Höhergruppierung, Bevorzugung bei der Schichteinteilung, usw. ..., wird angepaßtes Verhalten belohnt. Wer aber seinen Mund aufmacht, muß mit einer Palette von Sanktionen rechnen, bis hin zur Entlassung. Die Folge davon sind Mißtrauen und Entsolidarisierung. Der ständige Druck Stückzahlen zu schaffen, daß miese Arbeitsklima wird nach unten weitergegeben, eben an die ausländischen KollegInnen. Das Stückchen höher, daß die Einrichter und Vorarbeiter in der Betriebshierarchie sind, daß bißchen mehr Entscheidungsspielraum, das sie haben, wird von vielen auch darauf zurückgeführt Deutscher zu sein.

Deutsche Kollegen, die sich auf die Auseinandersetzung Deutsche gegen AusländerInnen einlassen, erhalten Rückendeckung, ja Ermunterung durch ihre Vorgesetzten. Das geht soweit, daß z. B. einem deutschen Vorarbeiter, der gegen einen türkischen Kollegen handgreiflich wurde, vom Meister zugesichert wird, daß er in "solchen Fällen von Notwehr" volle Rückendeckung habe. Der türkische Kollege, der sich beim Meister beschwerte, sollte eine Abmahnung wegen "aggressiven Verhaltens" bekommen. So grob gehts nicht immer zu, der Rassismus zeigt sich meist in Sprüchen oder etwa darin, daß Deutsche und AusländerInnen ihre Pausen meist getrennt verbringen.

Die Spaltung der Belegschaft in Deutsche und AusländerInnen fällt mit der Spaltung in Qualifizierte und Unqualifizierte zusammen. Diese doppelte Spaltung wird durch die Einstellungspraxis der Werksleitung zementiert. Bei betriebsinternen Stellenausschreibungen z. B. für Anlagenführer haben ausländische Kollegen, obwohl sie die erforderliche Qualifikation besitzen, keine Chance. Der Rassismus, der eh in den Köpfen der KollegInnen sitzt, bestärkt sich durch die rassistische Beschäftigungsstruktur. Kein Wunder, daß in vielen Abteilungen bis zu 50 % der deutschen KollegInnen die REPs gewählt haben.

Durchbrochen werden kann das nur durch gemeinsames Handeln der deutschen und ausländischen KollegInnen, durch gemeinsam erkämpfte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.



NEUE "AUSLÄNDER"

aus einem Flugblatt von KollegInnen bei der BSHG

Warum braucht Siemens eigentlich ständig neue Arbeitskraft ? Und warum brauchen sie alle paar Jahre Leute aus einem anderen Land ? Früher haben die türkischen Arbeiter gedacht: "Schnell ein paar Mark verdienen und dann zurück in die Heimat". Sie haben oft die Akkorde hochgetrieben, sich wenig um den Kampf im Betrieb gekümmert. Heute wissen die meisten, daß sie eine ganze Weile hier bleiben werden, daß sie hier kämpfen müssen für eine besseres Leben.

Vor ein paar Jahren hat Siemens angefangen, vietnamesische Kollegen einzustellen, heute sind über 200 im Werk. Am Anfang hat der Werkleiter zu den türkischen Kollegen gesagt: "Jetzt kommen Vietnamesen, die nehmen euch die Arbeit weg." Und zu den vietnamesischen Kollegen hat er gesagt: "Wenn ihr hart arbeitet, kriegt ihr feste Arbeit und wir brauchen keine Türken mehr." Die Vietnamesen haben auch erst mal schneller und "besser" gearbeitet, doch das hat nur eine Weile funktioniert.

Heute kommen Leute aus Polen und Ghana. Immer mehr Leute im Werk sprechen verschiedene Sprachen, kommen aus unterschiedlichen Kulturen. Der deutsche "Sozialstaat" versucht, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen: die "Spätaussiedler" zum Beispiel haben gleich Rentenanspruch, kriegen viel leichter Wohnungen usw.. So stellen sich sich vor, die Leute kaufen und gegeneinander hetzen zu können. Wir denken, daß das erstmal von uns abhängt, ob diese Rechnung aufgeht. Wir finden es in Ordnung, daß Leute Wohnungen bekommen, wir wollen alle welche; auch hier gilt: GLEICHE BEDINGUNGEN FÜR ALLE !

Siemens sperrt uns alle zusammen in eine Fabrik, raubt uns jeden Tag ein Stück Leben. Jede Minute rechnet Siemens damit, daß wir den Bettel hinschmeißen und uns das holen, was uns sowieso gehört. Sie schicken ihre Spitzel hinterher, fischen sich Leute raus, die sie für Anführer halten. Sie versuchen uns mit allen Mitteln zu spalten: in Feste und Zeitvertragler, Deutsche und Türken, Türken und Aussiedler, Männer und Frauen. Denn sie wissen: wenn wir zusammen kämpfen, haben wir eine ungeheuere Macht. Lassen wir sie diese Macht spüren !

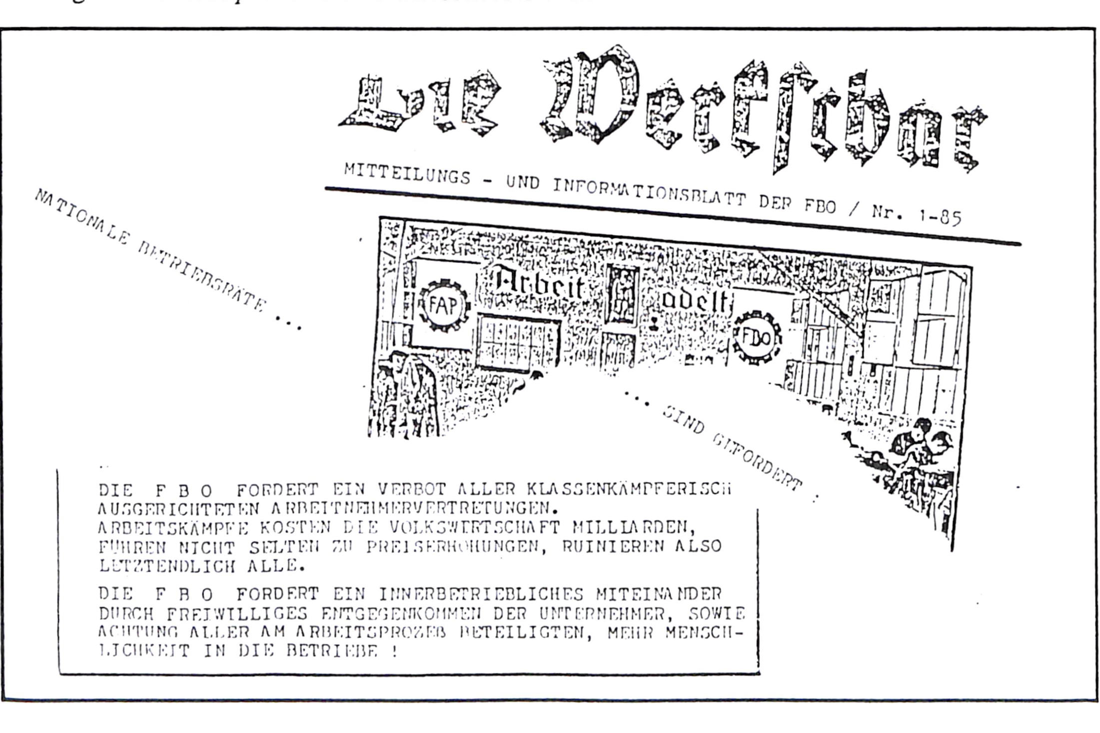
GLEICHER LOHN FÜR ALLE ! GLEICHE BEDINGUNGEN FÜR ALLE ! MEHR GELD - WENIGER ARBEIT !

Faschisten versuchen in Betrieben und Gewerkschaften aktiv zu werden

"Rechtsradikale Organisationen unternehmen verstärkte Anstrengungen in der IG Bau, Steine, Erden und anderen DGB-Gewerkschaften Fuß zu fassen und für ihre Ziele zu werben." **Diese Meldung stand im "Volksblatt" am 4. 10. 88. Anlaß war der letzte Gewerkschaftstag der IG BSE in Nürnberg, der sich mit diesem Thema beschäftigen mußte. IG Bau Chef k. Carl dazu: "Wir stellen fest, daß diese Verbände Kader für ihre Wühlarbeit in der Gewerkschaft ausbilden und sie dann in eine unserer Organisationen entsenden."**

Zum 1. Mai letzten Jahres sorgte die **FAP** für Aufsehen. Sie kündigte die Gründung einer "nationalen Gewerkschaft" an, sowie einen anschließenden Marsch durch Duisburg-Rheinhausen. Doch vor allem wegen einer breiten antifaschistischen Mobilisierung wurde daraus nichts. So mußten sie sich mit dem Hinterzimmer einer Bottroper Kneipe begnügen. Sie verkündeten die Gründung einer sog. "Freien Gewerkschaftsbewegung".

Schon seit 1985 gibt es innerhalb der FAP die sogenannte **"Freie Betriebszellen Organisation"** (FBO). In ihrem Blättchen "Die Werkschar" schreiben sie: "Die FBO fordert ein Verbot aller klassenkämpferisch ausgerichteten Arbeitnehmervertretungen. Arbeitskämpfe kosten die Volksgemeinschaft Milliarden, führen nicht selten zu Preiserhöhungen, ruinieren also letztendlich alle. Die FBO fordert ein innerbetriebliches Miteinander durch freiwilliges Entgegenkommen der Unternehmer, sowie Achtung aller am Arbeitsprozeß Beteiligten, mehr Menschlichkeit in die Betriebe."



Die Werkschar

MITTEILUNGS - UND INFORMATIONSBLATT DER FBO / Nr. 1-85

NATIONALE BETRIEBSRÄTE ...

... SIND GEFORDERT !

DIE F B O FORDERT EIN VERBOT ALLER KLASSENKÄMPFERISCH AUSGERICHTETEN ARBEITNEHMERVERTRETUNGEN.
ARBEITSKÄMPFE KOSTEN DIE VOLKSWIRTSCHAFT MILLIARDEN, FÜHREN NICHT SELTEN ZU PREISERHÖHUNGEN, RUINIEREN ALSO LETZTENDLICH ALLE.

DIE F B O FORDERT EIN INNERBETRIEBLICHES MITEINANDER DURCH FREIWILLIGES ENTGEGENKOMMEN DER UNTERNEHMER, SOWIE ACHTUNG ALLER AM ARBEITSPROZEß BETEILIGTEN, MEHR MENSCHLICHKEIT IN DIE BETRIEBE !

In ihrer Zeitung knüpfen sie unverhüllt an die arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Aussagen und Taten der Hitler-Faschisten an. Sowohl die Symbolik, wie auch ihr Name, ist der damaligen "Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation" entlehnt. In ihrem Auftreten nach außen versuchen sie sich moderater zu geben. Über ihre Zeitung gaben sie folgende Anweisung an ihre Mitglieder heraus: "*... daß hierbei in keinster Weise innerhalb der Betriebe provoziert werden soll. es ist nicht Sinn unseres Strebens, Kündigungen herauszufordern... Sinn und Zweck unseres Auftretens innerhalb und außerhalb der Betriebe ist der Aufbau von Betriebsgruppen, die Erlangung von Betriebsmandaten, sowie ein aufklärendes Wirken gegenüber Arbeitern und auch Unternehmern. Unsere Möglichkeiten beschränken sich innerbetrieblich auf die Betriebsratsarbeit, d. h. auf Verbesserungen bezüglich der sozialen Dinge innerhalb des Betriebs, sowie die Behandlung der Probleme der Arbeitskollegen.*"

Auch die NPD will die Arbeiter mobilisieren

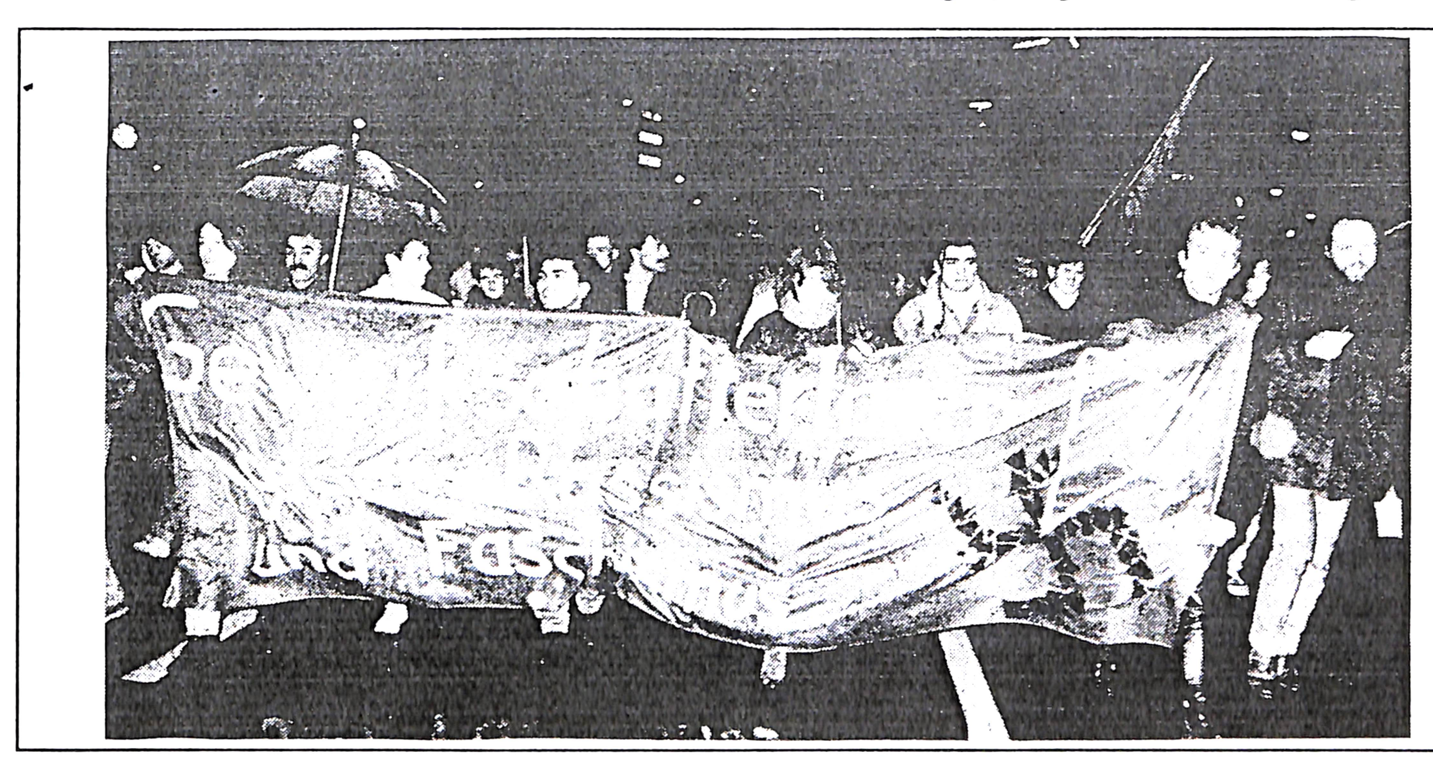
Der NPD-Landesverband in NRW verschickte im letzten Jahr Rundbriefe an Betriebsräte und Vertrauensleute. Sie tun darin kund, daß sich eine "Arbeitsgemeinschaft organisierter in der NPD" gegründet habe. Sie wollen: "*... die stille Kumpanei zwischen betriebsfremden DGB-Funktionären und Politikern, der in Düsseldorf und Bonn vertretenen Parteien durchbrechen.*" Die Chancen für die Faschisten in

den Betrieben zu einer politischen Kraft zu werden, sind nicht gerade gut. Dazu sind ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Aussagen zu eindeutig unternehmerfreundlich.

Dennoch ist es durchaus realistisch, daß sie sich in einzelnen Betrieben - z. B. als Betriebsräte - etablieren können. Vor allem angesichts des verbreiteten Rassismus: *"Zu befürchten ist, daß diese Gruppen bei den nächsten Betriebsratswahlen unter Ausnutzung von ausländerfeindlichen Stimmungen ('Deutsche Arbeit für deutsche Arbeiter') für Betriebsräte kandidieren und so versuchen, die Belegschaften zu spalten."* (Metall Juni 1988)

Daß dies zukünftig möglich sein wird, dafür hat die Bundesregierung schon gesorgt: durch die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes hat sie die Kandidatur zu Betriebsratswahlen von kleine Gruppen erleichtert. Inwieweit die Saat aufgeht, wird sich bei den Betriebsratswahlen im nächsten Jahr zeigen.

Daß es auch jetzt schon etablierte rechte Betriebsräte gibt, die allerdings als IGM-Mitglieder gewählt wurden, zeigt das Beispiel BMW-Berlin: Dort konnte sich eine *"Mannschaft der Vernunft"* durchsetzen, gestützt auf sozialpartnerschaftlich und rassistisch denkende deutsche Kollegen, und mit maßgeblicher Unterstützung der Unternehmensleitung.



INTERVIEW

Mit einem Kollegen aus der Initiative Gewerkschafter/innen gegen Rassismus und Faschismus

Info: **Du bist Mitglied in der Gruppe "GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus". Wann und warum habt ihr euch gegründet ?**

Diese Gruppe ist aus dem Bedürfnis und der Notwendigkeit gegen Rassismus in Betrieben und Berufsschulen aktiv zu werden entstanden. Die Gruppe ist im April 1988 entstanden, weil wir innerhalb der IG Metall Jugend die antifaschistische Arbeit zu einem Schwerpunkt machen wollten. Im Laufe der Zeit haben wir mitgekriegt, daß diese Arbeit nicht auf die IGM-Jugend beschränkt bleiben darf, sondern es um die Zusammenarbeit auch mit anderen Einzelgewerkschafts-Jugendgruppen geht. Wir haben aktive Kollegen und Kolleginnen aus anderen Gewerkschaften angesprochen. Wir haben dann im Oktober 88 gemeinsam ein Seminar gemacht. Daraus entstand die jetzige Arbeitsgruppe.

Info: **Wieviele seid ihr denn jetzt, und was sind das für Leute ?**

Die Zahlen schwanken. Aber der feste Kern besteht etwa aus 15 Leuten. Das sind vor allem Jugendvertreter, Mitglieder von Gewerkschaftsjugendgruppen, vor allem aus der IGM, aus IG Druck und Papier und ÖTV, sowie Vertreter von Berufsschulen.

Info: **Was sind eure praktischen Aktivitäten bislang gewesen ?**

Wir mußten uns als Arbeitsgruppe zunächst innergewerkschaftlich durchsetzen. Es gab z. B. Schwierigkeiten mit der IGM-Ortsverwaltung. Wir haben dann erstmal eine Broschüre zum Thema Neonazis und Rassismus in Betrieben gemacht, gemeinsam mit der Schülervertretung vom OSZ Metalltechnik und der ausländischen Jugendgruppe der IGM, die von der OSZ



Metalltechnik herausgegeben wurde. Die richtet sich vor allem an aktive Gewerkschaftsmitglieder, Betriebsräte usw..Der nächste Schritt war das schon erwähnte Seminar mit KollegInnen aus HBV, ÖTV, IGM, Drupa und GEW und Schülervertretern von Berufsschulen.
Wir waren der Meinung, daß wir der rassistischen Propaganda ganz konkret entgegentreten müssen. Also ihre Argumente aufgreifen. Das Ergebnis war ein Flugblatt, bei dem wir auf dem Spruch "Ausländer nehmen unsere Arbeitsplätze weg" einge-gangen sind. Das wurde vor vielen Berufs-schulen verteilt. (siehe Info Nr. 6/7, anm. info)
Dann haben wir auch versucht Informationen zu sammeln über Rassismus und Faschisten in Betrieben und Berufsschulen. Und wir haben uns auch an den vielen Demonstrationen gegen die REPs vor und nach der Wahl beteiligt.

Info: **Wie schätzt du die Aktivitäten der Gewerkschaften zum Problem Neofaschismus und Rassismus ein ?**

Wir haben nicht verstanden, warum es solange gedauert hat, bis dort mehr passiert. Inzwischen ist das schon etwas anders. Die Problematik wird jetzt viel mehr diskutiert, z. B. auf der Vertreterversammlung. Es gibt jetzt auch eine Arbeitsgruppe der Vertrauenkörperleiter. Diese Arbeitsgruppe soll dafür sorgen, daß in den Betrieben, in denen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß praktiziert wird, die Betriebsräte usw. nicht kneifen, sondern aktiv werden soll. Und aufpassen, daß von Rassisten die ausländischen Kollegen nicht terrorisiert werden. Dies passiert erstmal innerhalb der IGM. In anderen Gewerkschaften läuft das ähnlich. Es ist jetzt z. B. auch so, daß unsere Arbeitsgruppe, auf Antrag der HBV, als AG des DGB-Landesjugendausschuß offiziell geworden ist.

Info: **Du bist ja selber türkischer Kollege und auch Betriebsrat in einem Metallbetrieb. Wie sieht es denn bei dir im Betrieb aus ?**

Es gibt bei uns schon einige Kollegen, die Vorurteile gegen Ausländer haben. Nach den Wahlen ist das offenbar geworden. Offener in dem Sinne, daß Einzelne jetzt einfach sagen können: "Bei den nächsten Wahlen kriegen wir 20 %, dann über 50 %, dann seid ihr weg; die Mehrheit der Bevölkerung will das so haben, was wollt ihr noch hier." Das heißt, wir müssen selbst in unserem Betrieb, in dem deutsche und ausländische Kollegen bis jetzt gut zusammengearbeitet haben, uns gegen solche Leute wehren.

Info: **Was tut ihr dann zum Beispiel als Betriebsrat ?**

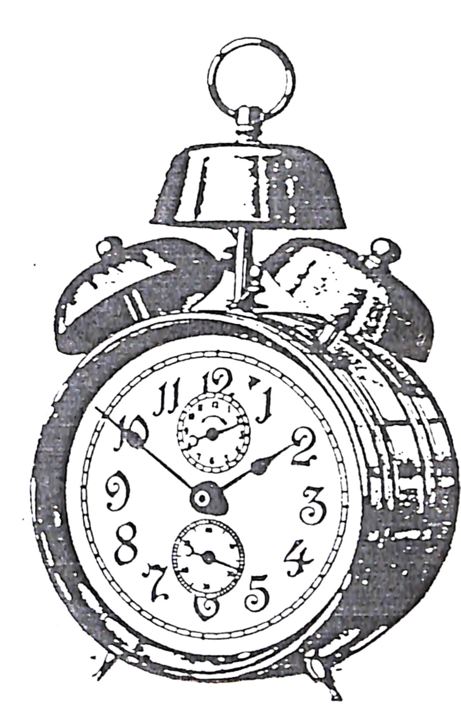
Wir haben einen Betriebsratsbeschluß gefaßt, daß wenn ausländische Kollegen von REP-Anhängern oder anderen terrorisiert werden oder sie Nazi-Schmierereien machen oder rassistische Flugblätter verteilen usw., werden wir sie als Betriebsrat verwarnen. Wenn es sein muß, werden wir auch Kündigungsantrag stellen.

Info: **Wie steht ihr als GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus" die weiteren Aufgaben der betrieblichen Antifa-Arbeit ?**

Wir haben uns vor kurzem auf einem Arbeitsseminar verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Erstens wollen wir vor allem an Berufsschulen mehr mit Schülervertretern und GEW-Lehrern zusammenarbeiten.
Zweitens Stichwort "Gewerkschaftliche Bildungsarbeit": wir wollen, daß in den normalen gewerkschaftlichen Jugendseminaren (jeder Arbeitnehmer bis 25 hat das Recht auf 10 Tage Bildungsurlaub im Jahr, anm. Info) immer mindestens einen Block zum Thema Rassismus/Faschismus einge-führt wird. Dazu werden wir ein Konzept erarbeiten.
Drittens wollen wir für Jugendvertreter, Vertrauensleute und Betriebsräte Informationsmaterial zur Verfügung stellen (z. B. Infos über Nazi-Organisationen, Gegeninformationen, Filme etc.).
Viertens wollen wir versuchen auch ausländische Organisationen anzusprechen. Denn der gesteigerte Rassenhaß führt dazu, daß ausländische Kollegen sich zum Bei-spiel immer mehr an den islamischen Fundamentalismus binden lassen. Ich habe bei mir im Betrieb mitgekriegt, wie viele plötz-lich religiös geworden sind und dann auch extrem nationalistische Sprüche kloppen.
Darüberhinaus müssen sich die Antifaschisten in der Stadt koordinieren, sonst können wir wenig erreichen. Deshalb finden wir es wichtig, auch mit Kiez-Antifa-Initiativen und Antifa-Bündnissen zusammenzuarbeiten.

Kontaktadresse: AG GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus, c/o DGB-Jugend und Kulturzentrum, Brunnenstr. 125-127, 1/65 Dort trifft sich die Initiative 14tägig donnerstags um 19.00 Uhr

"Ich lasse mich nicht zum Schweigen bringen!"



"Ich lasse mich aber nicht zum Schweigen bringen. Ich habe mein Leben damit verbracht, laut zu sagen, was ich denke. Ich bin auch jetzt nicht bereit, mir den Maulkorb umzuhängen, der unsichtbar in diesem Raum für mich ausliegt."

Die Rede ist von Ingrid Strobl. Sie steht seit Mitte Februar vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung: § 129a StGB. Vorgeworfen wir ihr, einen Wecker gekauft zu haben. Mit angeblich genau diesem Wecker - bislang konnte die Bundesanwaltschaft die hundertprozentige Übereinstimmung des Weckers nicht beweisen ! - sollen die Revolutionären Zellen (RZ) am 26. 10. 86 den Anschlag auf das Lufthansa-Hauptverwaltungsgebäude in Köln verübt haben.

Zu Beginn des Prozesses gegen Ingrid wurden sämtliche ihrer Artikel verlesen, die sie als Journalistin in der EMMA oder anderen Zeitungen veröffentlicht hatte. Aus einer Briefbeschlagnahmungsbegründung der BAW geht hervor, wie hier politisches Denken vor Gericht gezerrt wird: "Er (der Brief, Anm. Verf.) kann den Beweis dafür erbringen, daß sich die Beschuldigte für ZIELE ENGAGIERT, denen der ihr zu Last gelegte Anschlag galt."



Sich mit Flüchtlingspolitik, Faschismus, Sextourismus, usw. zu beschäftigen, gilt für die BAW als "anschlagsrelevant", weil die Themen anschlagsrelevant sind. Wer sich mit solchen Themen inhaltlich auseinandersetzt, begeht potentiell auch Anschläge - so ihre Logik. Ende 87 hatte die BAW 33 Wohnungen und Büros durchsucht, u. a. das Gen-Archiv in Essen. Ingrid Strobl und Ulla Penselin wurden verhaftet. Nach weiteren vier Personen wurde öffentlich gefahndet. Nach über acht Monaten mußte die BAW die Anklage gegen Ulla Penselin fallen lassen: alle ihre Beschuldigungen erwiesen sich nach einer Einlassung von Ulla als haltlose Konstruktionen. Ulla kam frei, Ingrid blieb in U-Haft, weil sie sich weigerte, den Namen des Menschen zu nennen, für den sie den besagten Wecker gekauft hatte. Inzwischen wurde auf FreundInnen und Angehörige der vier gesuchten Personen Druck ausgeübt: sie sollten Aussagen über den Aufenthaltsort der Vier machen. Als sie sich weigerten, drohte die BAW mit Beugehaft bis zu einem halben Jahr. Trotz einer breiten Unterstützung ist Anfang März nun eine der betroffenen Frauen in Beugehaft genommen worden. Bei einer zweiten steht die Vorladung ebenfalls an. Gleichzeitig wurde wg. eines Plakates für eine Veranstaltung zum Thema "Aussageverweigerung" ein 129a-Verfahren gegen zwei der Betroffenen eingeleitet.

Die Absurditäten der Repressionsmaschinerie nehmen im Zusammenhang mit und um den Prozeß gegen Ingrid Strobl kein Ende: Mal behaupten die sog. "RZ-Experten" des Bundeskriminalamtes (BKA), Ingrid sei Unterstützerin, Mitglied oder gar Rädelsführerin der RZ - und das alles bei gleichem Ermittlungsstand, der gleich null ist.

Obwohl sich alle nur in Verdächtigungen und Vermutungen ergeben, lehnt der erst Vorsitzende Richter des OLGs eine Aussetzung der U-Haft ab. Ingrid befindet sic nun mehr als 16 Monate in Untersuchungshaft. Ein Ende des Prozesses, bei dem es nach Einschätzung de BKA *"nach jahrelanger Durststrecke"* bei der Fahndung na RZ-Mitgliedern nun endlich einen erfolg gehen muß, ist nic in Sicht.

Ingrid endete ihre Prozeßerklärung mit den Worten: *"Wenn man mich einzig und allein für meine politische Haltung verurteilen will, dann muß das wenigstens in aller Öffentlichkeit geschehen und begründet werden."*

Für mehr Öffentlichkeit gibt es unter anderem die **"Nicht zu fassen"** und die **"Clockwerk 129a"** in allen guten Buchläden. **Spenden** für die Prozeßkosten könnt ihr überweisen an:

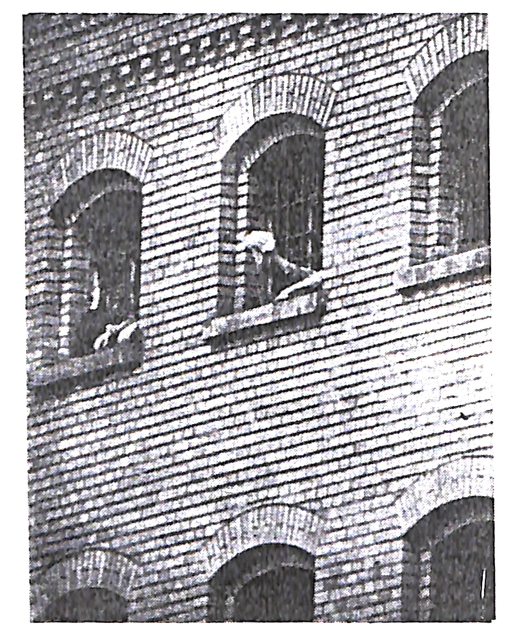
P. Neff, KontoNr. 23481-506, BLZ 370 100 50 Postgiroamt Köln



Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF und dem antikapitalistischen Widerstand :

ZUSAMMENLEGUNG IN EIN ODER ZWEI GROSSE GRUPPEN JETZT !

Zum Zeitpunkt, da wir an der Erstellung dieses Antifa-Infos arbeiten, haben Christa Eckes und Karl-Heinz Dellwo ihren Hungerstreik vorläufig ausgesetzt. Sie haben aber klargestellt, daß sie die von den sozialdemokratisch geführten Bundesländern angebotenen Kleingruppen (4 - 6 Gefangene) ablehnen. Solche kleine Gruppen können an der Isolation und ihren Folgen nichts ändern, und sie umfassen nur einen Teil der Gefangenen. Der Streik der Anderen geht deshalb weiter. Wir, die auch verhindern wollen, daß auch nur ein Gefangener in dieser Auseinandersetzung stirbt, haben ein klein wenig Zeit gewonnen. Die müssen wir nutzen, um die Unterstützung für die Ziele des Hungerstreiks zu verbreitern und zu festigen.



Zum Teil seit 18 Jahren sitzen Gefangene aus der RAF in Isolationshaft. Wenn auch zwischendurch aus politischen Opportunitätsgründen kosmetische Korrekturen in dieser oder jener Haftanstalt vorgenommen wurden, an den menschenverachtenden und zerstörerischen Bedingungen haben sie nichts verändert. Darüber kann auch die Propaganda der bürgerlichen Medien und Parteien nicht hinwegtäuschen. **Stuttgart/Stammheim wurde international zum Symbol für die BRD-Justiz, die Haftbedingungen in verschiedenen internationalen Organisationen und Gremien verurteilt.** Die von den Nazis begonnene Forschung über Folter durch sensorische Deprivation (völlige Ausschaltung von Sinneseindrücken) war nach dem Krieg verboten worden. Sie wurde Ende der 60er Jahre wieder aufgenommen. Ergebnisse dieser Forschung fanden ihre praktische Anwendung nach der Festnahme der ersten RAF-Mitglieder. Wie sehen deren Haftbedingungen heute aus ?

Mit deutscher Gründlichkeit und Perfektion ist die Justiz ans Werk gegangen. Eigens für die politischen Gefangenen wurden in den Knästen Hochsicherheitstrakte geschaffen. Abgesondert vom "normalen Anstaltsleben", isoliert von Sinneseindrücken der Außenwelt durch Schallisolierung und Sichtblenden sind die Gefangenen über Jahre in ihren sozialen und menschlichen Kontakten auf ein, zwei oder drei Mithäftlinge angewiesen. Der monatlich erlaubte zweistündige Besuch von Freunden und Verwandten, die Gespräche mit ihren Anwälten finden hinter der Trennscheibe und/oder unter ständiger Anwesenheit von Aufpassern statt; dann vor und nach jedem Besuch, nach dem Hofgang mit anderen Gefangenen eine entwürdigende Leibesvisitation (für viele ein Grund auf den Hofgang zu verzichten). Regelmäßig zweimal und öfter in der Woche, werden die Zellen durchsucht und das persönliche Eigentum der Gefangenen gefilzt. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher werden nur nach Zensur ausgeliefert. Artikel, die sich mit der Politik der RAF, des Widerstands und mit den Haftbedingungen, d. h. mit den persönlichen und politischen Erfahrungen der Gefangenen, befassen, werden ausgeschnitten. Die gleiche Zensur findet beim persönlichen Briefwechsel statt.



Die "Änderungen" die bisher angeboten wurden (Kleingruppen oder Normalvollzug) sind keine Abschaffung der Isolation. Gutachten von Wissenschaftlern belegen, daß Gefangene unter den Bedingungen von Einzel- und Kleingruppenisolation nicht überleben können. Sie kommen zu dem Schluß, daß Gruppen mindestens 12 - 15 Leute umfassen müssten, um die lebensnotwendige menschliche Interaktion zu ermöglichen. Auch bei der zeitweisen Verlegung einzelner Gefangener in den Normalvollzug wurde die Isolation aufrechterhalten. Wie das aussieht schildert Bärbel Perau: *"Bei den sozialen Gefangenen ist es so: die, die ein offenes Verhältnis zu uns haben, werden diszipliniert.*

-Kommt eine an die Tür, um mal was zu reden, steht eine Schliesserin neben ihr. Redeverbot, sonst, so wird eine ermahnt, wirst du auch noch mit reingezogen.
- Eine Frau gibt mir, wie anderen Frauen auch, eine Rippe Schokolade. Ihr wird ein Diszi angedroht, wenn das noch einmal vorkommt. Diszi heißt dann meistens Einkaufssperre.
- Die Beispiele kann jeder von uns noch endlos weiterführen, und es ist nur noch widerlich, und ein System, das versucht Menschen so zu erniedrigen, gehört radikal abgeschafft."

Es gibt eine Vielzahl von Berichten der Gefangenen, ihrer Angehörigen, von Rechtsanwälten, Pfarrern und humanistischen Organisationen, die die Isolationshaftbedingungen und ihre Folgen ausführlich darstellen. Das Hungerstreik-Info aus Hamburg informiert euch ebenfalls darüber und über den aktuellen Stand des Hungerstreiks und seiner Unterstützung.

Der Hungerstreik - ein politischer Kampf

Hinter dem Ringen um humane Haftbedingungen steckt im Kern eine politische Auseinandersetzung. Bundespräsident von Weizäcker hat das selbst ungewollt bestätigt. Als Voraussetzung für eine Begnadigung durch ihn (z. B. bei Jünschke) gilt die *"glaubhafte innere Abkehr von den früheren Zielen und Methoden"*. Begnadigung, Haftverschonung und -erleichterung wird denen gewährt, die sich von ihren Genossen trennen, ihren politischen Zielen abschwören, Opposition üben in dem Rahmen, den der bürgerliche Staat diktiert. So werden sie, gewollt oder ungewollt, zu "Kronzeugen" gegen ihre früheren revolutionären Ansichten, würden benutzt zur Legitimation des staatlichen Gewaltmonopols. In allen gesellschaftlichen Bereichen versuchen die Herrschenden dieses Monopols durchzusetzen, so auch gegenüber der AL als Vorbedingung für ihren Eintritt in den Senat.

Die Isolationshaft dient der bundesdeutschen Justiz als Mittel, mit dem sie den politischen Kampf gegen die Gegner der kapitalistischen Ordnung noch hinter den Gefängnismauern weiterführen kann. Sie begnügt sich nicht mit der Aburteilung und Einkerkerung ihrer Feinde, sie will deren Persönlichkeit und politische Überzeugung brechen, sie will sie zum Reuebekenntnis zwingen.

Der Hungerstreik der Gefangenen zeigt, daß die Justiz sie trotz z. T. 18jähriger Isolationshaft und Zensur nicht brechen konnte. Ohne gemeinsame politische Überzeugungen der Genossen wäre das nicht möglich gewesen. Mit ihren Forderungen verlangen sie nichts weiter als Haftbedingungen, unter denen sie überleben können und die es ihnen ermöglichen

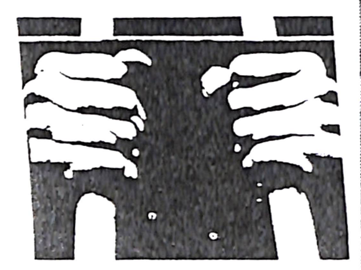


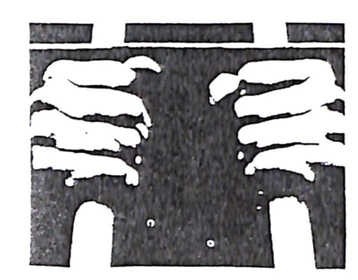
sollen sich sowohl untereinander als auch mit den Bewegungen außerhalb des Knastes auseinanderzusetzen. Die Gefangenen treten im Gefängnis für das ein, was wir als Antifa auch draußen verteidigen und ausweiten wollen: **das Recht auf freie und unzensierte politische Diskussion.**

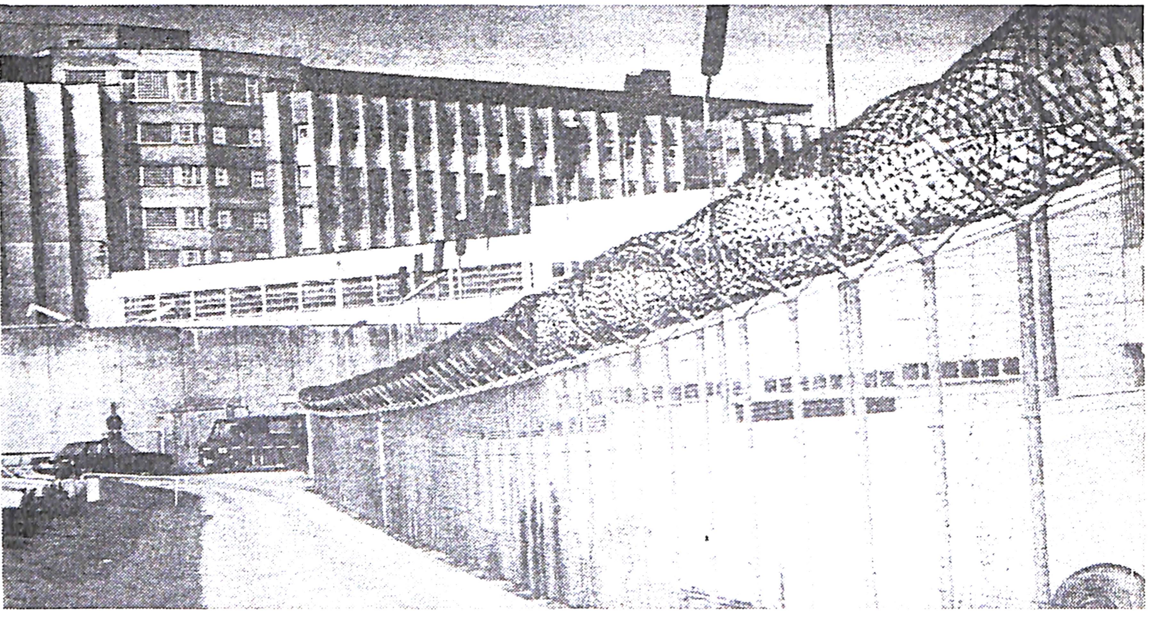
Widersprüche zwischen den Regierenden und im Staatsapparat

In vorangegangenen Hungerstreiks und Aktionen stießen die gefangenen Genossen auf eine geschlossene Front der Ablehnung und der harten Linie in allen bürgerlichen Parteien. Das ist diesmal anders. Zwischen den Bundesländern ist ein offener politischer Streit ausgebrochen, wie sie auf den Hungerstreik reagieren sollen. Dabei verlaufen die Widersprüche nicht nur zwischen SPD- und CDU-geführten Landesregierungen. Auch innerhalb der CDU, aber auch zwischen Bundesanwalt Rebmann und dem Verfassungsschutz gibt es Meinungsverschiedenheiten. Unter dem Motto, der Staat dürfe sich nicht erpressen lassen, lehnen der rechte Flügel der Union uund Rebmann jegliches Entgegenkommen ab. Die SPD-Justizminister sind flexibler. Sie befürworten eine Zusammenlegung in kleine Gruppen (4 - 6 Gefangene), ein Vorschlag, der auch vom VS in seinem Papier zum Hungerstreik favorisiert wird. Aber auch innerhalb der SPD gab und gibt es Widerstände gegen dieses "Entgegenkommen". Aus parteipolitischen Überlegungen verfolgen die SPD- und die CDU-regierten Bundesländer jeweils eine gemeinsame politische Linie.

Die Widersprüche, die anläßlich des Hungerstreiks zwischen den Regierenden sichtbar werden, zeigen die Veränderungen, die sich in der BRD in den letzten Jahren vollzogen haben. Mit dem Aufbrechen von Widersprüche und dem Entstehen neuer sozialer Auseinandersetzungen und Bewegungen wuchs auch das Potential, das praktische Erfahrungen mit dem Repressionsapparat und der Klassenjustiz gemacht haben. Die Bereitschaft sich, z. B. mit dem § 129a, mit politischen Prozessen und mit den Haftbedingungen, auseinanderzusetzen, ist in diesem Bewegungen gewachsen. Die Widersprüche, die in und zwischen den staatstragenden Parteien zum Hungerstreik sichtbar werden, drücken aus, wie die unterschiedlichen







Vertreter der bürgerlichen Ordnung darauf reagieren wollen. Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß sie sich über die Methoden stritten, in ihren gründsätzlichen Zielen aber übereinstimmen. Ihr gemeinsames Ziel ist es, die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand zur Abkehr von ihren politischen Überzeugungen zu bringen oder zu zwingen. Die sozialdemokratischen Landesregierungen gehen von drei Überlegungen aus:

1. Sie hoffen durch eine liberalere Haltung einzelne Gefangene eher aus ihren politischen Zusammenhängen und der gemeinsamen Solidarität herauslösen zu können. In ihren Augen fördern die verschärften Haftbedingungen die Solidarität der Gefangenen untereinander.

2. Eine Radikalisierung der Bewegung oder einzelner Gruppen, die den Hungerstreik unterstützen, soll vermieden werden.

3. Durch Kompromißangebote könne man die Kräfte aus dem Unterstützerkreis herauslösen, die die Gefangenen aus rein humanitären Beweggründen unterstützen. Der Staat zeige ja, daß er sich von menschlichen Überlegungen leiten läßt.

Diese Linie der SPD stößt auf heftige Kritik der CDU (vor allem des rechten Flügels) und der reaktionären Presse. Sie werfen der Sozialdemokratie vor, sie betreibe damit *"die Kapitulation des Rechtsstaates vor den Terroristen"*. So absurd dieser Vorwurf auch ist (es hat noch nie einen Staat gegeben, der vor seinen Gefangenen kapitulierte), er zeigt doch für wie instabil diese Politiker ihre eigene Ordnung halten müssen.

Welche Linie sich innerhalb der Regierenden durchsetzt, wie groß die Zugeständnisse sind, die sie machen müssen, das hängt von der Breite und Kraft ab, die die Bewegung zur Unterstützung des Hungerstreiks aufbringt. Diese Kraft mitzuentwickeln betrachten wir als unseren Beitrag zur Slidarität aber auch als Teil unserer eigenen politischen Arbeit.

Was hat die antifaschistische Bewegung mit der RAF und dem Hungerstreik zu tun ?

Die Entstehung und Geschichte der RAF ist eng verknüpft mit der Studentenbewegung und dem gesellschaftlichen und politischen Klima in der BRD und Westberlin, mit dem die protestierenden Studenten in den 60er Jahren konfrontiert waren. 1956 war die KPD verboten worden, tausende ihrer Mitglieder mit dem, auch heute bestens bekannten, § 129a verfolgt worden.



Mit diesem Verbot gelang es der herrschenden Klasse, mit Hilfe der SPD und der Gewerkschaften, die letzte fundamentale Opposition in der BRD zum Schweigen zu bringen. Die Volksparteien CDU, SPD und FDP bildeten in allen wichtigen politischen Fragen die Einheit der "Demokraten", die einen fanatischen Antikommunismus, der sich 1966 in der Großen Koalition von SPD und CDU niederschlug. Diese Einheit bestand in der bedingungslosen Verteidigung der kapitalisitischen Nachkriegsordnung, in einem fanatischen Antikommunismus, der sich den Sturz der kommunistischen Herrschaft in der DDR und die Wiedervereinigung zum Ziel setzte. Ein wichtiges innerpolitisches Projekt der Großen Koalition war die Verabschiedung der Notstandsgesetze als Reaktion auf die ersten ökonomischen Krisenerscheinungen 66/67 und entstehende politische Widersprüche.

Die Studenten in den 60er Jahren waren konfrontiert mit einer Gesellschaft, in der der Nationalsozialismus offiziell als überwunden galt, die bestehenden Parteien in kleinbürgerlicher Selbstgefälligkeit ihre Ordnung als demokratischste der bisherigen Menschheitsgeschichte feierten und ideologisch, politisch und militärisch gegen das sozialistische Lager rüsteten. Eine Aufarbeitung des Faschismus, die Abrechnung mit seinen Hintermännern und Repräsentanten hat es in der BRD, jedenfalls in den Volksparteien und Gewerkschaften, nie gegeben. Die alten Nazis saßen den Kommilitonen als Professoren in der hierarchischen Ordinarienuniversität gegenüber. Staatsanwälte verschleppten die Prozesse gegen enttarnte SA-Schlächter, Richter, die schon 33 - 45 "im Namen des Deutschen Volkes" Recht gesprochen hatten, verhalfen ihren ehemaligen Parteigenossen aus der NSDAP zu Freisprüchen oder schulten den Nachwuchs an den juristischen Fakultäten. Ehemalige Nazis bekleideten höchste politische Ämter in Bonn. Der Siegeszug der NPD durch die Parlamente der Bundesländer (bei Landtagswahlen 67 - 69 erhielt sie bis zu 9,8 % der Stimmen) machte deutlich, wie schnell die Gesellschaft der BRD von ihrer eigenen Vergangenheit wieder eingeholt werden kann.

Außerordentlich unterstützte die BRD die US-Aggression in Viet Nam, den Völkermord in Südostasien, im Namen der Freiheit und Demokratie. Die Militärdiktatoren aus Afrika, Asien und Lateinamerika wurden von den Volksparteien in Bonn und Westberlin (zur Mauer-Besichtigung) mit offenen Armen empfangen, erwiesen sie sich nur als treue Vasallen des imperialistischen NATO-Bündnisses.

Neben den Zuständen an den Universitäten waren es diese gesellschaftlichen Verhältnisse und die Politik der Volksparteien, die zum Aufflammen der Protestbewegung beitrugen. Die Studenten hielten anfangs der Wirklichkeit der BRD die bürgerlichen und demokratischen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entgegen. Sie gingen gegen den Völkermord in Viet Nam, den Schah-Besuch, die Große Koalition und die Notstandsgesetze sowie gegen die alten Nazis an den Unis und in den politischen Institutionen auf die Straße.

Vom Studentenprotest zum Widerstand

Die Bewegung der Studenten stieß auf Sympathien bei Teilen der Jugend, bei Schülern und Lehrlingen. Sie entwickelte sich zur Außerparlamentarischen Opposition (APO). Gegenüber der großen Masse der Bevölkerung blieb sie allerdings isoliert. Die Arbeiterschaft versuchte zwar



1969 durch spontane Streiks in der Stahl- und Metallindustrie Lohnnachschläge zu erzwingen, ihre Loyalität gegenüber der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung blieb jedoch ungebrochen. Das Kapital reagierte mit Zugeständnissen auf die Unruhe in den Betrieben, um die Sozialpartnerschaft in der BRD nicht zu gefährden. Das Nachgeben gegenüber der Arbeiterschaft, die Kompromißbereitschaft im Herz der kapitalisitischen Ordnung, dem Betrieb, stand in krassem Gegensatz zur Reaktion und Repression gegenüber den protestierenden Studenten und der APO. Die Bewegung sah sich sehr schnell konfrontiert mit den Stützten des bürgerlichen Staates in der BRD:

• Die öffentlichen Medien starteten wahre Hetzkampagnen gegen die Außerparlamentarische Opposition. Die Studenten wurden als Nestbeschmutzer, als Fünfte Kolonne Ulbrichts, als politisch motivierte Kriminelle aus gutem Elternhaus denunziert. Die Hetze fiel auf fruchtbaren Boden. Angriffe auf Studenten und bekannte Vertreter der APO und schließlich das Attentat auf Rudi Dutschke kurz vor Ostern 1968 waren das Resultat dieses *"Kampfes der freien Presse"*.

• Die parlamentarischen Parteien reihten sich ein in diesen Haßgesang. Sie bildeten die feste Einheit der "Demokraten", eine Einheit, die sich über die Verabschiedung der Notstandsgesetze, den Kampf gegen die Studentenbewegung, dem faktischen Ausnahmezustand 1977 (Entführung Schleyers, Ermordung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Ingrid Schubert in Stuttgart/Stammheim) bis in die 80er Jahre bewährte.

• Eine im Laufe der Jahre immer besser gedrillte und ausgerüstete Polizei trat der APO entgegen, um den staatlich verordneten Konsens und die politische Ruhe mit dem Knüppel aufrechtzuerhalten. Am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen den Schah-Besuch in Westberlin von dem Polizeiwachtmeister Kurras erschossen.

Die Außerparlamentarische Opposition sah sich angesichts der innenpolitischen Repression und ihrer Isolation vor zwei Grundsatzfragen gestellt: Erstens, wie sollen wir auf die Gewalt des Staates antworten; zweitens, wie können wir die Grenzen des studentischen Protests überwinden. Große Teile der Bewegung (quer durch alle Fraktionen) mußten die Frage, ob die Anwendung von Gewalt legitim sei, mit ja beantworten, wollten sie nicht von vorneherein ihre Ideale und Ziel dem Druck der staatlichen Gewalt opfern. Über die historische Situation, die einzuschlagende Strategie und Taktik, konkrete Schritte entstanden allerdings erhebliche Differenzen.

Die Diskussion über den Weg zur Überwindung der eigenen Isolation führte zur Fraktionierung und Spaltung der an ihre Grenzen gestoßenen Studentenbewegung. Die sogenannten K-Gruppen, die Rote Armee Fraktion, die Bewegung 2. Juni entstanden. Es waren z. T. die konsequentesten Genossen aus der Studentenbewegung, die auch zu großen persönlichen Opfern bereit waren, die die RAF gründeten oder sich ihr anschlossen. Hinter dem Schnitt, den bewaffneten Kampf gegen den kapitalisitischen Staat aufzunehmen, stand neben den persönlichen Erfahrungen der letzten Jahre eine grundsätzliche Erkenntnis: die herrschende Klasse wird nicht freiwillig, ohne daß sie von den Möglichkeiten des staatlichen Gewaltapparates Gebrauch macht, von der historischen Bühne abtreten. Hinzu kam der Wille, den Befreiungsbewegungen im



Trikont durch Aufnahme des Kampfes in den Metropolen zur Hilfe zu eilen. Der Aufruf Che Guevaras, als er in den Untergrund nach Bolivien ging, "schafft zwei, drei viele Viet Nams" war eine der Parolen innerhalb der APO, die auch praktisch in die Tat umgesetzt werden sollte.

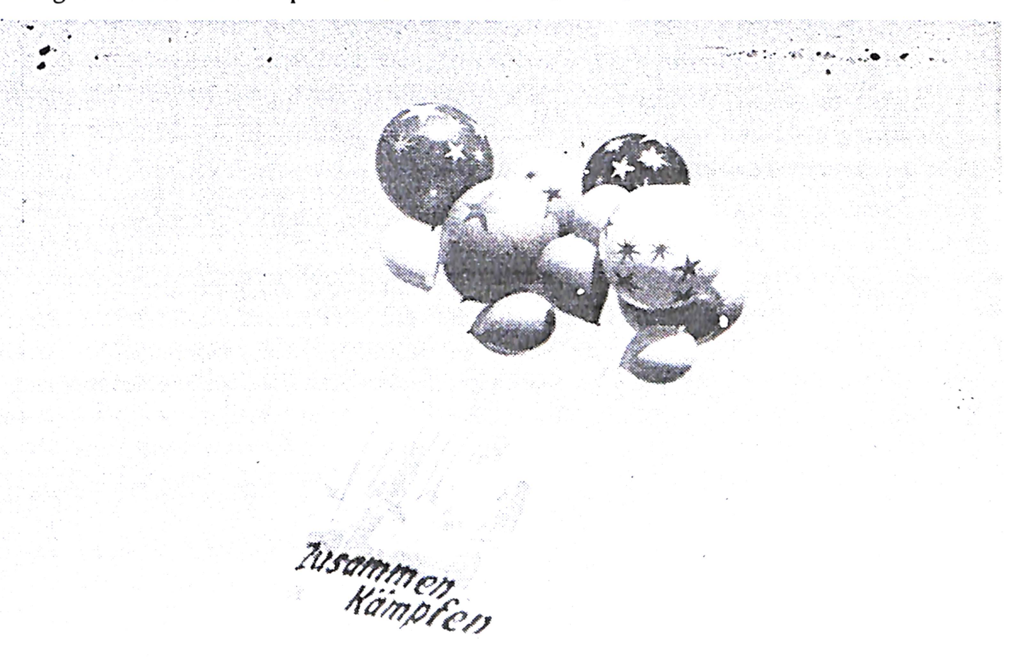
Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, die Vorstellungen und Strategien der RAF, aber auch der anderen politischen Ansätze, die aus der Studentenbewegung hervorgingen, genauer darzustellen. Wir halten die Diskussion darüber und auch Kritik für notwendig und wichtig. Auch die im Hungerstreik befindlichen Gefangenen wollen diese Auseinandersetzung führen - allerdings ohne Isolation und Zensur, unter Bedingungen, die sie nicht zu Objekten staatlicher "Resozialisierungsmaßnahmen" machen, sondern ihr Recht als politisch denkende und handelnde Menschen auch im Knast anerkennen.

Ziel dieser Diskussion ist nicht das von den Vertretern der Ordnung erwartete Reuebekenntnis, sondern die Suche nach einem Weg zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse unter den Bedingungen, die sich in den letzten 20 Jahren herausgebildet haben.

In den letzten 10 Jahren sind die zwei "Gesichter" der kapitalistischen Ordnung deutlich geworden: Zum einen die Effektivierung und Anwendung aller Arsenale des staatlichen Gewaltapparates gegen seine Gegner und zur Vorbereitung auf künftige Auseinandersetzungen, zum anderen die Integration von Bewegungen durch ökonomische Zugeständnisse und politische Reformen. Eine ganze Palette von Unterdrückungsorganen (Polizei, BGS, Bundeswehr, VS) von Paragraphen und von politischen Möglichkeiten haben die Herrschenden in dieser Zeit ausgebaut, neu geschaffen und angewandt auf diejenigen, die sich nicht befrieden lassen oder die sie für eine potentielle Gefahr halten.

Von den Methoden der "Terroristenbekämpfung" über Berufsverbote, Entlassungen (z. T. mit Hilfe der Gewerkschaftsvorstände und ihrer Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Mitgliedern der K-Gruppen) bis hin zur Ausländergesetzgebung reicht diese Palette.

Durch politische Reformen in der Ära Brandt (Uni-Reformen, neue Ostpolitik), durch sozial und ökonomische Zugeständnisse des Kapitals gelang es die Isolation der Linken in der BRD bis heute aufrechtzuerhalten und große Teile der ehemaligen Studentenbewegung zu integrieren. Die Periode der "Reformpolitik" der sozialliberalen Regierung ging mit der "Bonner Wende" 1981 endgültig zu Ende. Die krisenhafte Entwicklung hat den Spielraum für Zugeständnisse des Kapitals und für die



staatliche Sozial- und Reformpolitik immer mehr eingeengt. Die Herrschenden sind gezwungen soziale Leistungen und politische Rechte abzubauen. Damit treten die Grundlagen und Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft in der BRD wieder deutlicher hervor und führen zu politischen Auseinandersetzungen. Kein tiefergehendes gesellschaftliches Problem, das die Studentenbewegung 1968 schlagartig beleuchtete, konnte und kann von den bürgerlichen Parteien gelöst werden. Im Gegenteil, die Wahlerfolge von Republikanern und NPD zeigen wie notwendig die Aufarbeitung von Ursachen und Geschichte des Faschismus auch 20 Jahre später immer noch ist. Und sie machen deutlich: wir müssen uns auf eine Verschärfung der sozialen und politischen Auseinandersetzung in der BRD vorbereiten. Sie wird verbunden sein mit der Zunahme der Gewalt von Seiten rechtsradikaler und faschistischer Organisationen und von Seiten des Staates. Die Ausplünderung des Trikont und der gewachsene Widerstand dort erfordert weiter unsere internationale Solidarität.

In unseren Diskussionen müssen wir auf die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zurückgreifen, auf Erfolge, aber auch auf Niederlagen und Fehler, aus denen sowohl eine antikapitalistische Bewegung als auch die Antifa-Gruppen und Initiativen lernen können. Wir unterstützen deshalb die Forderungen des Hungerstreiks nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch aus eigenen politischen Interessen.

- **Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen, Zusammenlegung aller Gefangenen die dafür kämpfen.**
- **Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist. Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, Angelika Goder.**
- **Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für die Gefangenen.**
- **Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.**

Zum Völkermord an der kurdischen Bevölkerung im Irak

Im Antifa-Info Nr.5 vom November '89 haben wir anhand der Konzerne Degesch und IG-Farben die Verknüpfung von chemischer Industrie mit Krieg und Faschismus beschrieben. Auch heute noch macht die bundesdeutsche Industrie eifrig Profite mit dem tödlichen Geschäft. Todbringende chemische Substanzen und Giftgasfabriken werden praktisch halboffiziell aus der BRD geliefert - unter Beteiligung staatlicher Firmen und mit Wissen der BRD-Regierung. Wir veröffentlichen nochmals die Rede des "Arbeitskreises gegen Völkermord in Kurdistan", die auf dem Fackelzug am 16. März gehalten wurde. Mit dieser Demonstration sollte an die Ermordung mehrerer Tausend kurdischer Menschen durch die irakische Regierung ein Jahr zuvor erinnert werden.

Rede des "Arbeitskreises gegen Völkermord in Kurdistan", gehalten auf dem Fackelzug am 16.3.'89 in Westberlin

Wir haben nicht zufällig den Treffpunkt hier gewählt - wir stehen hier vor dem Gebäude des Landesverbandes der Chemischen Industrie Berlin. Stellvertretend für die Firmen, die sich an den Waffenexporten für den Golfkrieg, besonders aber für Firmen, die die verheerenden Giftgaseinsätze gegen die Bevölkerung des Irak ermöglichten, nehmen wir hier den Landesverband der Chemischen Industrie Berlin und halten eine Protestkundgebung ab.



Auch wenn heute Westberliner Firmen im großen und ganzen nicht der Vorwurf gemacht werden kann, ihre Profite über die Beihilfe zur Giftgasproduktion zu erwirtschaften, ist es doch angebracht, auch und gerade in dieser Stadt das Thema 'Produktion und Exporte chemischer Waffen' öffentlich zu machen.

Denn hier hat die Produktion chemischer Waffen angefangen, damals im 1. Weltkrieg. Es war der deutsche Chemiker Fritz Haber, der die Leitung übernahm für die Produktion chemischer Waffen sowie für die Produktion von Senfgas. Der Einsatz von chemischen Waffen und Giftgas hat im 1. Weltkrieg bereits tausenden Soldaten das Leben gekostet. Fritz Haber wurde 1920 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet und in seiner Dankrede sagte er: "In keinem zukünftigen Krieg wird das Militär Giftgas ignorieren können. Es ist eine höhere Form des Tötens". Im Zweiten Weltkrieg wurde nahtlos da weitergemacht, wo Fritz Haber und andere aufgehört hatten. Dieses Mal nicht im Institut Fritz Habers, sondern in den Labors der IG-Farben.

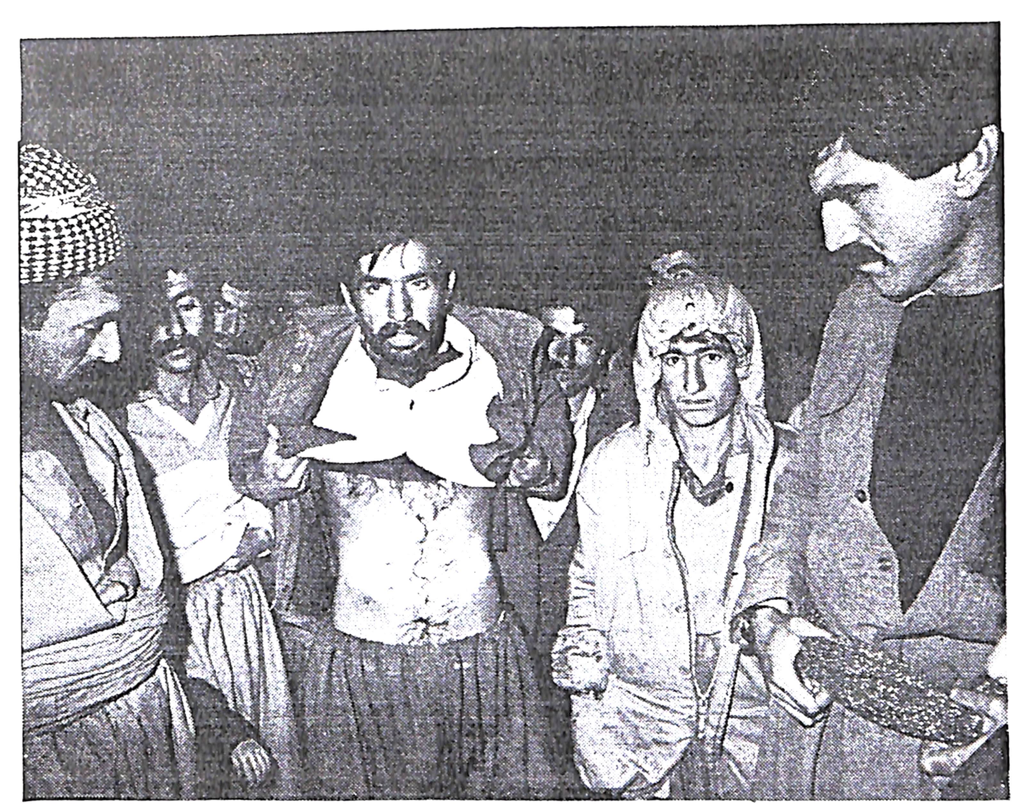
Die Chemiker Schrader und Hörlein arbeiteten dort an den Nervengiften Tabun,Sarin und Soman (Gifte, die heute auch in Kurdistan eingesetzt werden). Diese Gifte haben folgende Wirkungen: Sie blockieren die Nervenleitungen des betroffenen Menschen mit der Folge, daß es zu Speichelfluß, Atemnot, Krämpfen und Lähmungen aller Art kommt. Das Opfer erstickt schließlich an diesem Gift.

Die Konzentrationslager boten den Nazis die höchste Form des Tötens, weil dort das Töten am organisiertesten möglich war, nämlich massenweise. Den Chemikern Schrader und Hörlein hat ihre Arbeit an den Nervengiften keineswegs geschadet, nach Kriegsende fanden beide Verwendung für die Firma Bayer, einer davon sogar im Aufsichtsrat. Soweit zur Tradition von Giftgasforschung und -produktion in der deutschen Geschichte.

Die Bundesrepublik brüstet sich heute damit, daß es seit 40 Jahren in diesem Land Frieden gäbe. Das ist richtig. Aber mit dem Geschäft mit dem Tod, mit der Produktion von Waffen aller Art und deren Exporte in alle Welt, und besonders in Kriegs- und Krisengebiete werden horrend Geschäfte gemacht. Ein besonders makaberes Beispiel dafür ist der Export von Anlagen und Stoffen für die Produktion von Chemie-Waffen in Länder der '3. Welt' wie zum Beispiel dem Irak.

Dieser Export läuft keineswegs illegal, sondern mit augenzwinkerndem Einverständnis der zuständigen Behörden in der Bundesrepublik. So ist es diesen Behörden seit mindestens 1984 bekannt, daß der Irak in mehreren Fabriken Giftgas produziert. Die Laboranlagen dafür lieferte die westdeutsche Firma Karl Kolb und deren Tochter Pilot Plant.

Trotz des Wissens um die irakische Giftgasproduktion liefen die Exporte dafür aus der Bundesrepublik immer weiter. So wurden in der Nähe der irakischen Stadt Samarra in den letzten Jahren nach und nach 4 Produktionslinien für die Herstellung von Giftgas errichtet. Als sehr kooperativ beim Freikauf von Anlagen und chemischen Grundstoffen hat sich die Hamburger Firma W. E. T. erwiesen, die



sozusagen als Koordinator des Irakgeschäftes auftrat und dem Irak schließlich aogar das Angebot einer schlüsselfertigen Giftgasfabrik machte.

Koordinieren ließen sich für gutes Geld die Hannoveraner Firma Preussag AG, die die Wasseraufbereitung für die Giftgasproduktion übernahm. Sie hat übrigens auch einen Sitz hier in Westberlin. Die Firma Quast hat im Auftrag von Karl Kolb die korrisionsbeständigen Metallspeziallegierungen für die Produktionsanlagen übernommen. Die Firma Herberger (oder Herbiger ?) aus Schifferstadt hat den Aufbau der Gebäude und die Firma Hammer hat die Einrichtung der Aircondition übernommen. Und schließlich leistete die Firma Magirus Deutz mit em Einsatz von Speziallastwagen zum Transport der Anlagen ihren Anteil am 'Projekt Samarra'.

Obwohl der Aufbau dieses Projekts seit Jahren läuft, ermitteln bundesdeutsche Behörden erst seit Ende 1987, und das auch nur widerwillig und schleppend, gegen einige deutsche Firmen und ca. 4o Personen, die am Aufbau des Projekts mithalfen und damit die irakische Giftgasproduktion sowie den Einsatz von Giftgas erst ermöglichten. Erste Ergebnisse der Staatsanwaltschaft Darmstadt besagen, daß die gelieferten Anlagen aus der Bundesrepublik zur Produktion der einschlägigen chemischen Kampfstoffe geeignet sind. So weit, so gut.

Es ist jedoch zu bezweifeln, ob deshalb auch schon den exportierenden Firmen der Prozeß gemacht werden kann, das heißt ob man ihnen einen Verstoß gegen die Außenwirtschaftsverordnung nachweisen kann. "Wir müssen den Vorsatz nachweisen (daß wissentlich für die Giftgasproduktion geliefert wurde, d. Verf.), um gegen die Unternehmen vorgehen zu können", sagt der Chef des Zollkriminalinstitutes in Köln, und genau damit drückt man sich davor, strafrechtliche Konsequenzen zu ergreifen.

Diese ganzen Ermittlungen sind mehr als eine Farce. Schließlich hat der Irak bereits Giftgas eingesetzt, nicht nur im Krieg gegen iranische Soldaten sondern auch gegen kurdische Dörfer und Städte und mehr als zehntausend Menschen starben einen qualvollen Tod, darunter in der Mehrzahl Frauen und Kinder. Diese Ermittlungen zeigen jedoch auch, daß bundesdeutsche Behörden keinesfalls gewillt sind, Unternehmen der Exportnation Nummer Eins die Geschäfte zu verderben, auch wenn es Geschäfte mit dem grausamen Tod tausender von Menschen sind.

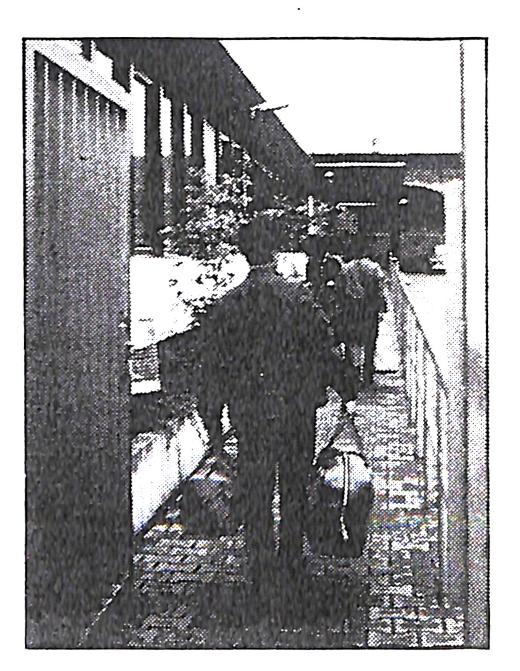
Trotz der in der letzten Zeit aufgedeckten Skandale werden Exporte dieser Art weitergehen. Ende Januar berichteten die Medien, daß mit Hilfe von Know-how aus der Bundesrepublik die Entwicklung biologischer Waffen im Nahen Osten, Südafrika und anderen Ländern der '3 Welt' vorangetrieben wird.

Konkret wurde bekannt, daß die Firma Sigma Chemie aus Bayern 2oo Gramm Pilzgifte (Mykotoxine) an den Irak geliefert hatte, und zwar völlig legal. Diese Pilzgifte sind geeignet, biologische Waffen zur Verbreitung von Krankheiten wie Typhus, Cholera und Pest zu erzeugen. Und es ist bekannt, daß sowohl der Iran als auch der Irak mit Nachdruck an der Entwicklung bakteriologischer Waffen arbeiten, aber auch in den Forschungslabors der Bundeswehr ist man in dieser Richtung aktiv.

Die Tatsache des nahezu ungehinderten Exportes von Kriegsgerät, Waffen, Monition sowie die aktive Unterstützung der Produktion chemischer und bakteriologischer Waffen besonders für Kriegs- und Krisengebiete, für diktatorische Regime, zeigt, daß es noch viel zu tun gibt, wenn wir von hier aus den Kampf der Völker in den Ländern der '3. Welt' um Befreiung, Frieden und Demokratie unterstützen wollen.



DER ABSCHIEBEKNAST



Im Herbst 1988 gab Innensenator Kewenig bekannt, daß ca. 300 Flüchtlinge abgeschoben werden sollten. Von Abschiebung bedroht waren vor allem die Flüchtlinge, die wegen der sogenannten Altfallregelung des Innensenats keine Aufenthaltserlaubnis bekommen haben. Auf der Abschiebeliste standen alleinstehende Männer aus dem Libanon, Menschen aus der Türkei, aus Syrien, Jordanien, Ghana und sogenannte Straftäter.
Die Möglichkeit durch einen Asylantrag als politisch Verfolgte anerkannt zu werden hat derzeit kaum Aussicht auf erfolg. Zur Zeit werden nur 7,9 % der Flüchtlinge anerkannt, das heißt 92,1 % werden abgelehnt. Nicht etwa weil sie keine trifftigen Fluchtgründe haben, sondern weil die Asylgesetzgebung immer mehr verschärft wurde. So werden Folter, Bürgerkriege, sexuelle Gewalt und Hunger nicht als Fluchtgründe anerkannt.

Verstärkt seit November wurden diese Flüchtlinge verhaftet und abgeschoben. Sie wurden bei Razzien in Kneipen und Restaurants, bei Rassekontrollen in den U-Bahnen, am Arbeitsplatz oder direkt bei der Ausländerpolizei verhaftet. Mit Überfallkomandos der Polizei wurden die Flüchtlinge aus ihren Wohnungen und Lagern geholt.

In der Regel werden Flüchtlinge direkt abgeschoben. Sie werden direkt zum Flughafen gebracht, ohne daß sie die Möglichkeit haben sich juristisch dagegen zur Wehr zu setzen. In Abschiebehaft landen nur diejenigen, bei denen klammheimliche Abschiebung nicht möglich ist, sei es daß Papiere fehlen oder das Asyl- oder Aufenthaltsverfahren nicht abgeschlossen ist.



Zur juristischen Rechtfertigung der Abschiebehaft

Paragraph 11 des Freiheitsentziehungsgesetzes erlaubt den Haftrichtern nach einem Antrag der Ausländerbehörde eine einstweilige Freiheitsentziehung anzuordnen, wenn minimalste Verdachtsmomente eines unberechtigten Aufenthalts bestehen. Dieser Gummiparagraph ermöglicht der Polizei ein ständiges Abgreifen von Ausländern, sei es bei der Einreise oder wenn ein/e Ausländer/in keine Papiere bei sich hat. Im Klartext heißt das, daß in jeder Phase des Aufenthalts in der BRD oder Westberlin die Abschiebehaft drohen kann. Besonders bedroht vom Abschiebeknast sind AusländerInnen die zuvor in Strafhaft saßen. Generell werden Leute, die in den Knast kommen, von ihrer Adresse zwangsweise abgemeldet. Am Ende der eigentlichen Haftzeit wird die nicht mehr vorhandene Meldeadresse bei Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus als Vorwand für die Abschiebehaft benutzt.

Den Leuten wird unterstellt, daß sie ohne Meldeadresse für die Ausländerbehörde nicht greifbar sind und somit nicht jederzeit abgeschoben werden können. Sogenannte Straftäter aus anderen Ländern werden doppelt bestraft. Sie müssen nicht nur ihre normale Haftzeit absitzen, sondern ihnen droht auch noch Abschiebehaft und Abschiebung.

Situation und Haftbedingungen im Westberliner Abschiebeknast

Die Neufestgenommenen Flüchtlinge kommen zuerst in die Gothaer Straße. Dieser Knast mit 18 Haftplätzen dient zum einen als Durchgangsstation bis zur Weiterverlegung. (Flüchtlinge, die sich gegen Haftbedingungen und Abschiebung gewehrt haben, werden in die dort vorhandenen Einzelzellen gesperrt. Sie werden von anderen Flüchtlingen isoliert, um ein gemeinschaftliches Handeln zu verhin-

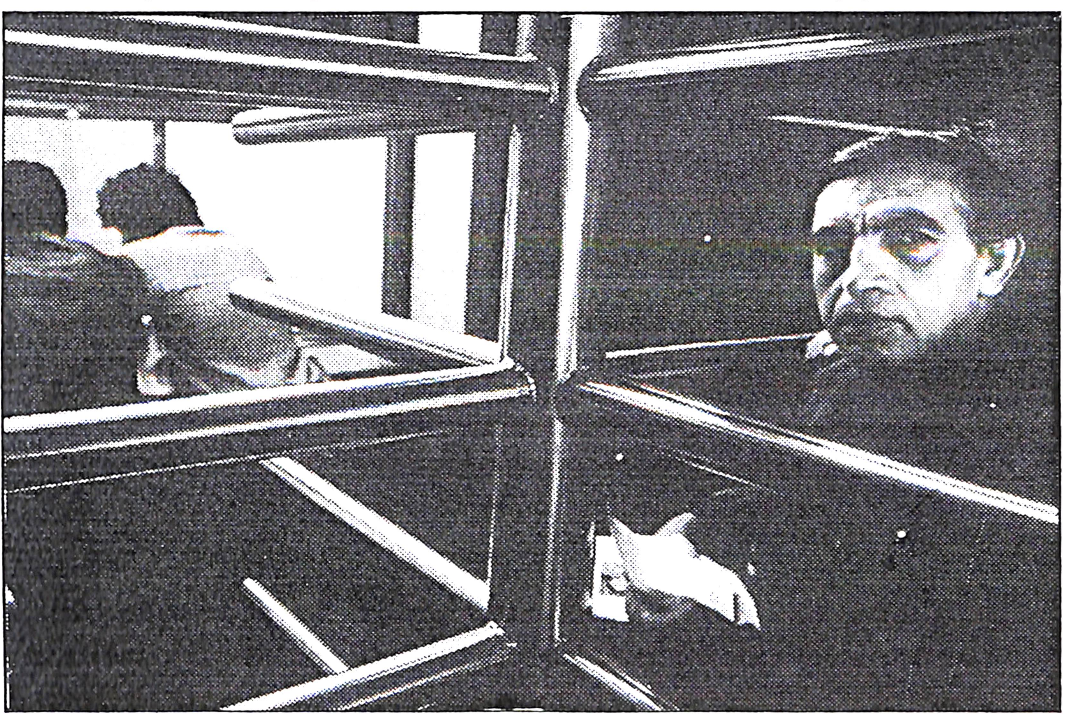
dern.) Nach einigen Tagen werden die Flüchtlinge in die Kruppstraße gebracht. Hier können bis zu 80 Flüchtlinge -einschließlich des eigenen Frauentrakts - gefangen gehalten werden. Die Haftdauer beträgt durchschnittlich 4 bis 6 Monate. Die Belegung der Zellen erfolgt willkürlich. Die Leute werden oft mit Menschen mit denen sie sich der Sprache wegen nicht verständigen können. In den Zellen befindet sich nur das spärlichste Mobiliar wie Etagenbetten, ein Tisch und Stühle. Das Essen wird lauwarm und dazu noch breiförmig serviert, weil die Gefangenen kein Besteck außer Plastiklöffel besitzen dürfen. Besuche sind nur hinter einer Trennscheibe möglich. Bei Haftrichterterminen fällt die normale Besuchszeit aus.

Die Gefangenen sind ständigen Schikanen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Telefonanrufe werden von den Beamten willkürlich unterbrochen. Schon der kleinste Anlaß wird dazu benutzt die Gefangenen zu schlagen. Abfällige rassistische Bemerkungen von den Schließern gehören zum Knastalltag. Die Gefangenen wagen sich kaum Anzeige zu erstatten. Verschiedene Anzeigen hatten in den letzten Jahren zur Folge, daß unliebsame Zeugen schnellst möglich abgeschoben wurden. Hin und wieder kommt es zum Widerstand der Gefangenen. Im Februar machten zum Beispiel mehrere Gefangene mit einem zehntägigen Hungerstreik auf ihre Lage aufmerksam.

Zur medizinischen Versorgung

Die medizinische Versorgung in der Abschiebehaft kann als solche nicht bezeichnet werden. Zuständig für den Abschiebeknast sind die Polizeiärzte aus der Polizeikaserne in der Radelandstraße im Bezirk Spandau. Dort gibt es aber nur einen Internisten, und die Nervenärztin Frau Dr. Stelzer, die sich schon mehrfach damit hervorgetan hat Beruhigungsspritzen satt ärztlicher Behandlung zu verabreichen. Als am letzten Sylvester ein Gefangener versucht hatte sich das Leben zu nehmen, indem er eine Rasierklinge geschluckt hat, ist er dort geröngt worden. Ihm wurden auf dem Rückweg mit Handschellen die Armgelenke gebrochen. Eine medizinische Behandlung außer dem Gips für den Arm, hat er nicht bekommen.

Die extreme psychische Belastung, einseitige Ernährung, Bewegungsarmut verursachen bei den Gefangenen eine Vielzahl von Krankheiten, die oft psychosomatisch bedingt sind. Aber egal ob es sich um Magen-, Hals- oder Kopfschmerzen handelt, der Sanitäter gibt den Gefangenen Schmerz- oder Beruhigungsmittel. Einem Arzt werden die Gefangenen in den seltesten Fällen vorgeführt, es ist quasi unmöglich einen unabhängigen Arzt in den Abschiebeknast zu bekommen. Der Sanitäter, der über ein riesiges Reservoir an Schmerz- und Beruhigungsmittel verfügt, verabreicht selbst Mittel wie Valium ohne Angabe von Wirkung und Namen der Präparate.



Gelingt eine Disziplinierung mit Bedrohung, Mißhandlung oder Beruhigungsmittel nicht, werden die Gefangenen entweder unter strengsten Isolationsbedingungen eingesperrt. In Einzelfällen werden sie sogar in die psychatrisch-neurologische Abteilung der Vollzugsanstalt Tegel verlegt. Vor allem nach versuchten Selbstmorden reagieren die Wachbeamten mit verstärkter Repression wie Schlägen und Einzelhaft etc.

Zu diesen Haftbedingungen kommt die ständige psychische Belastung durch die jederzeit drohend Abschiebung. In letzter Zeit konnten einige Abschiebungen verhindert werden. Auf dem Flughafen Tegel kam es wiederholt zu Protestaktionen von Flüchtlingsinitiativen und ihren FreundInnen, von Vertretern der Kirche, Rechtsanwälten und einigen Parlamentariern. Sie stellten sich um den Abfertigungsschalter und machten mit Transparenten, Sprechchören und über Megaphon auf die Abschiebungen aufmerksam. Die Passagiere wurden aufgefordert gegen die Abschiebungen zu protestieren. Einige Leute weigerten sich daraufhin mitzufliegen, falls die Flüchtlinge abgeschoben werden. Die Polizei ging mehrmals brutal gegen die Demonstranten vor. Sie nahm zwei Leute wegen angeblicher Beleidigung und Widerstand fest. Durch den Protest und die Weigerung eines Flüchtlings mitzufliegen, wurde auch der Pilot auf die drohende Abschiebung aufmerksam. Er und einige Stewardessen weigerten sich daraufhin den Flüchtling mitzunehmen.

Der Westberliner Senat versuchte auch klammheimlich solche Abschiebungen durchzuziehen. Einem Kurden in Abschiebehaft, dem erzählt wurde, er würde zum Richter gefahren, fand sich auf dem Flughafen wieder. Als er sich weigerte in das Flugzeug zu steigen und laut um Hilfe rief, wurde er von den Beamten brutal geschlagen und getreten. Der Flüchtling wurde dann in den Abschiebeknast in der Gothaer Straße gebracht, wo er fünf Tage in einer Einzelzelle absitzen mußt, bevor er wieder in die Kruppstraße gebracht wurde. Der

CDU-Senat wollte noch unmittelbar vor dem Senatswechsel, verstärkt Flüchtlinge abschieben. An ihnen sollte die verschärfte Linie der Bundesregierung gegenüber den Asylsuchenden deutlich gemacht werden: totale Abschottung der Grenzen auf der einen Seite und andererseits die erbarmungslose Abschiebung der bereits hierher Geflüchteten. Begleitet von Ausländerhetze in den Medien und von Parteien soll die menschenverachtende Praxis gegenüber den Flüchtlingen legitimiert werden.

Auch der neue Senat wird Flüchtlinge abschieben. In den Koalitionsverhandlungen wurden nur für einige wenige Länder wie dem Libanon, dem Iran, Sri Lanka und Äthiopien ein Abschiebestop beschlossen. Mit Ausnahme des Libanon galt bereits vorher ein Abschiebestop für diese Länder. Von den jährlich 1000 Abschiebungen sind Menschen aus der Türkei, Ghana und Pakistan am meisten betroffen, Das Koalitionspapier schweigt sich jedoch zu diesen Ländern aus.

Grundsätzlich wird sich an der rassistischen Asyl- und Ausländerpolitik nichts ändern. Zwar ist sowohl die SPD als auch die AL mit der Forderung das Asylrecht, daß praktisch nur noch auf dem Papier besteht, wieder in Kraft zu setzen in den Wahlkampf getreten. Umgesetzt, bzw. zu Papier gebracht, wurde aber bisher nichts davon.

Dazu kommt, daß immer noch die gleichen rassistischen Beamten wie vorher in ihren Ämtern sitzen. Ein Ausmisten der Ausländerbehörde ist bis jetzt noch nicht in Sicht, geschweige denn überhaupt in Erwägung gezogen. Abschiebungen sollen jetzt zwar von einer sogenannten Härtefallkomission geprüft werden aber auch diese ist bis heute noch nicht in Erscheinung getreten.

Am 3. April wurden sieben Frauen aus Thailand von diesem neuen Senat abgeschoben. Vor kurzem wurden wieder nach der alten Praxis Flüchtlinge verhaftet und in den Abschiebeknast gebracht. Der Senat wird auch weiterhin Ausreiseaufforderungen und Abschiebungsandrohungen erlassen, die bei den Flüchtlingen Angst und Schrecken auslösen. Auch wenn es in Zukunft einige Verbesserungen geben wird dürfen wir uns nicht auf den Senat verlassen. Wir fordern weiterhin:

- **einen generellen Abschiebestop**
- **Bleiberecht für Flüchtlinge**
- **weg mit der rassistischen Asyl- und Ausländerpolitik**
- **Abschaffung aller Abschiebeknäste und Knäste überhaupt**

Nur gemeinsam, gestützt auf eine breite Öffentlichkeit, können wir verhindern, daß Flüchtlinge und AusländerInnen zu Menschen zweiter Klasse abgestempelt werden.



'CABLE SREET' Beats 'Blood and Honour'

'Cable Street Beat', ist eine antifaschistische Initiative, die in ganz England Konzerte organisiert. Benannt hat sich diese Initiative, die Teil der Anti-Fascist-Action ist, nach einer Schlacht in der Londoner Cable Street 1936, bei der die Faschisten von 250.000 Menschen hinter Barrikaden an einem Marsch durch das jüdische Arbeiterviertel gehindert worden sind. 'Cable Street Beat' ist angetreten um dem faschistischen Einfluß, besonders in der Arbeiterjugend, entgegenzuwirken und um die eigene Kultur von Unten weiter zu entwickeln. Das Geld, das bei den Konzerten eingenommen wird, geht an Leute die mit Prozessen wegen ihrer Antifa-Aktivitäten verfolgt werden.

Zum Aktionswochenende gegen Faschismus und Rassismus hat die englische Antifa-Bewegung am 22./23. April aufgerufen. Ihre Aktivitäten waren Bestandteil des europaweiten Aktionstages, der auf der Westberliner Konferenz gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus im Novem-ber letzten Jahres beschlossen worden war. Anlaß zur Mobilisierung war der St. Georges Day, ein Nationalfeiertag, der von den Faschisten mit Aufmärschen begangen wird.

Im nordenglischen Leeds fand ein Open Air Antifa Konzert u. a. mit der Musikgruppe New Modell Army statt. 2.000 hauptsächlich Jugendliche waren im Dauerregen zusammengekommen, so daß für die Nazis keine Chance zum Aufmarsch ggeben war. Verhindert werden konnten auch ein weiterer Aufmarsch in Nordengland. 300 AntifaschistInnen blockierten den Bahnhof in Ronchdale, so daß die Polizei die mit dem Zug anreisenden Nazis gleich wieder zurückschicken mußte. In Leicester brachten 100 Antifas eine Hitler Gedenkfeier der faschistischen 'British National Party' zum Platzen, in dem sie den Saal stürmten. Auch das Büro dieser Partei war Ziel von antifaschistischen Aktionen: es brannte aus.

Die Londoner Carnaby Street ist in den letzten Jahren zu einem Attraktionspunkt für Nazis aus vielen Ländern geworden. Offen wurden dort Nazipropaganda T-Shirts, Platten und Literatur verkauft. Hervorzuheben sind die Produkte der "Blood and Honour" Gruppe. Das heißt soviel wie "Blut und Ehre" und ist das Motto für faschistische Skin-Musiker wie zum Beispiel von der Gruppe 'Skrewdriver', die so versuchen Arbeiterjugendliche zu beeinflussen, um sie später rekrutieren zu können. Das 'Blood and Honour'-Fanzine predigt rassistische Gewalt und Nazi-Ideologie.

Londoner AntifaschistInnen blockierten den Eingang von zwei der großen Läden, hielten vorher eine Pressekonferenz ab und brachen die Aktion erst mit der Zusage wieder ab, daß der Verkauf eingestellt wird. Desweiteren sorgten sie dafür, daß der Besitzer eines Pubs, der Treffpunkt für die zum shopping angereisten Nazis war, die Nazis rausschmiß. Am Abend veranstaltete Cable Street Beat ein Konzert mit der Gruppe Angelic Upstarts und den Blaggers. Noch vor einem Jahr wurde das Konzert der Upstarts von ungefähr 1000 'Blood and Honour'-Anhängern gestürmt und, die großmäulig damit drohten, daß diese Gruppe nie wieder in London spielen werde.





London / Southall

5.000 Menschen demonstrierten im Londoner Bezirk Southhall zum Jahrestag der Ermordung des schwarzen Lehrers Blair Peach.

Am 23. 4. '79 schützten die Spezialeinheiten der englischen Polizei (SPG) eine Wahl-Veranstaltung von 60 'National Front' (NF) Leuten in dem hauptsächlich von Asiaten bewohnten Stadtteil Southhall. Viele Menschen waren damals auf der Straße um gegen die 'NF'-Kundgebung zu demonstrieren (700 der Demonstranten wurden festgenommen, 350 zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt). Von 11 Augenzeugen wurde bestätigt, daß der Lehrer Blair Peach von einem SPG-Beamten niedergeschlagen worden ist. Kurze Zeit später starb Blair Peach, gegen den Mörder ist nie ein Verfahren eingeleitet worden obwohl die Polizeieinheit bekannt war. Die Familie des Toten mußte die Prozesskosten in Höhe von 70.000 Pfund selbst tragen.

Viele politische Gruppen der in England lebenden Minderheiten gehen 10 Jahre später zusammen mit antifaschistischen Gruppen wieder auf die Straße. Grund genug dazu gibt es: In dem Demonstrationszug wurden Schilder mit den Namen der c.a. 50 Menschen mitgeführt, die in den letzten 10 Jahren der rassistischen Gewalt zum Opfer gefallen sind.

Auch die englische Polizei hat bei Razzien und auf den Polizeiwachen eine Reihe dieser Morde verübt. Nach der Wahlniederlage der 'NF' 1979 hat der gewalttätige Rassismus in England weiter zugenommen. Die Tatsache,daß in England alle siebeneinhalb Minuten ein rassistischer Überfall stattfindet, führte in den schwarzen Gemeinden zur Organisierung der Selbstverteidigung gegen rassistische Übergriffe von Faschisten, Rassisten oder der Polizei. Auf der Kundgebung wurde von fast allen RednerInnen dieses Recht auf Selbstverteidigung betont und ausgedrückt, daß man sich auch weiterhin nicht terrorisieren lassen will.

Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren

Im Zuge des Wahlerfolges der "Republikaner" hat die offen faschistische und rassistische Hetze zugenommen:

Einschüchterungen, Bedrohungen und Überfälle, Ausländer / innen-Hass (z.B. in U-Bahnen, an Schulen) und Nazi-Treffen

Wenn ihr diese Angriffe mitkriegt schaut nicht weg, sagt was, greift ein oder geht am besten dazwischen!

Macht mit in den antifaschistischen Gruppen und Stadtteilinitiativen

Antifa-Info-Telefon:
692 15 99 Sa. 16-20 Uhr

Bündnis gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus